

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2.10 Mk., für 3 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeb.

Redaktion: Tauchaer Str. 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 10/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

Sine unerquickliche Debatte.

* Leipzig, 17. September.

Vom Münchener Parteitag wird uns geschrieben: Der berechtigte Wunsch, daß es auf diesem Parteitage zu keiner Bernstein-Debatte kommen würde, hat sich leider nicht erfüllt. Fast ein ganzer Beratungstag ist dazu verbraucht worden, ohne praktischen Nutzen und Zweck.

Wir sind nicht der Ansicht, daß es sich bei den inneren Gegenständen der Partei nur um theoretische Haarspaltereien handelt. Es handelt sich vielmehr um tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über die Taktik der Partei, um Meinungsverschiedenheiten, die aus der historischen Entwicklung entstanden sind und eben deshalb nur durch die historische Entwicklung überwunden werden können. Daraus folgt nicht, daß wir die Hände in den Schoß legen und den Dingen ihren Lauf lassen sollen. Vogelstrauchpolitik zu treiben, Gegenjäger nicht sehen zu wollen, die einmal da sind, ziemt am wenigsten einer Arbeiterpartei. Aber bei der Art dieser Gegenjäger lassen sie sich durch Parteitagebeschlüsse nicht aus der Welt schaffen; dafür haben die Parteitage der letzten Jahre Beweise genug geliefert. Jedoch nicht nur deshalb, sondern auch weil dieser Parteitag sich in erster Reihe mit der Mobilisierung des deutschen Proletariats für die Reichstagswahlen des nächsten Jahres, mit der Organisation des entscheidenden Kampfes gegen den Bräutigam zu beschäftigen hat, hätte von jeder Bernstein-Debatte abgesehen werden sollen.

Sie mußte um so unfruchtbarer verlaufen, als sie sich in der schiefen Form eines Konkurrenzkampfes zwischen der Neuen Zeit und den Sozialistischen Monatsheften abspielte. Es ist richtig, daß der Verlag der Sozialistischen Monatshefte diesen Konkurrenzkampf mit sehr ungeschönten Mitteln betreibt, mit einer kapitalistischen Verworfenheit, die, wie Genosse Stadthagen mit schlagenden Beweisen belegte, jeden Wasse oder Scherl beschämen könnte. Diese Praktiken gelegentlich auf dem Parteitage zu geißeln, war wohl am Platze. Aber die Neue Zeit hat immer über diesem Konkurrenzkampf gestanden; sie hat sich immer fern gehalten von jener Auf- und Zudringlichkeit, die Genosse Heine an der Redaktion der Sozialistischen Monatshefte als einen unvergleichlichen Vorzug rühmt. Sie hat sich daran genügen lassen, auf dem Boden des Erfurter Programms zu stehen, das Erbe unserer großen Meister Marx, Engels, Lassalle zu bekümmern und in ihrem Sinne weiter zu entwickeln. Von einem Konkurrenzkampf zwischen beiden Blättern kann also gar nicht gesprochen werden, sondern höchstens von Konkurrenzmandern der Sozialistischen Monatshefte gegen die Neue Zeit, Mandern, denen sich die Neue Zeit, getrennt

dem Charakter eines sozialdemokratischen und wissenschaftlichen Organs, stets fern gehalten hat.

Auf der anderen Seite war es ein unbilliges Unternehmen, diejenigen Parteischristen, die sich von der Neuen Zeit zurückgezogen haben, weil sie von Zweifeln am Erfurter Programm gequält sind und das Lebenswerk unserer großen Meister für mehr oder minder überlebt halten, mit sanfter Gewalt zur Neuen Zeit zurückzuführen. Ueber den Geschmack läßt sich nicht streiten, und wenn sie sich in einem Privatorgan mit den Geschäftsgewohnheiten der Firma Edelheim wohler fühlen, als in der offiziellen Wochenschrift der Partei, so kann man ihren freien Willen nicht zwingen. Für die Behauptung einzelner von ihnen, daß sie von der Redaktion der Neuen Zeit sozusagen aus diesem Blatt hinausgegrault worden seien, konnten nur wahre Lappalien angeführt werden, und diese Lappalien wurden zudem vom Genossen Kautsky als gänzlich hinfällig nachgewiesen. Er konnte sich vielmehr, ohne irgend einen Widerspruch zu erfahren, darauf berufen, daß er alles Mögliche getan habe, die abtrünnigen Mitarbeiter der Neuen Zeit festzuhalten. Damit sollte die Sache für die Partei erledigt sein, und der Parteitag hat denn auch mit gutem Fug darauf verzichtet, irgend einen Druck auf diejenigen Parteischristen auszuüben, die sich im Hause der Sozialistischen Monatshefte wohler fühlen, als im Hause der Neuen Zeit.

Die einzige Mächtige der unerquicklichen Debatte war die Erscheinung, daß die große Mehrheit des Parteitags ungleich größere Sympathien für die von der Neuen Zeit hochgehaltenen Prinzipien bezeugte, als für das „reichere geistige Leben“ der Sozialistischen Monatshefte, das Genosse David als ihr Mitarbeiter, also als kundiger Zeuge, hervorhob. Im allgemeinen gefielen sich die Redner dieser Richtung darin, den „Ton“ der Gegenjäger anzulagen, wobei ihnen aber, wie schon in Lübeck, das eigene Malheur passierte, ihr eigenes Glashaus mit diesen Sätzen einzuwerfen. So beschimpfte der als Gast anwesende Redakteur der Sozialistischen Monatshefte den Genossen Stadthagen in der ungeschicklichsten Weise, was ihm eine kräftige, aber durchaus verdiente Rüge des Vorsitzenden eintrug.

Es gehört zu demselben Kapitel, wenn die Genossen David und Heine sich in Anspielungen darauf gefielen, daß der Fehlbetrag der Neuen Zeit durch die Honorierung ihrer Redakteure und ständigen Mitarbeiter verschuldet werde. Es entspricht nicht unseren Gewohnheiten, den Spieß umzukehren und zu untersuchen, wie es in dieser Beziehung mit den Sozialistischen Monatsheften steht; beanspruchen ihre Redakteure und Mitarbeiter kein Honorar, so wäre ja die Firma Edelheim nur zu beglückwünschen, daß sie desto größere Mittel auf ihre schwindelhafte Reklame verwenden kann. Jedoch wollen wir feststellen, daß sich die

Anspielungen der Genossen David und Heine auf die Genossen Kautsky, Bernstein, Schippel und Mehring beziehen, die im Jahre 1890 — Mehring etwas später, im Jahre 1891 — als Redakteure und ständige Mitarbeiter bei der Neuen Zeit angestellt wurden. Wir lassen hier die Genossen Bernstein und Schippel aus dem Spiel, die zu den näheren Freunden der Genossen David und Heine gehören, inzwischen auch aus dem redaktionellen Verbands der Neuen Zeit ausgeschieden sind. Was die Genossen Kautsky und Mehring anbetrifft, so haben sie ihre feste Anstellung an der Neuen Zeit stets in dem Sinne aufgefakt, daß ihnen dadurch eine ausgiebige wissenschaftliche Arbeit im Interesse der Partei ermöglicht würde. Inwiefern sie dieser Auffassung gerecht geworden sind, zeigen die wissenschaftlichen Arbeiten, die sie seit zwölf Jahren veröffentlicht haben. Darüber steht jedem Parteigenossen das Urteil offen.

Sollten jedoch die Genossen David und Heine der Ansicht sein, daß Kautsky mit seiner Geschichte des Sozialismus und seinem Buche über die Agrarfrage oder Mehring mit seiner Parteigeschichte und seiner Marx-Ausgabe finanzielle Plusmacherel auf Kosten der Partei getrieben haben, so ist es nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht, darüber offen vor dem Parteitage zu sprechen. Verdächtigende Anspielungen, die so gehalten sind, daß sie den Verdächtigten jede Möglichkeit der Abwehr verschließen, gehören nicht auf den Parteitag. Aber vielleicht hätte Genosse Heine das Bedürfnis, die Vorbeeren aufzufrischen, die er sich in Lübeck mit der — wie damals höflich gesagt wurde — Anzeige gegen den Genossen Parvus erworben hat.

Politische Ueberblick.

Ein parlamentarischer Roman.

Die Zolltarifkommission wird am 22. September zur zweiten Lesung wieder zusammentreten. Einflußreich wird eine sogenannte Unterkommission oder auch einzelne von den einzelnen Fraktionen bestimmte Vertrauensmänner bereits morgen sich zusammenfinden, um die Unebenheiten aus den Beschläffen erster Lesung zu beseitigen. Solcher Unebenheiten giebt es eine ganze Reihe; sie bestehen vornehmlich in dem Mißverhältnis zwischen den Zollsätzen auf Rohprodukte und Halbfabrikate eines und desselben Artikels, z. B. bei Lederwaren, ferner aus Zollsätzen, die, im Widerspruch mit der ganzen Tendenz des Tarifs, aus Zufallsabstimmungen hervorgegangen sind. Die Arbeit der Unterkommission wird also in der Hauptsache darin bestehen, diese Mißverhältnisse aufzuzeigen und deren Beseitigung der zweiten Lesung zu empfehlen.

Die Pause zwischen der ersten und zweiten Lesung in der Kommission wird von allen Seiten dazu benutzt, um ihren jeweiligen Standpunkt als unerfüllbar und die gegnerischen Standpunkte als unannehmbar zu bezeichnen. Dieser Heroismus wird genau so lange dauern, als ohne Gefährdung der jeweiligen

„Laß nur!“ schrie der Mann und riß ihn ihr aus der Hand. „Nur jehe ich ja nich hin. Die Lust is mir verjangen!“

Aber er ging doch. Die Lauffestlichkeit währte bis spät in die Nacht, und am anderen Morgen hatte er Kopfschmerzen und wäre am liebsten nicht zur Arbeit gegangen.

Ja, die Hausdienerstelle, die war Minesummer. Fünfzehn Mark die Woche, das war doch gar wenig! Mit den dreieinhalb Mark zusammen, die sie wöchentlich für die Aufsicht bei Fräulein Haberforn bekam, reichte das gerade für das Allernötigste; aber auch nicht das geringste Unvorhergesehene durfte kommen.

Ueber Mines Nasentourzel grub sich eine immer tiefere Falte ein, je länger der Winter währte. Nein, sie mußte suchen, mehr zu verdienen! In sparsamerem Essen und an sparsamerer Feyerung ließ es sich nicht herausfinden. Sie mußte in Arbeit gehen für den ganzen Tag.

Einen raschen Blick warf sie auf ihr Fröschchen — oh, wie war das ausgeblüht unter der sorgfamen Pflege der Mutter! Es half nichts, es hatte alles nichts geholfen, nun mußte sie die doch wieder anderen überlassen.

Fräulein Haberforn war zum erstenmal mit einer Aufwärterin zufrieden. Zum erstenmal auch, daß sich ihr Mißtrauen verlor. Zu Anfang hatte sie stets beobachtet, was Mine that. Jetzt traute sie sich, in ihrer Wohnstube am Sekretär sitzen zu bleiben und, zahlenbedeckte Papiere und Kurzsattel vor sich, zu schreiben und zu rechnen, während die Aufwärterin im Schlafzimmer, wo der Geldschrank stand, das Bett machte.

Die Entreehür bei Fräulein Haberforn war immer zweimal verschlossen und noch die Sicherheitskette vor-

Seuilleton.

Das tägliche Brot.

Roman von Klara Biedig.

Mine stand am Fenster und blickte hinaus in die dunkle Nacht. Kein Stern war am Himmel. Sie mußte an Nothilfe denken — und die hatte sich so auf ihre Hochzeit gefreut.

Langsam hob sie die Hände und zerrte sich den Kranz aus dem Haar.

Auf dem Stuhl am Tisch saß Arthur, den Leib halblös vornüber gehängt, im Schlaf mit dem schweren Kopf hin und her baumelnd. Mechanisch ging sie zum Tisch zurück, setzte sich neben ihren Mann und lehnte seinen Kopf gegen ihre Schulter.

Er schnarchte. Der alte Mann auf dem Bett schnarchte auch, dumpf röchelnd; Fröschchen im Korb atmete sanft.

In Mines Augen kam kein Schlaf. Als der Morgen graute, weckte sie ihren Mann: „Du, Arthur, steh auf! De has 'nen weiten Weg, un ich muß uf meine Aufwartestelle.“

VIII.

Sechs Wochen nach der Hochzeit von Arthur und Mine wurde bei Bartuschewskis das fünfte geboren. Man hat die junge Frau Reschke, aus Rebanche, zu Gebarter; aber sie lehnte ab. Sie hatte kein Geld, um ein Paten-Geschenk zu machen.

Da waren noch von der Hochzeit her, beim Dubiker drei Mark für Schnaps und Viktor und sechs Mark für Bier zu bezahlen. Und der Möbelhändler hatte auch

schon die Quittung für die erste Abzahlungsrate präsentiert; mit Mühe und Not hatte Mine die paar Mark zusammen gebracht, aber mit Schrecken dachte sie an die jetzt halb fällige zweite Rate. Wenn man ihr nun den Schrank oder gar das Bett wieder abholte — ?! Der Dubiker stundete noch eher, dem gab doch Arthur jeden Tag etwas zu verdienen; ne kleine Weiße, und nach Wochenschluß sah er abends ein paar Stündchen in der Kneipe.

Bartuschewskis waren sehr beleidigt, daß Mine die ihr angethane Ehre ausschlug. Als sie kam, um der Wächlerin einen Besuch abzustatten, kehrte diese das Gesicht nach der Wand und drehte ihr so den Rücken.

„Na, Ihre Frau, det is eene,“ sagte Bartuschewski zu Arthur. „Der würde ik de Bücken schonst austreiben.“

Nur um die Leute zu verjähnen, mit denen es doch wahrhaftig unflug war, sich aufzulagen, nahm Arthur wenigstens für seine Person die Einladung an und kaufte von der Hälfte seines Wochenlohnes dem Täufling, einen schönen, neuilbernen Trinkbecher.

Mine war außer sich, als er ihr, strahlenden Gesichts, seinen noblen Einkauf zeigte. „Du bis wohl verrückt?“ stieß sie heraus. „Jeses, un wer haben noch so viel zu bezahlen!“

Da sah er sie so böse an, daß sie kein weiteres Wort wagte.

„Mußt mir denn jedes Pfister verderben?“ sagte er finster; warf den Becher von sich, daß er durch die Stube kollerte und das dünn getriebene Metall sich verbeulte.

Schweigend raffte Mine den Becher auf und drückte und klopfte daran, um ihm wieder die richtige Form zu geben.

Interessen möglich ist. In den vorbereitenden Stadien der Verhandlung macht sich so etwas immer gut und kann möglicherweise auch den Gegnern imponieren. Wenn die Sonne der parlamentarischen Beratung im Mittag steht, fangen erfahrungsgemäß die menschlichsten Standpunkte an, zu erweichen und langsam in Fluß zu kommen, und man gewinnt den „unannehmbaren“ Forderungen stets noch eine vorteilhafte Seite ab. Das sind die Zeiten zwischen erster und zweiter Lesung im Plenum, wo parlamentarische Heldenherzen anfangen zu zittern und zu zagen und die hartgeposteten Geheimräte ein menschliches Mitleiden empfinden. Und der schwüle Abend der dritten Lesung findet gemeinlich die Widerstrebenden, die lange Zeit so trotzig sich geniesen und geloben, bei traulichem Rosen in der lauschigen Laube der Verständigung, und Amor-Bilow mit dem diagonalen Pfeil hat gefestigt. Parlamentarische Romane endigen meist damit, daß „sie sich kriegen“. Nicht umsonst heißt der Parlamentarismus die Hochschule der Kompromisse.

Zur Zeit steht der parlamentarische Roman noch in den ersten Kapiteln. Es wäre gegen alle ästhetische Disposition, wenn eine Verbindung oder auch nur eine Annäherung zwischen den Hauptpersonen des Romans jetzt schon angebahnt würde. Die Liebenden haben noch nicht einmal ihr Herz entdeckt; sie spielen noch trotzige Wildfänge und streben in herber Selbstgenügsamkeit auseinander. Amor-Bilow, der lose Schelm, lauert im Hintergrund; er weiß, daß die Zeit alles für ihn thun wird. Jeder Roman findet einmal einen Schluß, und jede parlamentarische Beratung hat nur drei Lesungen.

Beide Hauptpersonen, die Centralverbändler und die Landwirtsbündler haben vor Schluß des ersten Kapitels nochmals die Schwurfinger erhoben und ihr: Niemals! den lustigen Binden anvertraut.

Indes arbeitet die erfahrene Centrumsfraktion, die stets dabei ist, wo es einen Kuppelpfetz zu verdienen giebt, unheimlich an der schönen Aufgabe, den heimlich und unheimlich sich Liebenden das Nest zu bauen. Die Fraktion ist gestern im Reichstag zusammengetreten und hat beschlossen, die Kommissionsbeschlüsse erster Lesung zur Grundlage der Weiterberatung in der Zolltarifkommission zu machen, insbesondere an der von der Kommission festgesetzten Höhe der Getreide- und Viehzölle festzuhalten und der Regierung in diesem Punkte keine Konzessionen zu machen.

Der Roman wird also weitergeleitet und — Fortsetzung folgt.

Ein neues Karthago.

Der Radikale Camille Pelletan, der am sichern Vort der Abgeordnetenversammlung ein leidlich verständiger und nüchternere Deputierter gewesen war, ist auf der hohen See des Regierungsschiffes bedenklich seefrank und schwindlig geworden. Der Mann hält Reden, wie sie ein nationalstiftischer Chauvin ohne Verantwortung kaum blutdürstiger halten könnte, und bringt seine Kollegen in der Regierung aller Welt gegenüber in solche Verlegenheit, daß bereits der Gedanke auftaucht, ihn anzuschiffen. Zu Nizacio auf Korsika hatte er rennomiert, daß die Befestigungen der korzischen Ostküste mitten ins Herz zielen, und in Vise rta hatte er diesen französischen Kriegshafen an der nordafrikanischen Küste, den die Italiener als einen Pfahl im eigenen Fleische empfinden, als ein neues Karthago gefeiert. Beide Reden, insbesondere die historische Reminiszenzen, die durch die Bezeichnung Viserta als eines neuen Karthago gegeben sind, richten ihre drohende Spitze nicht nur gegen die italienische Stellung im Mittelmeer, sondern gegen die Nachstellung Italiens überhaupt.

Diese Rodomontaden und Brabaden französischer Generale und Minister würde man weiter nicht tragisch nehmen, wenn Monsieur Pelletan seiner Rede nicht eine eigentümliche Begründung gegeben hätte. Camille Pelletan hat offenbar, seit er Minister geworden, sich auf der Landkarte etwas näher umgesehen und dabei entdeckt, daß Frankreich mit Corsika und Toulon und dem gegenüberliegenden Viserta eine gewisse strategische Stellung im westlichen Mittelmeer habe. Diese Wissenschaft hat die fromme Milch seiner bürgerlich-radikalen Denkart in gierend Drachengift verwandelt. Er sieht von der hohen Warte des französischen Marineministeriums aus den kommenden Weltkrieg herannahen und bezeichnet es als seine Pflicht, den heiligen Krieg für das französische Vaterland gegen seine Feinde, wer sie auch seien, vorzubereiten. Es gebe in der zivilisierten Welt keine Sicherheit mehr. Am Ende des 19. Jahrhunderts, nach der Niederwerfung Frankreichs durch die Barbaren des alten Germaniens, habe man einen Rückfall ins Gewaltrecht und einen Angriff erlebt, während dessen die ganze Welt von dem Grundsatze, daß Gewalt vor Recht gehe, beherrscht erschienen sei. „Wir müssen,“ schloß Pelletan, „alle unsere Anstrengungen darauf richten, das Genie Frankreichs

als Quelle der Gerechtigkeit und des Rechts intakt zu erhalten.“ Die historischen Kenntnisse des französischen Kriegsministers scheinen sich, wie seine geographischen und sozialen Kenntnisse, durchaus auf dem Niveau französisch-radikaler Spießbürgerlichkeit zu halten. Der Mann lebt völlig in den Ideologien des französischen Radikalismus befangen, wonach die Geschichte mit der großen französischen Revolution beginnt und sich seither in den Weisheiten der Anerkennung der Menschenrechte und des internationalen Rechts, das vor der Gewalt gehe, bewege. So steht er der Gewaltthätigkeit der Bismarckschen Blut- und Eisenpolitik mit derselben historischen Verständnislosigkeit gegenüber wie den furchtbaren Gewittern, welche als Folge der modernen kapitalistischen Weltpolitik über der modernen zivilisierten Menschheit sich zusammenziehen. Es ist die Angst einer kleinbürgerlich-radikalen Seele, die hier in einer ganz unmotivierten Drohhede anklingt.

Nach einer späteren Meldung hat Camille Pelletan bereits seine Rede revoziert und seine Entlassung damit entschuldigt, daß er noch nicht lange Minister sei. Möglicherweise wird er es nach diesen rednerischen Leistungen auch nicht mehr lange bleiben.

Deutsches Reich.

Das Proletariat der — Offiziere.

Noch ist die Diskussion über den bekannten Artikel des konservativen sächsischen Vaterland, in dem die Proletarisierung des Junkertums prophezeit wird, wenn diesen nicht entsprechende Getreidezölle gewährt werden, nicht geschlossen, da fangen auch schon lokale sächsische Offiziere an, von ihrer Not zu klagen und den allmählichen Untergang ihres Standes im Proletariat voranzusagen, wenn ihnen nicht höhere Pensionen zubilligt werden. Im Hotel Stadt Gotha in Dresden fand eine „gut besuchte“ Versammlung pensionierter Offiziere statt, um zu dem neuen Militärpensionsgesetz, welches dem Reichstage sofort nach dessen Wiederzusammentritt vorgelegt werden soll, Stellung zu nehmen und Mittel und Wege zu beraten, die einzuschlagen sind, um der immer schwerer werdenden Notlage zu steuern, in die viele Offiziere durch ihre frühe Verabschiedung versetzt werden. Die Versammlung leitete Herr Oberlieutenant Wiebe aus Niederlöbnitz. Er betonte, daß die Herren, denen er für ihr zahlreiches Erscheinen danke, hier vereinigt seien als loyale Offiziere, welche zwar nicht mehr Rechte als solche haben, aber freiwillig ihre Pflichten gegen Krone und Staat ausüben und forderte zur Bekräftigung dieses Standpunktes zu einem Hoch auf den Kaiser und König Georg von Sachsen aus, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten. Der Zusammentritt des Reichstages werde in nächster Zeit erfolgen und dabei ein neues Militärpensionsgesetz mit zur Vorlage kommen. Es gälte, neue Mittel und Wege zu finden, daß das neue Gesetz dem Abend seiener, in welches Offiziere mit ihren Familien durch allzu frühe Verabschiedung gekommen sind. Noch sei das neue Gesetz seinem Wortlaut und genauem Inhalt nach nicht bekannt, so viel sei aber doch schon durchgesiebt, daß es für bereits verabschiedete Offiziere keine Rückwirkung hinsichtlich der Aufbesserung ihrer Pensionen haben soll. Das sei der Grund zu dem Zusammenschluß der Standesmitglieder befaßt einer Eingabe an den Reichstag, nicht einer Petition, denn die Pension, welche die Offiziere beziehen, sei durchaus keine Gnade, sondern ein Recht, das sie erworben haben, das ihnen aus den Mitteln des Staates erwächst, und zu welchen Mitteln sie als Steuerzahler selbst mit beitragen. Diese erworbenen Rechte ständen indes heutzutage und hinsichtlich der allgemeinen Lebensmittel- und sonstigen Vertenerung nach aller Richtung hin nicht mehr auf der Höhe der Zeit und so könne es wohl niemandem verbacht werden, wenn er den Wunsch habe, seinem in Zukunft auscheidenden, besser gestellten Kameraden, wie es das in Frage stehende Militärpensionsgesetz vom 1. April 1903 an beabsichtige, gleich genacht zu werden. Drei Wege gäbe es zur Erreichung dieser Wünsche, eine Eingabe an den Reichstag, an den Bundesrat und an das Kriegsministerium. Da aber das neue Gesetz noch nicht gefaßt sei, so schlage er vor, zunächst dem preussischen und sächsischen Kriegsministerium die Bitte auszusprechen, das neue Militärpensionsgesetz in seinen Wirkungen auch auf die bereits verabschiedeten Offiziere zu erstrecken, damit sie bei gleicher Dienstzeit nicht schlechter gestellt seien, als jene, welche erst nach dem 1. April 1903 in Zuktivität treten, um so mehr, als dies schon von dem Gesichtspunkte aus erwünscht sein müsse, die verabschiedeten Offiziere in ihren sozialen Stellungen zu erhalten. Es sei kein Akt der Gerechtigkeit, daß es nach der Richtung ihrer Pensionen hin zwei Klassen von Offizieren gäbe, weil v-

gestellte, welche immerhin zu leben vermögen, und schlechter gestellte, die allmählich dem Proletariat in die Hände fallen müßten. Ein Hauptmann zweiter Klasse zum Beispiel beziehe nach 15 Jahren eine Pension von 1197 Mk., nach dem neuen Gesetz werde ein solcher 2290 Mk. erhalten. Dieser könne ja zur Not leben, wie aber jener mit Familie und 1197 Mk. bei heutiger Zeit noch auskommen solle, wisse er nicht. Ferner solle darauf hingearbeitet werden, daß den auscheidenden Offizieren nicht mehr bloß eine Aussicht, sondern ebenfalls ein Recht auf Anstellung im Civildienst eingeräumt werde, die einem Offizier angemessen sei, ihn aber nicht mit einem Subalternoffizier auf die gleiche Stufe stelle. Ungerechtfertigt halte er es auch, daß jeder Subalternoffizier, wenn er nach 12 Jahren Dienstzeit anscheide, mit seinem Civilversorgungsschein auch noch ein Kapital in die Hand bekomme, während der Offizier mit leeren Händen gehe und bisweilen nicht einmal die Mittel habe, sich in eine kleinere Stadt oder seine Heimat zurückzuziehen. An der Hand einer sorgfältig ausgearbeiteten Skala erläuterte hierauf „Herr Kamerad“ Lieutenant Verber den Unterschied der gegenwärtigen Pensionen und der projektierten neuen. Es wurde eine Resolution beschlossen, an das preussische und das sächsische Kriegsministerium Eingaben zu richten, in denen Gleichstellung der pensionierten Offiziere beantragt wird.

It schon eine Versammlung von Offizieren eine ungewohnte Erscheinung, so muß noch mehr der Geist, von dem die Herren besetzt sind, und der Ton, den sie anschlagen, überraschen. Bisher haben selbst die Junker und Junkerbarone an die Regierungen „petitioniert“, die loyalen Offiziere aber halten das unter ihrer Würde und richten an die Regierungen Eingaben, in denen sie fordern. Und damit ihren Forderungen der nötige Nachdruck nicht fehle, kündigen sie nach berühmtem Muster den allmählichen Untergang der pensionierten Offiziere im Proletariat an, wenn man ihren Forderungen nicht gerecht werde.

Zur Sache selbst haben wir zu bemerken, daß in der Sozialdemokratie den Pensionsforderungen der pensionierten Offiziere kein Gegner entgegen wird. Wir halten das Verlangen, die bereits pensionierten Offiziere mit denen nach dem geplanten neuen Militärpensionsgesetz gleichzustellen, für völlig berechtigt. Auf den entschiedensten Widerspruch stößt aber sicher in den weitesten Kreisen die Forderung, den verabschiedeten Offizieren ein Recht auf Anstellung im Civildienst einzuräumen. Wenn einer dienstunfähig ist, so ist er auch dienstunfähig zu Civilämtern; er mag sich an einer auskömmlichen Pension genügen lassen und nicht den sachgemäß ausgebildeten Civilbeamten Konkurrenz bereiten. Und das wird auch gar nicht nötig sein, wenn nicht in ganz unzulässiger und willkürlicher Weise selbst jeder Lieutenant pensioniert wird, dessen Nase auf einmal irgend jemandem nicht mehr paßt.

Berlin, 17. September. Die amtliche Berliner Korrespondenz veröffentlicht einen Artikel, wonach die Veröffentlichung der Wählerlisten zu den Gemeinderatswahlen durch die Gemeinde selbst nicht mehr zulässig sein soll. Die Maßnahme, die ganz ungenügend begründet wird, erregt allgemeines Aufsehen.

Eine wohlverdiente Strafe wird an den beiden Diokuren Richter und Crüger von der Kreuzzeitung vollzogen. Das edle Junkerblut beständig einem Teil der Freisinnigen, daß sie „in königstreuer Gesinnung, gelegentlich sogar in Militarismus machen“, und daß speziell die Führer der freisinnigen Volkspartei, also die Herren Richter und Crüger, „an politischem Takt und an Gesinnungstüchtigkeit die der freisinnigen Vereinigung weit überlegen“.

Wir beglückwünschen die Führer der freisinnigen Volkspartei zu diesem Lob aus hohem Munde und hoffen, daß den Herren Richter und Crüger auch die amtliche Anerkennung ihrer Gesinnungstüchtigkeit und königstreuen Gesinnung in Gestalt eines roten Adlers vierter Größe ins leere Knopfloch fliegen möge. Solche Verdienste können unmöglich im Sünden bleiben.

Es rumort im Centrum. Nach einer Meldung der Deutschen Warte aus München-Gladbach nahm eine stark besuchte Centrumsversammlung gegen den Willen der offiziellen Parteileitung eine Resolution gegen die hohen Getreidezölle und für Deffnung der Grenze für die Vieheinfuhr an.

Von der Fleischnot. Aus Elßah-Rothringen schreibt uns unser G.-Korrespondent: In drei großen Volksversammlungen erhob dieser Tage die Bevölkerung der drei größten Städte des Landes, von Straßburg, Müllhausen und Metz Protest gegen die unerhörte Fleisch-

gelegt; nie wurde geöffnet, ohne daß diese eingehängt blieb.

Das Fräulein hatte eine nervöse Angst. „Man weiß ja, wie schlecht die Menschen sind,“ sagte sie einmal in einer besonders vertraulichen Stunde zu Mine. „Und alleinstehende Damen, die können zu leicht — oh!“ Sie schauderte und sprach nicht aus. Ein Ausdruck des Entsetzens schrumpfte ihr ohnehin verschrumpftes Gesicht noch mehr zusammen, ihre stechenden Augen schienen noch flehender in jeden Winkel zu fahren und spähten dann auch in Mines Gesicht.

Was hatte die nur von all ihrem Geld? Mine schüttelte den Kopf. Besuche bekam die ja nur von Geldbriestragern oder von kleinen Leuten, die ihr Zinsen brachten. Dann ging sie aus, um das Geld wieder wegzutragen; ängstlich hielt sie das geheim, aber Mine sah doch, wie sie Papierscheine und Geldrollen in das schwarze, verschabte Ledertäschchen packte.

Mit jedem, der da kam, wurde über die Sicherheitskette weg verhandelt. Auch die Kollekture, die fleißig vorsprachen, wurden so abgefertigt; nur der Geistliche und die Vorstände mildthätiger Vereine wurden ins Zimmer geführt.

Aber selbst von ihrem Wohlthum hatte die kein Vergnügen. Kein Armer kam ins Haus, der da sagte: „Bergelt's Gott!“ Die empfand nie das Wohlgefühl, ein armes Weib auf der Hintertreppe mit einer Tasse warmen Kaffee, oder hungernde Kinder mit einem Butterbrot oder einen Arbeitsunfähigen mit fünf Pfennigen zu beglücken.

Das Herz that Mine weh, wenn sie Zeuge war, wie das Fräulein den Bittenden, ohne Wort, die Thür vor der Nase zuschlug. So lange sie im Dienst war, da hatte

sie auch nicht gewußt, was das heißt: „Unser täglich Brot gib uns heute“ — da hatte sie immer ihr Essen und Trinken; aber jetzt — ?!

Der Winter war lang, der Armen kamen viele. Es war ein sprechend vorwurfsvoller Blick, mit dem Mine ihre Dame ansah. Diese schien den Blick auch wohl verstanden zu haben; kurz darauf erschien sie in der Küche, ihr hagerer Finger wies krampfhaft auf eine fett gedruckte Stelle in der Zeitung. Da hatte irgendwo ein bettelnder Handwerkerbüchse die ihm öffnende Frau erzwängt und die Wohnung ausgeraubt.

Mine buchstabierte es mühsam heraus, dann mußte sie auflachen — also vor so etwas hatte Fräulein Haberborn Angst? Ihr Lachen schien diese noch mehr zu erschrecken; sie wich zurück bis zur Küchentür, ihr noch immer ausgestreckter Finger zitterte, ihr Gesicht, ihre ganze Erscheinung drückten höchstes Grausen, tiefste Erschütterung aus.

Mine fühlte Mitleid mit der einsamen Alten. „Es brauchen vor mir keine Angst nicht zu haben,“ sagte sie gutmütig, „ich kann mich mal gut en Fuhr schlachten.“

„Es war mer immer en Angang.“ Diese Versicherung schien doch nicht ganz beruhigend. Es kam Mine vor, als zeige das Fräulein wieder etwas von dem anfänglichen, zurückhaltenden Mißtrauen; das kränkte sie, aber diese Kränkung vergaß sich bald über anderen Sorgen.

Mine suchte Reinemach- und Waschstellen. Vor der Filiale des Lokalanzeigers faßte sie Posten und stürzte sich auf das erste herausgabte Arbeitsnachrichtensblatt. Sie scheute keinen weiten Weg. So gelang es ihr, als Reinemachfrau in Moabit, als Wäscherin am Hallischen Thor und in Charlottenburg, zuv Aushilfe am Sonnabend

in der Friedrichstadt anzukommen. Die Herrschaften sahen ihre derbe Figur und versprachen sich eine tüchtige Arbeitskraft.

Aber Fridchen? Der alte Meschke wollte sie wohl hüten; er liebte das Enkelkind, machte mit ihm die Scherze „Kuckuck“ und „Kille kille“, durch die er einst Fridchen entzückt, aber er sah im feuchten Kellerloch, und Fridchens Wangen verblaßten dort zusehend.

Nun sollte Grete, während der Mutter Abwesenheit, nach der Bahnstraße zu Fridchen kommen. Aber als Mine einstmals unvermutet früh nach Hause kam, fand sie das blasse Mädchen am offenen Fenster, überwelt hinausgelehnt, regungslos, wie gebannt hinstarrend nach draußen, wo hinter dem Bretterzaun die Eingangspforte der Heilsarmee sich aufthut. Fridchens Kleid glimmte, sie war, unbeaufsichtigt, den glühenden Funken des Achenloches zu nahe gekommen. „Jeseb, aber Grete!“ Erst der laute Schrei der erschrockenen Mutter entriß Grete ihrem Starren. Haß und ohne Entschuldigung drückte sie sich in einen Winkel. Mine überließ ein Grausen, sie mußte an Mathilde denken; sie hatte nicht mehr das Herz, das Mädchen allein mit dem Kind in der Wohnung zu lassen.

Frau Meschke zerbrach sich ernstlich den Kopf, was sie mit Grete anfangen sollte. Wie ein Schatten schlich die umher; immer war sie da, wo man sie nicht vermutete. Wenn man sie ansprach, antwortete sie nicht, sie schien nicht zu hören, aber glaubte sie sich allein, so redete sie ununterbrochen und sang seltsame Lieder in scharfen, eintönigen Rhythmen.

(Fortsetzung folgt.)

teuerung. In der Straßburger Versammlung, wo unser Parteigenosse Böhle referierte, wurde festgestellt, daß in den französischen Orten unmittelbar jenseits der Grenze das Pfund Rindfleisch nur 52 Pfg., das Schweinefleisch nur 58 Pfg. koste, während die entsprechenden Preise hier zu Lande auf 76-78 bzw. 88-100 Pfg. stünden; unsere Fleischpreise seien also teilweise über 1/2 höher. Und bei alledem sei im Reichsland die Grenzsperrung in letzter Zeit noch verschärft worden, wozu die Anweisung offenbar aus Berlin kam. In Metz, wo, wie in Straßburg, in einer Resolution die sofortige Öffnung der Grenzen für Schlachtvieh gefordert wurde, wurde vom Referenten, Hof-Fleischermeister Weismann, darauf hingewiesen, daß im Jahre 1897, als das Einfuhrverbot für Vieh erlassen wurde, die Regierung einigen Städten Elsaß-Lothringens, darunter Metz, die Einfuhr von Schlachtvieh in beschränktem Umfange gestattet habe; so seien nach Metz jährlich 400 Stück Großvieh und 2000 Schweine gekommen, was rund 5 Proz. des Gesamtbedarfs ausgemacht habe. Jetzt sei auf Drängen der Landwirtschaft auch diese kleine Vergünstigung aufgehoben und der Fleischpreis damit ins Unersehliche gesteigert worden. Der Zwischenhandel trage an der Preissteigerung nicht die mindeste Schuld, müsse sich heute vielmehr mit viel geringerem Nutzen begnügen; lediglich der Grenzsperrung seien die unhaltbaren Zustände zur Last zu legen.

Der Verein deutscher Wurstfabrikanten faßte am 16. September in einer zahlreich besuchten Versammlung in Braunschweig eine Resolution, in der hervorgehoben wird, daß, wenn das deutsche Fleischergewerbe und die Fleischernahrung des deutschen Volkes nicht dauernd und schwerste geschädigt werden soll, die Zufuhr ausländischen Schlachtviehes in größerem Maße unbedingt notwendig sei. Den guten Willen wenigstens zeigt die bayerische Regierung. Das bayerische Ministerium des Innern hat eine Verfügung erlassen, wonach die bisherige dreitägige Schlachtungsfrist für von Oesterreich importiertes Vieh nunmehr auf fünf Tage verlängert wird.

Als Nachfolger des verstorbenen Geheimen Ober-Regierungsrats Dr. Wischhofer wurde der preussische Regierungs- und Gewerbe-Rat Dr. Wittmann in Erlanger zum Vorstand der badischen Fabrikinspektion ernannt. Danach beruhte die frühere Meinung, daß ein Beamter der badischen Fabrikinspektion zu Wischhofers Nachfolger ernannt sei, auf Irrtum.

Eine spitzlitterarische Stimme der Gegenwart. Eine nicht zu überbietende Besinnungslumperei wird dem Herausgeber der Stimmen der Gegenwart, Karl Hartmann in Braunschweig, nachgewiesen.

Am 6. Oktober d. J. wird vor der ersten Strafkammer des Landgerichts München Hauptverhandlung gegen den Schriftsteller Friedrich Benz wegen Majestätsbeleidigung stattfinden. Es hat seiner Zeit außerordentliches Aufsehen erregt, daß das gegen den Schriftsteller Benz eingeleitete Verfahren auf Grund eines Privatbriefes an den Herausgeber der Stimmen der Gegenwart, Karl Hartmann in Braunschweig, erfolgt war.

Nachforschungen haben nun ergeben, daß am 18. Febr. 1902 bei dem der Braunschweiger Polizei wegen anarchistischer Untertriebe verdächtigen Schriftsteller Karl Hartmann eine polizeiliche Durchsuchung stattfand, bei der im Besitze Hartmanns anarchistische Schriften gefunden wurden. Es zeigte sich, daß Hartmann Mitarbeiter des in Berlin erscheinenden anarchistischen Organes Neues Leben war, und daß er in verschiedenen Artikeln dieses Blattes sich offen als Genosse und Anarchist bezeichnete. Am 4. März erhielt Hartmann einen Brief intimen, literarischen Charakters von dem Münchener Schriftsteller Benz mit der Ueberschrift: Lieber Freund Hartmann, in dem eine ablehnende Äußerung über die bekannte Kunsttreibe des deutschen Volkes enthalten war. Darauf erschien Karl Hartmann am 14. März l. J. unaufgefordert bei der Polizeidirektion in Braunschweig und gab dort zu Protokoll wie folgt:

Vor einiger Zeit wurde seitens der Polizei bei mir eine Hausdurchsuchung vorgenommen, weil ich in den Verdacht gekommen war, anarchistischen Umgang zu pflegen. Requieres ist jedoch nicht der Fall. (1) Da ich befürchte, daß sich eine denartige Durchsuchung wiederholen kann und event. meine Briefe wieder durchgesehen werden, so übergebe ich hiermit den angehängten Brief, welcher nach meiner Meinung einen irreführenden Inhalt besitzt, um, so weit es möglich ist, zu beweisen, daß ich keine anarchistischen Untertriebe pflege, und daß der Verdacht, der auf mir ruht, unbegründet ist. Ich bin mit dem Schreiber des Briefes nicht verfeindet, es ist dies der Schriftsteller Friedrich Benz in München, Kanalstraße 38/0. Dieserhalb bitte ich, demselben dieses Protokoll nicht vorzulegen, dem Benz würde mich in sämtlichen Werken und Zeitungen so schädigen, daß meine Existenz gefährdet würde, es könnte ja dem Benz so mitgeteilt werden, als ob der Brief bei einer polizeilichen Durchsuchung gefunden ist.

v. g. u. gez. Karl Hartmann. Die notwendige Folge dieser bodenlos niederträchtigen Denunziation war die Vorlage des der Polizei ausgelieferten Benz'schen Briefes bei der Staatsanwaltschaft des herzoglichen Landgerichts Braunschweig, und diese ersuchte, nachdem der Angeklagte in München seinen Wohnsitz hat, die Staatsanwaltschaft des Landgerichts München um Uebernahme der Sache, was geschah.

Benz ist also das Opfer eines schandvollen, abgefeimten Schurkenreiches seines „lieben Freundes Hartmann“ geworden, der nur das eine Gute hat, daß dabei dieser literarische Spitzlitterarier verdienstmäßig an den Schandpfahl kam.

Kleine politische Nachrichten. Das Protokoll, welches der türkische Ministerrat dem Subizpalast in der Frage der Durchsicht der vier russischen Torpedoboote durch die Dardanellen unterbreitete, lenkt die Aufmerksamkeit des Sultans auf die Bestimmungen der Reglements und Verträge, welche die Durchsicht von Kriegsschiffen durch die Meerengen verbieten, und erklärt, wenn man die Ermächtigung zur Durchsicht für die genannten Torpedoboote erteile, dann würden sie diese Ermächtigung als Kriegsschiffe und nicht als Handelschiffe erhalten; schließlich überläßt der Minister die Entscheidung dem Machspruch des Sultans. — Das ministerielle Reglement zum rumänischen Handwerkergesetz wird jetzt offiziell bekanntgegeben. Das Ministerium hat insofern der öffentlichen Meinung Europas nachgegeben, als die Juden, welche in Rumänien ihr Vaterland haben, nicht als Ausländer behandelt werden.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten. Eine Ferienarbeit ist der Blut- und Brandartikel des Vaterland. Die konservative Korrespondenz schreibt: „Von maßgebender Stelle der konservativen Partei im Königreich Sachsen erfahren wir, daß der von uns zurückgewiesene Artikel des Vaterland als bloße Privatleistung einer

der Leitung des konservativen Landesvereins nicht angehörigen Person und daß dessen Aufnahme nur der Redaktion zur Last zu legen ist. Der konservative Landesverein steht auf genau demselben Boden, der in der konservativen Korrespondenz als der allgemeine konservative Standpunkt gekennzeichnet ist. Die Aufnahme des Artikels würde unmöglich gewesen sein, wenn nicht gerade zufällig die leitenden Persönlichkeiten des Landesvereins sich in den Ferien befunden hätten. Diese sind durch den Artikel ebenso überrascht und unangenehm berührt worden, wie alle übrigen Konservativen.“

Na also! Der Artikel des Vaterland ist verbrochen worden, während die Leitung der konservativen Partei in den Ferien und der Vaterlandsredakteur sich allein überlassen war. Aber erschienen ist der Artikel doch und hat auch die Billigung der Deutschen Tageszeitung gefunden.

Ehren-Schorlemer. Der bekannte Führer der sächsischen Konservativen Freiherr v. Schorlemer-Mst beschäftigt jetzt wieder einmal die Gerichte. Der Freiherr ist gegenwärtig Redakteur der Traunsteiner Nachrichten. In dieser Eigenschaft hatte er sich wegen Beleidigung des Dienstherrn Graf von dem Schöffengericht in Traunstein zu verantworten. Im Laufe der Verhandlung nahm der Vorsitzende Anlaß, die Frage der vollen Zurechnungsfähigkeit des Freiherrn aufzuwerfen. Es wurde konstatiert, daß das Landgericht Dresden nach sechswohiger Beobachtung im Irrenhaus das Verfahren gegen den Freiherrn v. Schorlemer wegen Urkundenfälschung, Betrugs und Betrugsversuchs eingestellt hatte. Weitere Gutachten des Bezirksarztes Dr. Erler und des Hofrats Dr. Bezold sprachen für Entmündigung. Dr. Schweinberger-Traunstein glaubte, daß Veranlassung bestände zu dem Zweifel, ob Freiherr v. Schorlemer strafrechtlich verantwortlich gemacht werden könne. Das Gericht beschloß, die Akten an die Staatsanwaltschaft zu leiten zu der Erwägung, ob nicht ein ex officio-Antrag auf Einleitung des Entmündigungsverfahrens zu stellen sei. Nötigenfalls sollen weitere Gutachten eingeholt werden.

Zum konservativen Redakteur scheint seine Gräße noch gerade zuzureichen. Er würde danach in der Lage sein, ungestrakt beleidigen zu können, während sein freiherrliches Blut gegen Ehrenkränkungen sehr empfindlich ist. Als seiner Zeit die Heldenthaten des adeligen Fälschers und Betrügers gebührend geachtet wurden, ließ er trotz seiner Entmündigung klagen und erreichte auch eine Verurteilung der angeklagten Redakteure.

Vom Prostitutionsmarkt. Die Dresdner Nachrichten haben von jeder dem Heiratsmarkt ein Feld eingeräumt, aber ein Kofhl, wie der folgende, war doch noch nicht da. Man höre:

Achtung! Das Gute bricht sich immer mehr Bahn! Es ist erreicht, daß sich nunmehr die höchsten und allerhöchsten Herrschaften, Freilherren, Gelehrte, Rittergutsbesitzer, Fabrikbesitzer, Großhändler, Großkaufleute, Kaufleute, höhere Beamte, Privatleute etc. in sehr großer Anzahl an Frau Kofhl gewandt haben, um Rat und That für eine geeignete Ehe zu haben. Heiratslustige Damen bieten sich gerade jetzt Vorteile wie selten in der Auswahl ihrer Heiratswünsche. Man ach! betrübtes, nach Heiratlich sehneude Fräulein sitzt zu Hause und grämt sich krank. Darüber vergehen Jahre, und schließlich muß sie das Lied aus dem Trompeten von Sittlingen singen. Sie ach! nicht mehr einschlüchtern, sich nicht die Männer aufbringen lassen, sondern selbst nach Heiratswähl suchen, sich nicht mehr scheuen oder genieren, diesen ehrenwerten Weg zu betreten. Frau Johanna Kofhl, Dresden, Marienstraße 22, 1. Etlg., hat sich durch seit 1889 gegründetes, reelles und distinktes Institut schon so beliebt gemacht, daß es eigentlich keiner Worte mehr bedarf. Sehen und hören macht wahr! Sich ihr vertrauen.

Die beliebte und — insofern ihres eintäglichen Geschäftes — wahrscheinlich auch beliebte Frau Kofhl hat mit diesem Institut zweifellos jeden bisherigen Record auf dem Gebiete der Heiratsinferate geschlagen. Die angerechneten höchsten Herrschaften werden sich durch den Inhalt natürlich nicht in ihrer Standeshöhe gekränkt fühlen, denn bei ihnen ist ja die Heirat auf diesem ehrenwerten Wege geradezu der normale und standesgemäße geworden.

Zur Organisation im 15. Reichstagswahlkreise. Wir werden ersucht um Aufnahme folgender

Verächtigung. Zu dem in Nr. 213 der Leipziger Volkszeitung veröffentlichten Artikel über die Organisation im 15. Reichstagswahlkreise, unterzeichnet J. F., bemerkt die Redaktion der Leipziger Volkszeitung unter anderem: „Wir haben diesen Artikel aufgenommen, weil die Redaktion der Chemnitzer Volksstimme die Aufnahme ohne Angabe von Gründen abgelehnt hat.“ Als Vorsitzender der Preßkommission der Volksstimme konstatierte ich, daß dem Genossen J. F. von der Redaktion scharfsinnig der Grund der Ablehnung ausgegeben worden ist, indem ihm geschildert wurde, sein Artikel werde der Kreisparteiversammlung vorgelegt und er dazu eingeladen werden; von der Aufnahme werde deshalb abgesehen, weil die Parteiversammlung zweifellos der geeigneteren Ort sei, um solche Angelegenheiten mit Nutzen zu erörtern.

Urban Landgraf.

Chemnitz, 16. September. Wir haben bereits mitgeteilt, daß in der letzten Sitzung der Stadtverordneten Oberbürgermeister Dr. Wed eine vom Rat zur Frage der Fleischsteuerung gefaßte Resolution verlesen hat, der sich die Stadtverordneten einstimmig angeschlossen haben. Die Resolution hat folgenden Wortlaut: „Im Hinblick auf die gegenwärtigen, außergewöhnlich hohen Viehpreise und die dadurch bedingte Verschärfung der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage die königliche Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung alle mit den sanitären Rücksichten irgendwie vereinbaren Erleichterungen anzuregen, welche eine baldigste erhöhte Zufuhr von Schlachtvieh, insbesondere von Schweinen, herbeizuführen geeignet sind.“

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Montag gegen Abend kürzte der Tagelöhner Wilhelm Bäurich in Müßchen beim Hahnenjahren vom Erntewagen und wurde überfahren. Außer anderen schweren Verletzungen hatte er einen Bruch der Wirbelsäule erlitten, der schon nach wenigen Stunden den Tod herbeiführte. Wie beim Anfang der Ernte sein zweiter Sohn, Max Bäurich, welcher in Merzdorf biente, vom Erntewagen gestürzt, überfahren und an den erlittenen Verletzungen gestorben ist, so hat nun auch am Ende der Ernte der Vater den gleichen Tod gefunden. — Der achtjährige Sohn des Wirtschaftsbefizers und

Gemeindevorstands Wachs in Althirschstein bei Meisa stürzte beim Trochauersteden vom Scheunenbalken auf die Tenne und erlitt einen Schädelbruch, welcher den Tod des Kindes herbeiführte. — Auf Bahnhöf Wilschhaus wurde am Sonntag abend von einem Eisenbahnzuge der 20 Jahre alte, verheiratete Hilsweihenleier Lämmel überfahren und getötet. Der zu einer unkenntlichen Masse verstimmelte Leichnam wurde am Montag früh von dem die Strecke abgehenden Vater des Verunglückten aufgefunden. Die Körperstelle lagen zerstückelt umher, während der Kopf überhaupt noch fehlt. Der Verunglückte ist etwa 100 Meter weit von der Maschine fortgerissen worden. Unerklärlich ist es, daß der Maschinenführer von dem Unglücksfall nichts gemerkt und keine Anzeige erstattet hat. Der Verunglückte war 20 Jahre alt, verheiratet und Vater von vier Kindern im Alter von zwei bis fünf Jahren. — In Gerbsdorf bei Hohenstein-Ernstthal ist das Andree'sche Gut niedergebrannt. Sämtliche Erntevorräte wurden vernichtet, auch ist viel Federvieh in den Flammen umgekommen. Vom Mobiliar konnte nur wenig gerettet werden. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. — In einem Leiche des Sahnparls in Grimmitzau wurden die Leichen zweier jungen Mädchen aufgefunden, die einige Tage vermisst wurden. Die beiden jugendlichen Selbstmörderinnen, Frieda Bausch aus Zeitzsch und Klara Fickert aus Grimmitzau, waren 10 Jahre alt und arbeiteten gemeinsam in einer hiesigen Fabrik. Ihren Eltern hatten die Mädchen eine Postkarte hinterlassen, die man in der Nähe jenes Leiches vorfand und auf der mit Bleistift geschrieben stand: Zu spät kommt oft die Reue, — Ein Herz vor Gram vergeht; — Das kleine Wort „vergehe“ — Kommt leider oft zu spät.

w. Halle a. S., 17. September. Im Kampfe mit Wildbienen wurde gestern abend bei Wörmlich der dortige Fußgendarm Inz erschossen. Auch ein Wildbied blieb tot auf dem Plage. Seine Leiche wurde von seinen Genossen bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

st. Meiningen, 17. September. Der Geh. Regierungsrat von Biller in Saalfeld wurde vom Herzog zum Sachsen-Meininger Minister ernannt.

Nordhausen, 16. September. Unsere Stadtverordneten beschloßen wegen der Schweinefleischnot im Verein mit dem Magistrat an den Bundesrat und an den Reichskanzler eine Petition um Beseitigung des Notstandes durch Öffnung der Grenzen mindestens Oesterreich-Ungarns und Dänemarks zur Einfuhr lebender Schweine (unter Anwendung der erforderlichen Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung der Einschleppung von Seuchen) abzulegen. In dieser eingehend begründeten Petition wird zahlenmäßig nachgewiesen, daß in Nordhausen in den beiden letzten Jahren ein Rückgang in der Schweinefleischproduktion von 26 1/2 Prozent und eine Steigerung des Schweinepreises von 33 1/2 Proz. eingetreten ist.

Gerichtssaal. Schöffengericht.

Leipzig, 16. September

Wegen versuchter Gefangenbefreiung hatte sich der kand. phil. Täschner zu verantworten. Mit einem anderen Studenten hatte T. am Abend des 12. Juli tüchtig geknelt und als dieser von einem Schuttmann wegen ruhestörenden Lärmes mit zur Wache genommen werden sollte und dabei so erheblichen Widerstand leistete, daß es erst der Mithilfe eines zweiten Schuttmanns bedurfte, die Arrestur zu vollziehen, suchte T. seinen Freund den Händen der Schutzleute wieder zu entziehen, wobei er drohende Bewegungen mit dem Spagierstock machte. Den Ermahnungen des Schuttmanns, dieses zu lassen, schenkte T. kein Gehör und erzielte auf diese Weise nur, daß gegen ihn selbst wegen versuchter Gefangenbefreiung und Verübung groben Unfugs Anzeige erstattet wurde, denn durch sein Ärmeln hatte sich eine große Menge Menschen angesammelt. Da wegen Gefangenbefreiung nur auf Gefängnisstrafe erkannt werden kann, legte ihm das Gericht eine solche von einer Woche auf und den groben Unfug hat er mit 15 M. Geldstrafe, an deren Stelle im Nichteinbringungsfall 3 Tage Haft treten, zu büßen.

Präseserbesatz hat der Fleischermeister Bödel in Zweinaundorf seinem Gastfisch im Januar d. J. zugefickt und seine Gehilfen haben im Mai d. J. auch der Knackwurst solches beigemischt, wie B. sagt, ohne sein Wissen; Knackwurst haben sie aber gegen das Nahrungsmittelgesetz verstoßen und wenn auch das Salz, in geringen Mengen zugefickt, keine gesundheitschädliche Wirkung ausübt, so sieht das Gesetz diesen Zusatz doch als eine Fälschung an, und die Gerichte haben bis jetzt in diesem Falle ständig Verstrafung eintreten lassen. Bödel hat ebenfalls für sein Vergehen mit 25 M. Geldstrafe zu büßen, an deren Stelle im Nichteinbringungsfall 5 Tage Gefängnis treten.

Landgericht.

Leipzig, 15. September.

Ein undankbarer Bruder. Der in Markleeberg im Jahre 1850 geborene Handarbeiter Johann Friedrich Bödel ist ein vielbestrafter Mensch. Nach seiner letzten Strafe nahm ihn trotzdem seine verheiratete, in Kleinmünchen wohnhafte Schwester zu sich und er teilte die Schlafstube mit seinem Neffen. Am 6. August, als der Neffe auf Arbeit war, benutzte B. die Gelegenheit und erbrach dessen Koffer und nahm die ganzen Ersparnisse in Höhe von 26 M., um damit zu verschwenden. Bald darauf wurde er jedoch verhaftet und das Gericht verurteilte ihn wegen schweren Rückfallsdiebstahls unter Ausschluß mildernder Umstände zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust.

Wegen schweren Rückfallsdiebstahls hatte sich der schon so oft bestrafte, 23 Jahre alte Stallschweizer Karl Benefels zu verantworten. Er war mit dem Hausdiener D. des Hotels zum Schwaben in Borna befreundet und dieser ließ ihn eines Tages allein in der Dienerschaft, während er eine Besorgung machte. Diese Gelegenheit benutzte B. zu einem Diebstahl. Aus dem Koffer D.'s, den er erbrach, eignete er sich eine Krone an und suchte den Koffer wieder so zu schließen, daß der Diebstahl nicht bemerkt werden sollte, indem er das abgerissene Eisen, so sorgfältig es ging, wieder befestigte. Jedoch bemerkte D. den Diebstahl sofort und veranlaßte die Festnahme B.'s. Das Gericht billigte ihm trotz seiner vielen Vorstrafen noch einmal mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen! Seid unausgeseht thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Erwerbt das Bürgerrecht! Hierin drei Beilagen und die Romanbeilage.

Schusters Warenhaus, Leipzig-Neustadt Eisenbahnstrasse 39-43

hat Mittwoch, Donnerstag und Freitag **Reste-Tage.**

Konsum-Verein Stötteritz und Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonntag den 28. September 1902

vormittags 1/11 Uhr

General-Versammlung

im großen Saale des Gasthofes zum Löwen in Stötteritz.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht sowie Rechnungslegung desselben. 2. Abänderung des § 2 der Statuten. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Wahl von drei Aufsichtsratsmitgliedern sowie dreier Stellvertreter. 5. Antrag des Vorstandes: Einziehung der Rückstellungen. 6. Anträge der Mitglieder (nach § 13 der Statuten). 7. Allgemeines.

Der Vorstand.

Emil Hättner. Karl Klotz.

Zutritt nur gegen Vorzeigung der Legitimationskarte. Rechenschaftsberichte sind vom 22. September d. J. ab in sämtlichen Geschäftsstellen zu entnehmen.

Konsumverein L.-Connwitz u. Umg.

(E. G. m. b. H.)

Sonntag den 21. September nachm. 1/1 Uhr

Ordentliche General-Versammlung

im großen Saale des Gasthofes zur goldenen Krone in L.-Connwitz.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht und Vorlegung der Jahresrechnung, sowie Rechnungslegung derselben.
2. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns.
3. Ergänzungswahl des Vorstandes.
4. Ergänzungswahl des Aufsichtsrates und Wahl von drei Erfahrmännern.
5. Abänderung des § 2 des Statuts.
6. Antrag des Genossen Bruno Heinicke: Aenderung des § 18 des Statuts. Antrag des Genossen Moritz Bendorff: Beschlussfassung über § 16 Absatz 7 des Statuts.

Der Zutritt ist nur gegen Vorzeigung der Legitimationskarte gestattet.

Der Aufsichtsrat.

B. Pollter. D. Herrmann.

88291

Zur Arbeiter-Theater-Vorstellung

Der Erbförster

empfehlen Text-Bücher

Preis 20 Pfennige

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Alle Ausdräger der Leipziger Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Felsenkeller, Plagwitz.

Donnerstag den 18. September

Konzert der Leipziger Sänger aus dem Kristallpalast.

Vorzügliches Programm.

Anfang 8 Uhr. Vorzugskarten gültig. Entree 30 Pfa.

Sonntag den 20. September und folgende Tage

Junghähnel-Konzerte.

8842

Ergebenst W. Canitz.

Neu eröffnet!

Donnerstag den 18. September nachmittags 5 Uhr eröffne ich Wurzenener Strasse 27 ein neues Restaurant unter dem Namen

Wurzenener Hof

und lade ich alle Freunde, Bekannten und Nachbarn hierzu freundlichst ein. Empfehle schönen Garten u. Gesellschaftszimmer, ff. Speisen u. Getränke.

Jeden Freitag Schlachtfest.

Zu fleißigem Besuch ladet ein [8844] Otto Lehmann.

Verantwortlicher Redakteur: August Lüttich in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Verein Vorwärts L.-Süd.

Donnerstag den 18. Septbr. abends 1/9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Gambrius, L.-Connwitz, Biedermannstr.

Tagesordnung:

Vortrag über: Die Entwicklung unserer Volksschule. Referent: Genosse Feinr. Lange, Stadtverordneter.

Gäste sind willkommen!

Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

8826

Der Vorstand.

Soziald. Verein L.-West.

Freitag den 19. September abends 1/9 Uhr

Versammlung

im Felsenkeller zu L.-Plagwitz.

Tagesordnung: 1. Beantwortung der Fragen. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

8886

Der Vorstand.

Naturheilverein Leipzig II.

Gesellschaftshaus Johannesthal.

Donnerstag den 18. September abends 1/9 Uhr Vortrag von Herrn

Naturarzt Rolsch.

Donnerstag den 25. September abends 1/9 Uhr im Tivoli Große

Bilderverortrag vom Institut Kosmos: Die Geschichte der Umwelt er-

klärt durch 64 Nischenbilder. Eintritt 25 Pfa.

8885

Wo ist die Kulmbacher Bierstube Zur Altensteiner Höhle? Brühl II, im goldenen Hufeisen, im Hofe.

Restaurant-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum sowie lieben Freunden und Bekannten zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich mit heutigem Tage Restaurant Bräderstrasse 9, Ecke Jablonowskystr., übernommen und unter dem Namen

Hebestreits Bierhallen

neu eröffnet habe.

Empfehle meinen guten Mittagstisch zu kleinen Preisen sowie früh und abends reichhaltige Stamnkarte.

Zum Ausschank gelangt das ff. Rautmannsche Lagerbier sowie Kulmbacher Reichelbräu.

Mein Bestreben wird dahin gerichtet sein, die mich beschrenden Gäste auf das Beste zu bewirten, und bitte ich um gütige Unterstützung meines neuen Unternehmens.

Leipzig, 17. September 1902. Hochachtungsvoll

Bräderstr. 9, Ecke Jablonowskystr. Th. Hebestreit

8881

(früher langjährig im Landstucht.)

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Plagwitz und Umgegend sowie meiner werthen Kundschaft bringe ich zur gefälligen Kenntnis, daß ich unter

heutigem Tage, außer meinem bisherigen Geschäft in Lindenau, auch in Plag-

witz, Ziegelstrasse 1a, eine

Leder-Handlung

eröffnet habe. Es wird mein eifriges Bestreben sein, mir das bisher erworbene

Vertrauen auch fernerhin zu erhalten, indem ich beste Waren zu billigen Preisen

den mich Beschrenden in großer Auswahl biete. [8898]

Zu bitte um geneigten Zuspruch und zehelne ergebenst

Lindenau-Plagwitz, im September 1902 Albert Kirchner.

Lindenauer Möbelhalle

Eduard Walther, Merseburger Straße 48

empfehle sein großes Lager in

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaren

eigener Fabrik zu äußerst billigen Preisen unter langjähriger Garantie.

Transport frei. [8840]

Wundern Sie sich nicht länger über die blendende Wäsche Ihrer Nachbarin, sondern versuchen Sie sofort Dr. Thompson's Seifenpulver, Marke SCHWAN, und alle Freundinnen werden fortan Ihre schwanenweiße Wäsche bewundern. Man verlange es überall!

Plattdeutsch. Verein. Junge holt fast to Leipzig. Wir haben alle Landleute u. Freunde der plattdeutschen Sprache zum großen Recitationsabend des bekannt. Neuter-Interpreten G. Vester aus Malchin im Sonnabend den 20. Sept. abds. 8 Uhr nach der Thiemischen Brauerei, Tauchaer Str. 27, frendl. ein. Programme à 80 Pf bei G. Müller, Cigarrenpavillon, Schulplatz.

Paul Thiele Special-Geschäft für Haararbeiten Tauchaer Str. 2, vis-à-vis Krysallpalast. Billige Preise. [8732]

E. A. Krieger, Schneidermstr. Von jezt ab Leipzig, Poststr. 15, III. r. Regelmäßig nur i. Sonntag v. 11-3 Uhr. Unterricht erteilt zu jeder Tageszeit, auch Sonntags. Tanz-Horn, Papst, Braustr. 25.

1 Bettstelle
1 Matratze
1 Kleiderschrank
1 Tisch
2 Stühle
Kuzahlung 10 Mark.
N. Fuchs
Leipzig
Auebringsstr. 18, I.

? Wer ?
feinen Fußboden streichen und sich viel Kerger und Verdruß ersparen will, der kaufe sich die sachmännlich zubereiteten, haltbaren, schnell trocknenden u. nicht nachbleibenden Fußbodenfarben beim alten Praktiker H. Schumann
L.-Volkmarzdorf, Elisabethstr. 2 gegenüber der 18. Bezirksschule. Altrenommierte bill. Bezugsquelle für alle Streichmaterialien, Farben, Drogen und Chemikalien. [8808]

Kaufen Sie Ihre [8746] Schuhwaren nur bei Max Tack
Reichsstrasse 33/35 neben dem Polohomagazin.

Schleussiger Möbel-Magazin

Jahnstr. 19b, part., I. u. IV. Et., Wilh. Köhner, Tischlermstr.

empfehle sein reichhaltiges Lager in Ausstattungen sowie einzelner

Möbel zu äußerst billigen Preisen. ff. Brautleuten zu empfehlen.

Langjähr. Garantie. — Transport frei. — Beschäftigung auch Sonntags.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

B. München, 16. September.

Zweiter Verhandlungstag. (Vormittags-Sitzung.)

Den Vorsitz führt Singer.

Als Vertreter der Landesorganisation der deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialdemokraten in der Schweiz ist Genosse Ludwig Blit aus Zürich als Gast anwesend.

Zunächst erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission Wähle-Strasbourg: Auf dem Parteitag sind anwesend 205 Delegierte mit 280 Mandaten, 87 Reichstagsabgeordnete, die Mitglieder des Parteivorstandes, die Kontrolleure, vier Genossen, welche auf Grund ihrer Stellung zur Parteipresse zur Teilnahme berechtigt sind, der Genosse Löwenstein-Nürnberg als Landtagsabgeordneter, ferner zwölf auswärtige Gäste, deren Namen vom Präsidium des Parteitages schon bekannt gegeben wurden. Einige Reichstagsabgeordnete sind mit Mandaten versehen und deshalb als Delegierte aufgeführt. Die Kommission beantragt, diese sämtlichen Mandate, soweit sie im Sinne des Organisationsstatuts als Mandate angesehen werden können, für gültig zu erklären.

Der Parteitag erhebt debattierbar diesen Antrag zum Beschluß. Wähle-Strasbourg: Ein Protest liegt vor gegen das Mandat des Genossen Kroll-Ghemny. Dieser wurde in einer regelrecht einberufenen Parteiversammlung als Delegierter gewählt. Auf einer späteren Konferenz wurde allerdings von dem Schmeißer Genossen der Wunsch geäußert, der Genosse Kroll solle sein Mandat wieder abgeben, was er jedoch nicht that. In dem Protest wird selbst angegeben, daß Genosse Kroll zu Recht gewählt ist und deshalb beantragt die Kommission, dem Proteste des Vorstandes des sozialdemokratischen Vereins in Ghemny nicht stattzugeben und das Mandat für gültig zu erklären.

Dieser Antrag wird ebenfalls ohne Debatte genehmigt. Wähle-Strasbourg fährt fort: Gegen das Mandat des Genossen Windhoff-Düsseldorf liegt ein Protest vor vom Vorstand des Arbeiterbildungsvereins in Villingen und anderen Genossen. Windhoff sei nicht zu Recht gewählt worden. Er habe, nachdem er in einer öffentlichen Parteiversammlung bei der Wahl unterlag, eine Kreiskonferenz einberufen und sich dort wählen lassen. In der Kommission ist festgestellt worden, daß die dortige Neuorganisation bereits in Kraft getreten und Windhoff von der Kreiskonferenz mit Recht gewählt worden ist. Es wird beantragt, das Mandat für gültig zu erklären.

Windhoff-Düsseldorf führt aus, daß die Einberufung einer Kreiskonferenz zu Recht erfolgte. Diejenigen Personen, die jetzt gegen mein Mandat protestieren, haben auf der Kreiskonferenz kein Wort gegen mich gesprochen.

Das Mandat wird für gültig erklärt. Wähle-Strasbourg: Das Mandat der Frau Weiß als Vertreterin der Frauen und Mädchen der sozialdemokratischen Partei des Kreises Düsseldorf liegt nicht im Original vor. Sie bringt nun die Abschrift eines von einigen Frauen unterschriebenen Mandats zum Parteitag, die lediglich von Windhoff bestätigt wurde, obwohl ihm, wie er zugibt, das Original nicht zu Gesicht gekommen ist. Die Behauptung, daß eine öffentliche Versammlung nicht mehr möglich war, ist schon dadurch widerlegt, daß das Mandat bereits am 13. August ausgestellt wurde. Die Kommission hat dieses Mandat für ungültig erklärt, weil sie auch die Überzeugung gewonnen hat, daß man in Düsseldorf in den weitesten Kreisen von dieser Delegation nichts weiß.

Frau Weiß-Düsseldorf: Ich wurde von den sozialistischen Frauen in Düsseldorf zur Frauenkonferenz gewählt. Durch die Schikanen der Behörden wurde es uns aber unmöglich gemacht, der öffentlichen Parteiversammlung beizuwohnen, wo die Delegierten zum Parteitag selbst gewählt werden sollten. Es wurde nun zwar eine neue Versammlung einberufen; da wir aber der Ansicht waren, daß wir auch das zweite Mal ausgewiesen würden, sind wir gar nicht hingegangen. Nun haben wir zwar einen Frauenverein, in dem wir jedoch keine Politik treiben dürfen. Wir haben deshalb, um die Delegation einer Frau zu ermöglichen, auf einer Liste die Unterschriften gesammelt. Durch Nachlässigkeit ist diese Original-Liste verloren gegangen, sie wurde von einem Genossen seiner Frau übergeben, die sie mir übermitteln sollte. Ich bitte, das Mandat nicht zu kassieren, damit die Düsseldorf-Frauen hier vertreten sind.

Ebert-Bremen ersucht, den Antrag der Kommission zurückzuziehen. Frau Weiß wurde schon Mitte August als Vertreterin zur Frauenkonferenz gewählt, aber ohne Delegation für den Parteitag selbst. Durch Verlegung des Genossen Ludwig Schindler, der Deponen des Düsseldorf-Bezirksvereins ist, haben wir festgestellt, daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, noch eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Wenn wir nicht so verzögert, dann bekommen wir so viele Mandate von Frauen, daß es Aufsehen erregen muß.

Das Mandat der Frau Weiß wird kassiert, doch wird sie als Gast gerne zu den weiteren Verhandlungen zugelassen. Darauf wird die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes fortgesetzt. Vorläufig abgeschlossen ist dabei die Polenfrage. Eingegangen ist ein Antrag des H. Hoffmann-Berlin: „Der Parteitag beschließt: Finanzielle Verpflichtungen, welche von der bestehenden oder neu zu gründenden Parteipresse, ohne Zustimmung des Parteivorstandes eingegangen werden, sind von letzterem unter keinen Umständen ganz oder teilweise zu übernehmen.“ Der Antrag wird genehmigt.

Zu der späteren Verhandlung über die Polenfrage legt zu dem Antrag O. Luxemburg, eine Resolution des H. Bebel, vor, die später mit zur Diskussion gestellt werden wird:

„Der Parteitag wolle die letzten drei Absätze der Resolution Luxemburg und Genossen, durch folgenden Wortlaut ersetzen: so muß die Absonderung einer polnischen Gruppe, der „Polnischen Sozialistischen Partei“, die sich in einem eigenen Organ der Gesamtpartei gestellt hat, als ein ungerechtfertigtes Vorgehen angesehen werden.“

Der Parteitag verurteilt scharf die von der Gruppe „Polnische Sozialistische Partei“ provozierten Doppelmandaturen in Ober-Schlesien und erhebt den Parteivorstand, nochmals den Versuch zu machen, eine Verständigung zwischen den freitenden Parteien herbeizuführen, die im Interesse der gesamten Sozialdemokratie liegt.“

Wähle-Strasbourg: Es ist gestern ausführlich auf die einschlägigen Verhältnisse Bezug genommen worden. 1894 wurde das erste in Strasbourg gegründete Blatt, die Elsaß-Lothringische Volkszeitung, mit einem Abonnentenstand von 5000 Abonnenten, von der Regierung unterdrückt. Einige von außerhalb der Reichslande eingeschleppte Blätter fielen dem Diktaturparagraphen zum Opfer. 1898 wurde ein Fonds zur Gründung eines neuen Blattes aufgebracht. Ein Fehler war es, daß man das Blatt, statt in Strasbourg, in einem Dorf bei Strasbourg erscheinen ließ, um die hohe Skatulle zu ersparen. Auch reichlich die von den Parteigenossen aufgebracht Mittel für ein Centralblatt Elsaß-Lothringens nicht aus. Es haben sich nun zwischen Strasbourg und Mühlhausen Dinge zutragen, die ein weiteres Zusammenarbeiten der Genossen an diesen beiden Orten unmöglich machen. Wir bekamen durch Mühlhäuser Korrespondenzen verschiedene Projekte, deren Kosten wir Strasbourg nicht allein übernehmen konnten. Nachdem uns nun der Parteivorstand den Zuschuß gestrichen hatte, konnten wir den Mühlhäusern das Blatt nicht mehr in der bisherigen Weise liefern. Wir konnten uns durch die Mühlhäuser nicht ruinieren lassen, zumal letztere einen eigenen Fonds für ein eigenes Blatt begründet hatten. Die Strasbourg haben nun ein Centralblatt gegründet, das, seitdem wir die Mühlhäuser los sind, ganz gute Fortschritte gemacht hat. Wir sind herzlich froh, daß wir die Mühlhäuser los sind. (Heiterkeit.)

Es wird beschlossen, die Wahl des Tages für den Ausflug nach dem Starnberger See dem Bureau zu überlassen.

Legendecker-Büchli: Zunächst muß ich bedauern, daß gestern wieder eine Bernstein-Debatte heraufbeschworen ist. Die Genossen haben keine Lust, sich auch diesmal wieder mit der Bernsteinfrage zu befassen (Sehr richtig!), sie wollen praktisch arbeiten. Die Akademiker sind es, die die Debatte begonnen haben. (Widerspruch und Ruf: Hoffmann, Jubel!) Vielleicht wäre es ratsam, wenn die Akademiker zwei oder drei Tage vor dem allgemeinen Parteitag ihren besonderen Parteitag abhalten. (Heiterkeit.) Der Streit um die Sozialistischen Monatshefte ist nicht so erheblicher Natur; die Artikel, die hier und andere dafür geschrieben haben, werden von den Arbeitern besser verstanden, als die Artikel in der Neuen Zeit, die zu theoretisch sind. Wenn das Wissen des Arbeiters bereichert wird, so kann es uns ganz gleichgültig sein, ob das durch die Neue Zeit oder durch die Sozialistischen Monatshefte geschieht. Wo das Verleumdungs-herkommen, sollen wir es nehmen. Der Streit zwischen Monatsheften und Neuer Zeit wäre am besten dadurch aus der Welt zu schaffen, daß Bloch die Redaktion der Neuen Zeit und Kautsky die Redaktion der Monatshefte übernimmt. (Große Heiterkeit.) In den verschiedenen Begrüßungsartikeln der Parteiblätter hieß es, dieser Parteitag würde einer der stillsten sein, den es bis jetzt gegeben hat. Dem Anschein nach ist das nicht der Fall. (Sehr wahr!) Doch nun zurück zum Bericht des Parteivorstandes!

Die Genossen, die mich delegiert haben, sind der Meinung, daß die Prekunderstellungen zu sehr angewachsen sind. Wo Aufklärung notwendig ist, soll der Parteivorstand die Presse des betreffenden Bezirks nach Kräften unterstützen, aber verpulvern dürfen wir das Geld nicht. Mit Neugründungen haben wir schlechte Erfahrungen gemacht; da muß man vorsichtig sein. Vielleicht empfiehlt es sich, verschiedene Blätter zu verschmelzen. Wir hatten die Absicht, das Frankfurter mit dem Mainzer Organ zu vereinigen, um das Defizit des letzteren zu verringern, aber die Verhandlungen sind gescheitert. Weiter empfiehlt es sich, die Zeitungen zu verstaatlichen. Der alljährlich wiederkehrenden finanziellen Lage von Gerlach könnte dadurch abgeholfen werden, daß die Genossen nicht so viel Vergnügungsvereine betreiben. Auch sollte man den gut situierten Genossen einmal näher auf den Hals rücken und ihnen klar machen, daß es nicht genügt, den Stimmzettel für uns abzugeben, sondern daß es auch finanzieller Opfer bedarf. Den jungen agitatorisch tätigen Genossen sollte mehr Agitationsmaterial für die Kleinarbeit geliefert werden. Dem Vorschlag von Frohne, daß der Vorstand in seinem Bericht eine genauere Uebersicht über den Stand der Organisationen geben soll, schreibe ich mich an.

Koll-Karlsruhe: Eine Reform der Parteifinanzen ist dringlich notwendig. Dem Vorstand werden alle möglichen Verpflichtungen aufgebürdet, aber er hat keine Mittel, die Genossen zu materiellen Beiträgen zu zwingen. Er ist von dem Ertrag der Parteiuenternehmungen abgesehen, durchaus auf freiwillige Beiträge angewiesen. In Stuttgart wurde beschlossen, daß die Organisationen und Vertrauensleute 10 Prozent ihrer Einnahmen an den Vorstand abzuliefern haben. Dieser Beschluß ist aber nicht durchgeführt worden, weil der Vorstand niemand zur Beachtung des Beschlusses zwingen konnte. Die alte Organisationsform genügt nicht mehr. Der Vorstand sollte mit der Reichstagsfraktion und den Landesvorständen zusammen beraten, wie eine bessere Form gefunden und Remedur geschaffen werden kann. Die Organisationen sollten höhere Beiträge nehmen. Die Arbeitervereine, die Arbeiter-Abfahrtsvereine erheben höhere Beiträge, als die Partei. Der Vereinsmeierei muß entgegengetreten werden. Es wird in diesen Vergnügungsvereinen Gelegenheit bei den Festen eine schlimme Beuteilschneiderei getrieben. Auch sollten jetzt schon Ertragsbeiträge für die Wahlen erhoben werden. Sonst muß der Vorstand wieder ungeheure Summen an die Wahlkreise geben. Der Streit um die Sozialistischen Monatshefte ist ganz überflüssigweise vom Saum gebrochen worden. Bei dieser Debatte kommt für die Partei absolut nichts heraus und die Genossen im Lande ärgern sich nur darüber. Ist es denn für die Partei ein Schaden, daß die Sozialistischen Monatshefte erscheinen? Die Sozialistischen Monatshefte können einem Bedürfnis entgegen und haben sich entwickelt. Die Neue Zeit geht zurück. Die Ursache ist nicht bei denen zu suchen, die für die Sozialistischen Monatshefte schreiben, sondern in der Organisation und Redaktion der Neuen Zeit. Wir haben nicht das Recht, den Genossen vorzuschreiben, in dieser Zeitschrift muß Du schreiben, in jener nicht. Die Hauptsache ist, daß ihre Artikel mit den Parteiarbeitsfähigkeiten in Uebereinstimmung bleiben. Die Entwicklung der Neuen Zeit wird nicht durch die Sozialistischen Monatshefte gestört. Tausende von Abonnenten können noch für die Neue Zeit und für die Sozialistischen Monatshefte gewonnen werden. Die Hauptsache ist, daß nicht getrodert wird, und daß man gegenseitig Toleranz übt und sich nicht fortwährend herunterreißt. Aber die Neue Zeit kostet, seit sie wöchentlich erscheint, 1 Mark monatlich und das können sich viele nicht leisten. Die Mitarbeiter sind der Neuen Zeit doch nicht durch Zufall verloren gegangen; sie hat nur noch ein paar Mitarbeiter. Bebel sagt: es wird keiner mundtot gemacht. Aber man versteht es doch, einen mundtot zu machen, wenn er unbequem ist.

Kollwager-Kugsburg: Der Kugsburger Antrag ist lediglich aus dem Bestreben hervorgegangen, verschiedene hervorragende Parteigenossen an ihre Pflicht gegenüber den Parteiorganen zu erinnern. (Sehr richtig!) Wir finden im Vorstandsbericht eine Position: Minderungsbeitrag bei der Buchhandlung Vorwärts 7586 Mk. Das hängt gewiß mit der wirtschaftlichen Depression zusammen, aber auch die Abstinenz verschiedener Parteigenossen gegenüber der Neuen Zeit hat dies Resultat mit herbeiführen können. An der Neuen Zeit arbeiten verschwindend wenige Reichstagsabgeordnete mit, fast sämtliche Reichstagsabgeordnete der Partei haben ihre Elaborate in den Sozialistischen Monatsheften ab, in einem Organ, das nicht im Parteiverlag erscheint. Wir haben einen kleinen Buchhandel und wissen, daß es der Arbeiterklasse ungeheure Opfer kostet, beide Zeitschriften kennen zu lernen. Sie müssen aber heute beide halten. Die Neue Zeit muß nicht nur für Theoretiker, sondern auch für die breite Masse der Arbeiter geschrieben werden, unsere Agitatoren sollen daraus Kenntnis schöpfen. Die Kontroverse Bernstein-Kautsky ist nur dazu angethan, unseren Antrag zu stützen. Die Arbeiterklasse wird es in der gegenwärtigen ersten Zeit nicht verstehen, wenn innerhalb der Sozialdemokratie fortgesetzt derartige Meinungsverschiedenheiten eine Rolle spielen. Wenn wirklich die Meinungsverschiedenheiten unterdrückt worden ist, muß Remedur eintreten. Laugt die Redaktion nicht, dann weg damit, dann müssen die Betreffenden aber mit einem Antrag hervortreten. Besonders auffallend ist, daß auch ein Mitglied des Parteivorstandes keine Elaborate bei den Sozialistischen Monatsheften abläßt. Der Parteivorstand sollte in erster Linie die Organe interessant gestalten, die er selbst den Genossen zur Verbreitung empfiehlt. So aber gestaltet er gerade die Sozialistischen Monatshefte interessant. (Heiterkeit.) Unter Antrag will, daß Polemiken gegen Artikel in der Neuen Zeit wieder in Organen des Parteiverlages erscheinen. Das ist das Mindeste, was man verlangen kann. Es muß sich ja in den Köpfen der Genossen der Eindruck festsetzen, daß es zwei Lager innerhalb der Partei gibt. Wir sind aber eine einzige Partei. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen. (Bravo!)

Ad. Braun-Nürnberg: Ich bin ein ganz netter Kerl (Rufe: Ja, na!), ich will nicht von den Monatsheften und der Neuen Zeit sprechen, sondern den Antrag von Nürnberg nochmals erläutern. Fischer hat diesen Antrag nicht begriffen, er hat auf das Protokoll hingewiesen, daß über das Schicksal der gefassten Beschlüsse Auskunft erteilt. Nun, wir wollen, daß auf dem nächsten Parteitag mitgeteilt werde, was der Parteivorstand und die Fraktion getan haben, um die in München gefassten Beschlüsse durchzusetzen. Das ist etwas ganz anderes, als was Fischer dem Parteitag weismacht.

Karl Kautsky: Ich bin nicht in der Lage, so nett zu sein, wie mein Freund Braun, ich muß von der Neuen Zeit sprechen. Ich habe diese Diskussion nicht gesucht und auch nicht gewünscht. Wie wenig ich wünsche, daß die Bernstein-Debatte wieder aufgenommen wird, habe ich dadurch bewiesen, daß ich auf die wiederholten Angriffe von Bernstein — noch in den letzten Monaten — die mitunter sehr stark waren, keine Silbe erwidert habe. Habe ich aber die Diskussion nicht gewünscht, so habe ich auch gar keinen Grund, mich über sie zu beklagen. Im Gegenteil: es ist mir dadurch eine sehr angenehme Ueberraschung bereitet worden. In den letzten Jahren wurden in der Partei allerhand Gerüchte kolportiert über das schwarze Schreckenregiment, das der Großindustrieller führt, der jede Meinungsäußerung, die ihm nicht paßt, gewaltsam unterdrückt. Und was haben wir gestern und heute hier gehört? Nichts als Lappalien. Gewiß bedauere ich es, daß die Neue Zeit eine Reihe von Mitarbeitern verloren hat, aber glauben Sie nicht, daß die Neue Zeit dadurch in Verlegenheit geraten ist. Ich veröffentliche viele Artikel von ganz unbekanntem Leuten, aber nicht aus Mangel an glänzenden Namen, sondern weil ich bestrebt bin, aus der Neuen Zeit, wenn es auch eine wissenschaftliche Zeitschrift sein soll, nicht eine ausschließlich akademische Zeitschrift zu machen, sondern eine Zeitschrift, in der das proletarische Element ausgiebig zu Worte kommt. Es ist ein Organ des proletarischen Klassenkampfes, und auf diesem Gebiete können wir alle von Proletariern lernen. Sind auch die Artikel mitunter uninteressant, so bilden sie doch einen der wichtigsten Teile der Neuen Zeit. Wenn ich Mitarbeiter verloren habe, so bedauere ich das nicht als Redakteur, sondern als Parteigenosse. Welches sind denn die Ursachen, die eine Reihe von Genossen von der Mitarbeit an der Neuen Zeit zurückhalten? Einmal soll ich nicht zudringlich genug sein, ich soll den Leuten nicht immer auf der Pelle sitzen, sie nicht maltrattieren können, und zweitens soll ich die Leute schlecht behandeln und sie durch alle möglichen, mehr oder minder unanständige Methoden hinausgraulen. Was Zudringlichkeit anbelangt, ja in der Beziehung bin ich allerdings nicht gut beschlagen; da kann ich die Konkurrenz nach keiner Seite hin aufnehmen, da muß ich den Kampf aufgeben. (Sehr gut!) Wodurch habe ich die Genossen aus der Neuen Zeit vertrieben? Ich soll sie dadurch vertrieben haben, daß ich zu jedem Artikel, der mir nicht paßte, eine Reaktions-Note gemacht habe. Nun, das liegt längere Zeit zurück, in der letzten Zeit ist das nicht mehr geschehen; und ich habe die Noten nicht gemacht, um die Genossen zu degradieren, sondern weil ich gefascht sein muß, daß jeder Artikel, der in der Neuen Zeit erscheint, von den Gegnern gegen uns ausgesandt würde, sobald er eine Handhabe dazu bietet. Es erscheinen eine Menge Artikel, mit denen ich nicht einverstanden bin, die ich aber trotzdem aufnehme, weil ich sie für nützlich halte, von denen ich jedoch fürchte, daß sie gegen uns ausgesandt werden könnten. Dem zeuge ich dadurch vor, daß ich darauf hinweise, daß einzig und allein der Autor für den betreffenden Artikel verantwortlich ist. Nun kann man über diese Frage denken wie man will; jedoch falls ich diese Taktik vor längeren Jahren eingeschlagen, um merkwürdigerweise: damals haben die Genossen für die Neue Zeit gearbeitet, seitdem wir keine Fußnoten mehr bringen, arbeiten sie nicht mehr für uns. (Rufe: Hör, hör!) Vor dem schlechten Ton habe ich keine solche Angst. Es ist das ein Zeichen einer gewissen Defektheit, einer gewissen Greifenhaftigkeit, wenn man immer so großes Gewicht auf den guten Ton legt. (Sehr richtig!)

Früher war es Mode, daß jeder von der Leber frei weg sprach, wie ihm der Schnabel gewachsen war. So hat es auch die Bourgeoisie in ihren guten Zeiten gemacht; erst als sie greifenhaft wurde, hat sie sich an den guten Ton gehalten. Und das sollen wir jetzt plötzlich auch machen? Ich würde es für ein trauriges Zeichen halten, wenn wir so viel Wert auf den guten Ton legen. Trotzdem aber war ich in den letzten Jahren ängstlich bemüht, jedes Wort zu vermeiden, das irgend eine Prinzessin auf der Erde verletzen und ihre garte Haut brühen könnte. Ich habe immer gedacht, daß die Genossen das Wort Revisionisten als Ehre ansehen; statt dessen halten sie das für eine Beschimpfung. Es scheint, daß die Genossen, die sich als die kritischen Genossen bezeichnen, das Recht für sich in Anspruch nehmen, alles zu kritisieren, daß sie selbst aber keine Artikel vertragen können. (Sehr richtig! Ruf: Hysterische Jungfrauen!) Aber gehen etwa die Genossen, die so empfindlich sind in Bezug auf den guten Ton, uns im guten Ton voran? Gerade in der sogenannten Revisionisten-Presse — einschließlich Sie, daß ich das Wort gebrauche (Heiterkeit) — findet man nicht immer den guten Ton. Ich weise nur auf die Artikel von Hegrim hin, in denen Genossen, die für unsere Programmforderung, das Witzsystem, eintraten, als Ibioten hingestellt wurden. Kennen Sie mit einem einzigen Artikel der Neuen Zeit, in dem in dieser Weise gegen Genossen polemisiert wird. Dieselben Leute, die sich schon gekränkt fühlen, wenn man sie Revisionisten nennt, haben plötzlich ein mangelhaftes Empfindungsvermögen, wenn andere Genossen als Ibioten hingestellt werden. Bernstein fühlt sich beleidigt durch den erstehenden geschriebenen Artikel von Karl Liebknecht. Nun, Liebknecht hat auf eine Provokation hin geschrieben, Hegrim ohne jede Provokation. Die Revisionisten werden von uns niemals ohne Provokation angegriffen. Aber Sie verlangen, daß wir zu allen Angriffen schweigen! Nun soll ich auch dadurch Genossen hinausgraulen haben, daß ich Artikel, die mir nicht paßten, einfach hinauswarf und den Leuten auf diese Weise das Wort abhandeln verweigerte. Zum Beweis wurde nur einziger Fall, der Fall David, vorgebracht. In Wirklichkeit ist dieser Fall nicht vereinzelt, wir leiden so an Raumangel, daß wir ununterbrochen nicht aktuelle Artikel zurückstellen müssen, nicht nur von Revisionisten, sondern auch von guten Marxisten. Ich habe in den letzten Jahren sogar etwa 20 gegen Bernstein gerichtete Artikel überhaupt zurückgewiesen. Nach der Davidischen Logik wären also die Gegner Bernsteins in der Neuen Zeit vollständig mundtot gemacht. Wie verhält es sich nun mit David? Er hat im Februar einen Artikel geschrieben, der erst im Oktober abgedruckt wurde. Der Artikel wurde mir zu derselben Zeit eingeschickt, als eben die Professur von Bernstein erschienen war. Ich schrieb an David: Ihr Artikel verunehrt mich zwar sehr, aber das ist für mich kein Grund, ihn abzulehnen; ich will ihn gerne bringen, jedoch können wir nicht zwei Polemiken nebeneinander führen. Eben ist das auch von Bernstein erschienen, womit sich die ganze bürgerliche Presse beschäftigt, während sich mit der Agrarfrage momentan kaum jemand beschäftigt. Gestatten Sie daher, daß ich Ihren Artikel zurückstelle, bis die Diskussion über Bernstein erledigt ist. Ich habe also David nicht mundtot gemacht, sondern nur seinen Artikel zurückgestellt zu Gunsten von Bernstein. Ich habe diesem den Vortritt vor David gelassen. Das ist die Mundtotmachung der Revisionisten! Die Bernstein-Debatte zog sich allerdings über den ganzen Sommer hin, aber ich habe sofort, nachdem sie beendet war, Davids Artikel gedruckt. Er schickte mir dann wieder einen Artikel. Ich schrieb ihm, ich würde denselben bringen, er sei aber viel zu lang, ich würde ihn früher veröffentlichen können, wenn er ihn etwas kürzen wollte. David erwidert, ich möchte ihm das Manuskript zurückschicken, er wolle sehen, ob er kürzen könne. Ich schickte ihm das Manuskript, aber Koll und Ketter sah man niemals wieder. (Hör, hör!) David hat sich darüber weder bei einer höheren Instanz, noch bei mir beschwert. Ich wüßte gar nicht, daß er sich verletzt fühlt und jetzt sagt er, seine Würde erlaube ihm nicht mehr, für die Neue Zeit zu schreiben. Wenn man so empfindlich ist, dann hört allerdings alles auf. Ferner soll ich Bernstein hinausgraulen haben. Auch das ist nicht richtig, die Mitarbeiterchaft an der Neuen Zeit habe ich ihn nicht vertrieben, aber er war gewissermaßen mein Mitarbeiter, und unser persönliches Verhältnis wurde durch den Kampf ein unerschütterliches. Dadurch wurde auch unser Zusammenarbeiten unerschütterlich. Sie werden das befruchtlich finden. Sollte etwa jemand verlangen, daß Heine und Vollmar mit Frau Luxemburg zusammen ein Blatt redigieren sollen (Heiterkeit), ich glaube, Heine und Vollmar

würden das Entschieden ablehnen. Ob aber dann David als Verantwortlicher von Frau Luxemburg auftreten und verlangen würde, daß man sie mit Vollmacht zumankommen, das glaube ich nicht. (Heiterkeit.) Wegen der Mitarbeiterschaft Bernsteins habe ich nie etwas einzuwenden gehabt, ich habe ihn sogar nach Schluß des Vöckerer Parteitages aufgefordert, für die Neue Zeit zu schreiben. (Hört! hört!)

Fassen Sie die Sache nicht persönlich auf. Ich möchte lieber meinen Willen persönlich werden, aber läßt sich mir nicht: es handelt sich um tiefgehende faktische Meinungsverschiedenheiten, die aber noch die italienischen Genossen auf sie nicht erregt und die die französischen Genossen vollständig auseinandergetrieben haben! Seien Sie froh, daß wir einig geblieben sind und daß bloß eine gewisse Reizbarkeit das einzige Resultat all dieser Debatten ist. Ich hoffe, daß diese Reizbarkeit in kurzen Verschwänden ist. Wir stehen vor großen Entscheidungen. Die Reichstagswahlen werden uns zusammenzuführen und der letzte Rest von Erbitterung wird dadurch beseitigt werden. Ich erwarte davon einen großen Triumph, der bei der Bourgeoisie wieder den sozialistischen Schrecken hervorrufen wird, und dieser sozialistische Schrecken wird noch durch die amerikanische Krise vergrößert werden. Die Reichstagswahlen, der Kampf um den Postarat, sie bedeuten nicht das Ende des Kampfes, sie sind der Anfang des großen Kampfes. In diesem Kampfe wird der Rest von revisionistischen Reblen zerstört werden (Widerpruch und Zustimmung), und wir werden wieder unsere Endziele in den Vordergrund stellen. (Bravo-Rufe!) Dann werden wir alle wieder einig sein in dem Ruf: Nieder mit dem Kapitalismus, es lebe die Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Singer: Es ist ein Antrag eingegangen auf Schluß der Debatte über die Mitarbeit von Parteigenossen an den sozialistischen Monatsheften, sowie über den Revisionismus. (Heiterkeit.) Das scheint mir ein sehr eigenartiger Antrag zu sein. Ich kann einen Antrag verstehen, der die Diskussion schließen will, aber ein Antrag, der einen Teil der Fragen ausschließen will, scheint mir kaum zulässig. — Der Antrag ist nicht genügend untertüt.

Stadthagen: Nur erwähnte, daß der Verein Arbeiterpresse in übermühtiger Laune einmal „Streikverein“ genannt worden sei. Der Grund, weswegen ein großer Teil der Genossen gegen die Veränderung — für die ich durchaus bin — ist, liegt nicht darin, daß der Verein einmal übermühtig als Streikverein bezeichnet worden ist, sondern daß leider bei der Gründung von Mitgliedern des Vereins Arbeiterpresse ausgeführt worden ist, man dürfe in die Statuten nichts hineinnehmen, was einen Streik hindert, man müsse einen Streik als letztes Mittel gegen die Organe der Partei reservieren. (Hört, hört!) Ich freue mich, daß im Laufe der Entwicklung des Vereins Arbeiterpresse diese Richtung ziemlich gleich Null geworden ist. Wäre das nicht so, dann müßte der Verein zweifellos auf das schärfste bekämpft werden. Ein Vorwurf ist also nur zu erheben gegen diejenigen Mitglieder des Vereins, die in der That einen Streikverein daraus machen wollten.

Was die Frage der sozialistischen Monatshefte anlangt, so habe ich selten so viel Unrichtigkeiten aneinandergehäuft gefunden wie gestern. David sagte, es seien die sozialistischen Monatshefte unter großen Opfern selbstlos ins Leben getreten. Die Thatfachen sind absolut andere. Der sozialistische Akademiker ist im Jahre 1895 nicht von den jetzigen Mitarbeitern der Monatshefte gegründet worden, sondern von anderen (sehr richtig!) unter persönlichen Opfern und schweren Verbojern. Damit sollte nicht ein sozialdemokratisches Organ — das ist es auch heute noch nicht — gegründet werden, sondern ein sozialistisches Organ, das allen Richtungen des Sozialismus Raum gibt. Ich habe die Schriftstücke und die Anrufe hier. 1897 ist das Blatt umgewandelt in die sozialistischen Monatshefte; das Programm ist daselbst geblieben. Es sollte ein Organ sein, das alle sozialistischen Richtungen, also auch die fauleber-sozialistischen, die liberal-sozialistischen u. s. w. umfaßt. Die damaligen Gründer haben sich zum großen Teil zurückgezogen, als das Blatt in den Verlag von Edelhelm überging. Einige von den Gründern hatten für die Unterstüßung des Blattes über 500 Mk. jährlich beigezahlt. Selbstverständlich brauchte ihnen Edelhelm diese Opfer nicht zu erstatten; die Betreffenden hätten das wohl auch kaum angenommen. Es ist nichts dagegen zu sagen, wenn ein Sozialdemokrat unter Hervorhebung seines Namens in irgend einem bürgerlichen oder anti-sozialdemokratischen Blatte schreibt. Wenn aber von einem Blatte wie die sozialistischen Monatshefte ausdrücklich erklärt wird, daß sie kein sozialdemokratisches Blatt sind, sondern ihre Spalten allen sozialistischen Strömungen öffnen, so soll man nicht damit kommen und unter der Flagge, daß es ein Parteiorgan sei, Neuland machen in einer Art und Weise, daß Scherz und Witzeln die reinen Waisenkinder dagegen sind. (Sehr gut! — Große Heiterkeit.) Von allen diesen Dingen haben die Herren Mitarbeiter wahrheitsgemäß gar keine Ahnung. Die sozialistischen Monatshefte wollen einen Keil treiben zwischen die Gewerkschaften und die Partei, ein Versuch, der auf das allerhöchste bekämpft werden muß. Der Redakteur ist ja ein Sozialdemokrat. Ich kenne Herrn Bloch und weiß, daß er sich als einen Sozialdemokraten achtet. Aber noch im vergangenen Jahre war er der Meinung, daß Dr. Franz Oppenheimer nie für eine andere Partei als die sozialdemokratische eingetreten sei. Von einem sogenannten Redakteur sollte man annehmen, daß er wenigstens die Stellung von Leuten wie Oppenheimer kannte, der nie aus seiner Ansicht ein Hehl gemacht hat. Oppenheimer ist ein Sozialdemokrat gewesen. Er schrieb noch im Oktober 1901 in der Welt am Montag, in einem Artikel über Rudolf Birchow: „Wir, die wir nach wie vor unerschütterlich auf dem Standpunkt stehen, daß nur der Liberalismus im alten, echten Sinne die Welt erlösen kann, die wir die Ueberzeugung von der psychologischen Unmöglichkeit der sozialistischen Erwartungen teilen.“ (Hört, hört!) Also den Sozialdemokraten Bloch schenke ich Ihnen (Heiterkeit), der zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie — ich könnte Ihnen noch eine ganze Reihe von Fällen anführen —, zwischen Anarchismus und Sozialdemokratie den Unterschied nicht herausfinden kann, der auf Anfragen von wirklichen Sozialdemokraten erwidert hat: „Selbstverständlich sind Anarchisten und Oppenheimer re. alles Sozialdemokraten!“ (Bloch-Berlin ruft: Das ist alles gelogen!) Wenn Sie, Herr Bloch, auch einen solchen Ton in Ihrem Organ, den sozialistischen Monatsheften haben, so haben Sie doch kein Recht, hier eine derartige unerschämte Redewendung zu gebrauchen! (Große Unruhe. — Hört, hört!)

Singer (unterbrechend): Ich habe diesen Zwischenruf nicht gehört; würde ich ihn gehört haben, so würde ich ihn mit derselben Entschiedenheit wie Stadthagen gerügt haben. Ich muß sagen, daß es ein Mißbrauch des Gastrechtes ist, wenn jemand, der nicht Mitglied des Parteitages ist, sich herausnimmt, in einer solchen Weise die Verhandlungen des Parteitages zu stören. Ich hoffe, daß das nicht wieder vorkommt; sonst müßte man entsprechende Maßregeln ergreifen.

Stadthagen (fortfahrend): Die sozialistischen Monatshefte sind keineswegs ein sozialdemokratisches Organ, sondern Sozialdemokraten daran auch mitarbeiten mögen. Im übrigen bemüht sich der Redakteur, wie uns ja gestern erzählt ist, mit solcher Lebenswürdigkeit bei seinen Mitarbeitern um seine Artikel, daß man sich vor dem Mann gar nicht retten kann, wie man sich vor einem Reisenden nicht retten kann. Nach den Mitteilungen, die mir vom Genossen Julian Vorchardt-Königsberg geworden sind, liegt seit dem Jahre 1900, d. h. seitdem das privatkapitalistische Unternehmen Edelhelm dahinter steht, System darin, daß nur diejenigen zur Mitarbeit aufgefordert werden, die sich Revisionisten nennen und dann nachher darüber beklagen, daß sie Revisionisten genannt werden. (Sehr gut!) Mir ist von Julian Vorchardt, der früher von Bloch zur Mitarbeit aufgefordert wurde, im vorigen Jahr ein Brief gegangen, in dem dargelegt wird: Vorchardt hatte in der Leipziger Buchdruckerkasse einen Gegenartikel geschrieben. Bloch erklärte, er könne ihn nicht aufnehmen, aber nicht wegen des Inhalts, sondern wegen Raummangels. Die Sache sei allerdings aktuell, sie könne aber ja noch 4 bis 5 Monate lagern. Bloch fuhr dann fort: „Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag: Sie lassen Ihren Artikel zunächst

einmal ruhig liegen, soweit ich nur irgend Raum erübrigen kann, teile ich es Ihnen mit, und Sie senden mir das Manuskript wieder ein, allerdings etwas umgearbeitet. Der aktuelle Fall ist dann vernünftig nicht mehr von Interesse etc.“ (Große Unruhe.) Genosse David, das ist Ihr Redakteur! (Sehr gut!) Aus dem Zirkular, das der Verlag der sozialistischen Monatshefte gegenüber dem Preis-Zirkular des Parteivorstandes erlassen hat, möchte ich Ihnen gleich einige Stellen vorlesen. Für den „guten Ton“ gewisser Parteiorgane will ich zuvor nur noch eine mir vorliegende Beteiligungs-Äußerung zitieren, wo davon die Rede ist, daß der Sozialdemokrat auf ihrem Parteitage von den „Rebellen“, den „Überbörstern“, den „Alles-oder-nichts- und Mißben-Kopf-burgh-die-Band-Pöhlern“ aus unseren Reihen Knüttel zwischen die Beine geworfen werden“, daß diese Männer verurteilt werden, den Parteitagen „auf das Niveau ihrer Gerechtigkeit herabzudrücken“. (Hört, hört! — Große Unruhe.) Das ist der gute Ton! Ich beweise nicht, daß Sie einen guten Ton haben, nur behalten Sie ihn für sich. (Große Heiterkeit und Unruhe.) Der Verlag der sozialistischen Monatshefte wendet sich an die Gewerkschaftsführer und bittet, die sozialistischen Monatshefte doch unter allen Umständen abzunehmen zu wollen. Es heißt da in dem Zirkular: „Wir wissen zwar, daß die jetzige Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit es vielen Genossen fast unmöglich macht, selbst den geringen Abonnementspreis der sozialistischen Monatshefte aufzutreiben. Andererseits glauben wir, daß die sozialistischen Monatshefte sowohl Wertvolles bieten, als niemand, der nicht durch Not direkt dazu gezwungen ist, auf ihre Lesart verzichten sollte.“ Weiter wird gesagt, was die sozialistischen Monatshefte alles bieten. Schließlich wird ausgeführt: „Wir würden Ihnen zunächst vorschlagen, daß Ihre Organisation als solche auf ein Exemplar der Zeitschrift abonniert. Ferner wäre es sehr wünschenswert, wenn Sie dieses Schreiben in Ihrer nächsten Versammlung vorlesen und daselbst um Abonnement der Zeitschrift anfordern wollten. Als Gegenleistung für die damit verbundene Mühe erbieten wir uns, für jeden Abonnenten, den Sie uns auf der Liste angeben, an die Kasse der Organisation den Betrag von 50 Pf. zu zahlen.“ (Hört, hört! — Große Unruhe.) Mit solchen Mitteln kann allerdings ein Parteiorgan nicht vorgehen. Die sozialistischen Monatshefte sind auf dem Gebiet der periodisch erscheinenden Zeitschriften genau das, was der Sozialdemokrat und die übrige General-Angelegenheit unserer Parteigenossen gegenüber sind. Wir müssen verlangen, daß nicht ein Organ sich bildet, das, wie es die Redaktion zweifellos thut, durch einseitige Duldung eines Standpunktes, lediglich gegen die Partei Front macht, so daß wir im Reichstag in jeder Session gegen die sozialistischen Monatshefte auftreten müssen. Auch in dieser Session haben wir — allerdings fehlt der Hinweis in dem Parlamentsbericht für die Parteipresse — in der Arbeitsfrage die sozialistischen Monatshefte wieder von den Reichstagen abhürten müssen. Das ist kein sozialdemokratisches Organ. Arbeiter, die noch einen Rest von selbständigem Denken sich bewahrt haben, sollten nicht auf die Autoritätsbulletin hineinfallen, von der dies Blatt allerdings voll ist. (Lebhafte Beifall und große Unruhe.)

Wollmar: Ich bin der Meinung, daß man in solchen Dingen nicht auf die Leidenschaft, die gewöhnlich blind ist, sondern einfach an den Verstand appellieren soll. Ich bin persönlich eigentlich recht wenig an der Frage interessiert. Ich habe ein einfaches, schlichtes Gemüt (Heiterkeit), das nicht sehr schriftstellerisch veranlagt ist, und ich empfinde wenig das Bedürfnis, jeden Gedanken, der mir kommt, augenblicklich auch anderen Leuten aufzubringen zu wollen. Ich habe mich an die Diskussion über den ganzen Komplex von Fragen, um den es sich hier dreht, wenig oder eigentlich gar nicht beteiligt. Pflichtgemäß habe ich vor den Versammlungen der Parteitage die verschiedenen Streitfragen der letzten Jahre wieder nachgesehen, und ich habe mich gefreut, daß ich recht daran gethan habe, mich nicht zu beteiligen. Nach genauer Einsicht habe ich mir sagen müssen, daß nach meiner Auffassung neun Zehntel alles Gesagene hätte ungesagt bleiben können (sehr richtig!), ohne daß die Partei etwas dabei verloren hätte. Ich werde mich also nicht weiter, als notwendig ist, auf die Sache einlassen. Die Thatfache steht fest: es wird darüber gesagt, daß die Neue Zeit fortwährend zurückgeht. (Lurke.) Ich denke, ein Blatt, das 10000 Mk. Defizit macht, wird wohl zurückgehen. (Lurke: Das war immer so!) So, dann ist es immer zurückgegangen. (Große Heiterkeit.) Das Blatt steht schlecht, macht Defizit trotz der Autorität der Partei, während andererseits die sozialistischen Monatshefte, wie man über sie auch denken mag, fortwährend in die Höhe gegangen sind und gegenwärtig eine Verbreitung erreicht haben, die anderen Blättern ganz annehmlich sein würde. Ueber diese Thatfache ist zunächst weiter nicht zu reden. Ich befreite durchaus nicht, daß das nicht annehmlich für die Partei ist, und daß es kein regelmäßiger Zustand ist, wenn das Parteiorgan verhältnismäßig wenig verbreitet ist, während die andere Zeitschrift, die sehr lange kein Parteiorgan war und erst seit einigen Jahren in Wirklichkeit diesen Titel verdient, sich so weiten Einfluß verschafft hat. Es scheint mir aber doch höchst merkwürdig, daß unter so vielen klugen Männern, die über diese Dinge gesprochen haben, keiner den Grund, der die Lage verursacht hat, klar erkannt hat. Mir scheint es das einfachste von der Welt, daß die Ursache zunächst da zu suchen ist, wo sie vernünftigerweise zu suchen ist, das ist bei der Redaktion. Alles spräche doch dafür, daß ein Blatt, das die Historie und den Geldbeutel der Partei hinter sich hat, einen außerordentlichen Einfluß erreichte und in die Höhe kommen müßte. Wenn es das nicht gethan hat, so kann das nur an der Redaktion liegen. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, bin ich der Ueberzeugung: Sie können beschließen, was Sie wollen, eine Veränderung tritt solange nicht ein, als nicht andere Redaktionsprinzipien eintreten. Kautsky hat, wie auch früher, die Sache ja sehr hübsch dargestellt. Er hat gesagt: „Was macht man mir eigentlich zum Vorwurf? Das sind ja Lappalien!“ Für mich steht aber die Sache einfach so. In Kautsky, über dessen Verdienste und Fähigkeiten ich ihm keine Komplimente zu machen brauche — die stehen fest —, lebt ein Geist der Einseitigkeit, der Engstirnigkeit, der Unzulänglichkeit gegenüber anderen Meinungen, wie es in unserer Partei kaum bei einem anderen hervorragenden Parteigenossen der Fall ist. Daß das nicht bestritten werden kann, hat uns Kautsky ja selbst auf dem Parteitagen im vorigen Jahre gesagt. Als ihm dort persönliche Vorwürfe gemacht wurden und als man von der Denkfreiheit sprach, die wir gegenüber den bürgerlichen Parteien fordern, hat er es als einfach lächerlich bezeichnet, die gleichen Anforderungen an die Denkfreiheit innerhalb unserer Partei zu stellen. Denn die bürgerliche Gesellschaft sei ein Zwangsstaat, aber der Eintritt in unsere Partei sei etwas freiwilliges. Hingegen könne man diese Forderung nicht stellen. Er hat hinzugefügt, er betrachte als erstes die Einseitigkeit der Partei. Es geht ihm damit so; wie Goethe sagt: „Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist der Herr der eigenen Welt.“ Die Einseitigkeit der Partei, das ist für euch die Einseitigkeit, die eure Grundzüge, eure spezielle Meinung bedeutet. Andere Ansichten werden als falsch betrachtet, sie werden nicht literarisch bekämpft, sondern man sucht sie auf jede Weise niederzuwerfen. Das ist der Unterschied, der zwischen der Neuen Zeit und den sozialistischen Monatsheften besteht. Was der Verleger der Monatshefte macht, davon weiß ich nichts, das geht mir auch zunächst nichts an. Es handelt sich um den literarischen Inhalt. Jeder einzelne Parteigenosse, der dort schreibt, tritt u. s. f. seinem Namen auf, beacht seine Ansichten verantwortlich, und es wird einfach der Meinung der Leser überlassen, ihr Recht zu sein. Das will aber gerade Kautsky nicht; er hat ja erklärt, daß sein Organ nicht dazu da sei, verschiedene Meinungen zu vertreten, sondern die Einseitigkeit der Partei soll darin verteidigt werden. Er sagt nun: das sind Lappalien. Ich möchte einen Vergleich ziehen: Ich gehe nicht gern in eine Versammlung, in der ein erblicher, d. h. immer der gleiche Vorsitzende vorhanden ist, der mir in der Debatte schon mit Mißtrauen entgegentritt und mir bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ins Wort fällt, der mich meine eigenen Gedanken nicht einmal richtig ausführen läßt und dann hinterher bei jeder Gelegenheit mit dem schwersten Beschüß auffährt. Das

ist nicht nur einem, das ist vielen geschehen. Es ist heute akzent worden, was denn eigentlich so schlimmes gewesen sei. Haben Sie denn die Debatten des letzten Jahres vergessen? Erinnern Sie sich nicht, daß einer Reihe von Genossen — mich nehme ich aus, mir ist es Wirtz (Heiterkeit) — sehr schlimme Dinge vorgeworfen worden sind, daß sie lächerlich gemacht sind? Die Vorwürfe, ihr Thun sei geeignet, die Partei zu sprengen, sie seien auf dem Wege ins bürgerliche Lager hinüber, sind doch unter Sozialdemokraten keine Kleinigkeiten. Im vorigen Jahre hat sich selbst Adler veranlaßt gesehen, dem Kautsky einen kleinen Stammbuchvers zu schreiben. Damals hat es gegeben: wir haben uns geschlagen und werden uns wieder vertragen, und es ist ja auch schon eine gewisse Besserung eingetreten. Aber das scheint auch das äußerste zu sein, was Kautsky überhaupt zu leisten vermag. Ich halte es nicht für recht, wenn die Redaktion über alles, was in der deutschen und ausländischen Sozialdemokratie geschieht, von oben herab aburteilt, wenn Kautsky, der Mann, der an der Spitze der größten Bruderpartei in Frankreich steht, der große Parteiverderber genannt wird, der nicht schnell genug verschwinden könne. Und wie unbillig, um nicht mehr zu sagen, hat man dem Genossen Vandeweyer erwidert, als er seinen Brief veröffentlicht hatte. Das erachte ich für eine Lauslosigkeit. Das kann vielleicht in einem freien Organ geschehen, aber in einem Organ, das sich annahmt, das wissenschaftliche Organ der Partei zu sein, muß der Redakteur sich jeden Augenblick der Verantwortung, die er trägt, bewußt sein. Nun wird gesagt, man könne sich ja beschweren. Das antworten uns auch die Minister jedesmal auf unsere Anträge. (Heiterkeit.) Es heißt dann, wo sind denn die Beschwerden? Nicht wahr, Herr Geheimrat, es sind keine da? (Erneute Heiterkeit.) Wer würde sich auch gern beschweren über einen Redakteur wie Kautsky. Ich glaube ihn genau genug zu kennen, um zu wissen, daß Beschwerden gar nichts ändern würden. Kautsky muß so genossen werden, wie er ist. (Heiterkeit.) Er wird sich nicht ändern, oder höchstens nur noch einseitiger werden, als er schon ist. (Heiterkeit.) Bebel hat ja schon in einem Artikel, den er im vorigen Jahre auf eine Aeußerung von mir in einer hiesigen Parteiverammlung geschrieben hat, den Einwand gemacht: Warum beschwert man sich nicht? Ich stelle die Gegenfrage: Wenn wirklich die Parteielisten und der Vorstand so leicht bei der Hand sind, hier Remedeur eintreten zu lassen, warum haben wir dann bei den zahlreichen unerhörten Dingen, die in der Neuen Zeit vorgekommen sind, nie etwas von einem Eingreifen des Parteivorstandes gehört? (Mannlich ruft: Doch!) Ja hinterher, wie es gebräuchlich ist. Auf den ersten Artikel der Serie über die Opportunisten hätte ich schon genau sehen können, worauf die Sache hinausgeht, und sagen können: In der Weise verfährt man nicht gegen Parteigenossen. Aber nicht hat Ihr gethan. Ihr habt es hinausgehen lassen, und die Betreffenden haben sich damit abfinden müssen. Also damit kann man mir nicht kommen. Der Geist, der in der Redaktion der Neuen Zeit herrscht, ist eben derartig, daß die Leute weggegangen sind. Welchen vernünftigen Grund könnt Ihr denn dafür angeben, daß bekannte Parteigenossen, Reichstagsabgeordnete für die Mitarbeit an der Neuen Zeit verloren gegangen sind? Wollt Ihr etwa die Theorie aufstellen, ein Komplott sei im Gange, um die Partei zu sprengen, oder ins bürgerliche Lager zu führen? Das wäre doch lächerlich. Es muß doch ein Grund vorhanden sein. Und das ist der: Sie haben sich abgestoßen gefühlt durch den Geist, der in der Redaktion der Neuen Zeit herrscht, der ihnen nicht den nötigen Elfenbogenraum läßt, und deshalb sind sie zu dem anderen Organ gegangen. Wenn eine Aenderung in der Neuen Zeit möglich wäre, würde ich mich am meisten darüber freuen. Ich erkläre aber, daß ich das für gänzlich ausgeschlossen halte. Das Blatt ist ein freies Organ; ob es sich sozialistisch nennt oder nicht, ist mir gleichgültig. Es handelt sich darum, ob die Artikel gut sind, für die die Mitarbeiter durch ihren Namen die Verantwortung übernehmen. Es ist der ewige Geist der Kontrolle, der Geist der Disziplin — einer solchen Disziplin — der Disziplin des Kafarnhofes, gegen den man sich wendet. Denken Sie doch daran, daß sie es mit selbständigen Menschen zu thun haben. Lassen Sie sie sich doch ausdrücken und die Partei entscheiden. Es ist ein Gefühl der Schwäche, wenn man das verhindern will. (Sehr richtig!) Der Antrag Augsburg ist nach meiner Meinung geradezu grotesk. (Heiterkeit.) Ich habe geglaubt, als ich den Antrag las, die Augsburger hätten sich in der Uebresse geirrt, es sei ein Antrag für die Centrumpartei, für die Kirchenorgane mit dem Censor obenan, wo nur eine Meinung recht ist. Ich spreche weiter nicht gegen den Antrag, zumal der Antragsteller eben so glänzend gegen den eigenen Antrag gesprochen hat. (Heiterkeit.) Lassen Sie ruhig alle Meinungen frei ausdrücken: sobald es in ehrlicher und loyaler (Ruf: loyaler!) Weise geschieht, lassen Sie keine Zwangsmaßregeln eintreten! Bebel meinte gestern, von einer Einschränkung der Meinungsfreiheit sei keine Rede. Aber der Antrag Augsburg bedeutet das. (Bebel: Ich bin nicht für ihn.) Aber andere Leute sind noch im Saale. Es wird darin gefordert, daß Bolemlen nur in Parteiblättern ausgesprochen werden dürfen. Das heißt doch nichts weiter als: Wenn es dem Parteivorstand nicht gefällt, den Artikel aufzunehmen, dann sind die Leute mundtot. (Sehr richtig!) Sobald die Parteigenossen versuchen, Artikel zu veröffentlichen, denen sie weiter nichts vorwerfen können, als daß sie in einer Zeitschrift erscheinen, die nicht im Parteiverbande steht — dann handelt es sich um einen Meinungsbruch, dann will man die Meinungsfreiheit unterdrücken. Ich glaube nicht, daß Sie das thun werden, schon deshalb nicht, weil es keinen praktischen Erfolg hätte. Das einzige, was geschehen könnte, wäre, daß das blühende Leben, das sich in den sozialistischen Monatsheften entwickelt, ersticken würde, ohne daß damit der Neuen Zeit geholfen wäre. Wenn Sie glauben, daß sich dann die betreffenden Genossen dem Censor: Kautsky unterworfen werden, dann täuschen Sie sich. Sie würden es einfach unterlassen, überhaupt zu schreiben und nichts würde an die Stelle treten. Wenn der Versuch unternommen würde, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, dann wäre der kein echter Sozialdemokrat, der es fertig bekäme, sich einer solchen Censur zu unterwerfen. Das wäre wahrhaftig nicht der Mühe wert, zur Sozialdemokratie zu gehen und die alten Unfreiheiten los zu werden, nur um sie mit einer neuen zu vertauschen! (Lebhafte Beifall.)

Frau Zellins-Stuttgart: Ich stimme in vielen Beziehungen mit der Kritik überein, die an der Neuen Zeit geübt worden ist. Es ist kein Zweifel, daß die Neue Zeit vielfach der Aktualität entbehrt, kein Zweifel auch, daß es ihr nicht immer gelungen ist, in dem gleichen Maße, wie die sozialistischen Monatshefte neue Kräfte zur Mitarbeit heranzuziehen. Niemand, glaube ich, ist unter uns, der diesen Mangel mehr empfindet, als Kautsky selbst. Aber diese Mängel sind zum Teil sehr erklärlich. Es verbindet eben nicht jeder die Eigenschaften eines betrieblichen Geschäftsführers zugleich mit der Gepflogenheit, sich als Redakteur zur Vorbereitungs hinauszuwerfen zu lassen und zur Hintersicht wieder herinzukommen. (Sehr gut!) Wieviel werden die Anregungen, die Kautsky heute empfängt, dazu beitragen, daß er sich mehr und mehr jenem Ideal des Redakteurs nähert, das Seine gestern aufgestellt hat und das er auch ein solcher unausgeglichener Redakteur wird (Heiterkeit), der es lernt, die Leute breit zu schlagen, denen, wie Seine sich ausdrückt, gar nicht viel an der Mitarbeit gelegen ist. Was die Heranziehung weiterer Kräfte anbetrifft, auch solcher, deren Entwicklungsgang noch nicht abgeschlossen ist, so kann man ganz gut die Bedenken begreifen, die Kautsky davon abgehalten haben, solchen Kräften einen breiten Spielraum in der Neuen Zeit einzuräumen. Es ist das Verantwortlichkeitsgefühl, das er als Leiter des offiziellen Organs der Sozialdemokratie, der Gesamtpartei und seinem eigenen Geist wissen gegenüber habe, es ist die Erkenntnis, daß die Neue Zeit in Kreise dringt, wo der einzelne Leser nicht alles so nachprüfen kann, wie es Wollmar als Ideal hingestellt hat, ein Ideal, das wir heute noch nicht verwirklicht haben. Gerade in den letzten Jahren hat die Neue Zeit bewiesen, daß sie es verstanden hat, neue Kräfte heranzuziehen und zwar erfreulicherweise aus dem Proletariat selbst. Sie dürfen nicht die einzelne Nummer der Neuen Zeit mit der einzelnen Nummer der Monatshefte vergleichen; bedenken Sie, daß

das eine ein Monatsblatt, das andere ein Wochenblatt ist. Man hat als einen der wichtigsten Gründe, weshalb es so vielen Genossen verwehrt worden ist, an der Neuen Zeit mitzuwirken, den Ton derselben angeführt.

Es ist darüber schon manches Wort hier gesagt worden; ich will nur das eine hinzufügen: Wenn die Revisionslisten sich durch das Wort Revisionsliste beleidigt fühlen, könnten wir uns nicht mit demselben Recht beleidigt fühlen, wenn man uns fortwährend Revisionslisten mit dem vierfachen R nennt oder die Unentwegten, die Zielbewußten etc.? In dieser Beziehung ist, wie schon in Liebed's Briefen, die sich nicht nur anmaßt, das wissenschaftliche Organ der Partei zu sein, sondern es tatsächlich ist, es von Anfang an auch gewesen ist, wenngleich aus bestimmten Gründen vielleicht die offizielle Anerkennung gelehrt hat, ist zu einer gewissen Höhe gelangt, die sich ein außerhalb der Kontrolle der Partei stehendes Organ nicht auszufragen braucht. Kautsky hat schon darauf hingewiesen, welche Rücksichten zu nehmen er gezwungen ist. Aber es kommt noch ein anderer hinzu. Als Redakteur der wissenschaftlichen Zeitschrift der Sozialdemokratie hat er auch darüber zu wachen, daß die Ansichten sich immer mehr klären und immer weiter entwickelt werden. Da ist er der Partei wie seinem Gewissen dafür verantwortlich, daß solche Meinungen zum Ausdruck kommen, die seiner eigenen festen Überzeugung nach im Interesse der Gesamtpartei, im Interesse des gewaltigen proletarischen Klassenkampfes liegen, und durch diese Verantwortlichkeitsgefühl ist er ohne Zweifel verpflichtet, manchmal dem oder jenem Artikel eine Fußnote oder das von David bemängelte Schwänchen anzuhängen. Wenn David darin schon eine solche Beschränkung der Meinungsfreiheit und der Kritik erblickt, so behauere ich ungern, daß wir nicht die ungeschriebenen Artikel oder die ungeschriebenen Reden von David gelesen bzw. gehört haben, worin er sich entschieden verwahrt hätte gegen die Aufforderung des Karlsruher Volksfreundes, der Genossin Eugenburg, den Parteimaßstab anzulegen. Wenn wir die ganzen Vorwürfe, die heute erhoben worden sind, betrachten, so sieht es mit den beiden Teilen so aus: man erkennt wohl das Recht an, die alte Richtung, um mich zu ausdrücken, mit aller Schärfe zu kritisieren und auch im schärfsten Tone zu bekämpfen, man verwahrt sich aber mit allem Nachdruck gegen die Pflicht, selbst jeden scharfen Ton zu vermeiden, man fordert die weiteste Meinungs- und Bewegungsfreiheit für die eigenen Ansichten, ist aber empört, wenn auf die Kritik die Gegenkritik mit derselben Freiheit antwortet. Man bekennet eine souveräne Verachtung jeglichen alten Dogmas, verlangt aber auf der anderen Seite den unbegrenzten Respekt vor dem neuen eigenen Dogma. Wenn die Neue Zeit vielleicht manchmal bezüglich des Tones wie auch der Tendenz und der Bekämpfung anderer Tendenzen im Uebereifer tendenziell haben mag, so wird es begreiflich durch die geschichtlichen Bedingungen, unter denen sie ins Leben getreten ist. Was ist denn die Neue Zeit für die Partei gewesen? Sie war hauptsächlich ein Bindeglied, welches das große wissenschaftliche Erbe unserer Meister Marx, Engels, Lassalle etc. zubereitet und nutzbar gemacht hat der Tagespresse, der praktischen Tagesarbeit, dem politischen politischen Kampf. Und dieser ihrer Aufgabe müßte sie nicht nur gerecht werden, indem sie die Grundsätze, auf denen unser Programm, unsere Taktik fußt, in ruhigen sachlichen Artikeln entwirft, nein, sie hatte auf der anderen Seite auch die Aufgabe, alle jene bürgerlichen Kreise und alle jene abzuwehren, die den Sozialismus verächtlich und sich an die Rücksicht des Proletariats anhängen wollten. Sie hat den wissenschaftlichen Sozialismus gleichsam in die Partei einführen müssen in stetem Kampf mit dem Feudal-sozialismus. Das Waffenhandwerk ist ein rauhes Handwerk, und wer sich fortwährend mit den Gegnern herumschlägt, muß, der läßt sich unwillkürlich auch mal im Kampf mit Genossen einen scharfen Ton an, der besser vernehmbar wäre. Soll die Neue Zeit der Aufgabe getreu bleiben, die sie bis jetzt erfüllt, so darf wohl folgen, glänzend erfüllt hat, so ist es notwendig, daß alle Parteigenossen, die dazu fähig sind und sich berufen fühlen, in rückhaltloser Weise für die Neue Zeit arbeiten. Das ist möglich. So gut wie sich die beiden Tendenzen im praktischen Tageskampf der Partei, auf den Parteitag trotz scharfer Auseinandersetzungen doch friedlich und schließlich miteinander vertragen haben, so gut muß und kann das auch in dem Organ der Sozialdemokratie, in der Neuen Zeit, der Fall sein. Nur wenn das eintritt, werden uns jene Kräfte wieder zuströmen; die jetzt verärgert und verbittert beiseite stehen. Nur dann kann die Partei sein, was sie sein soll und was sie auch zu sein im Stande ist. Das ist aber das ist, ist nicht nur notwendig im Hinblick auf die bevorstehenden Kämpfe, von denen Kautsky gesprochen hat, sondern auch im Hinblick auf die kleine Tagesarbeit, die wir zu leisten haben. Je weiter sie das wird, je mehr neue Elemente in den Vordergrund getreten werden, um so notwendiger haben wir eine Stelle, die theoretisch leitend, führend, beratend, die Einheitslichkeit behütend und fördernd ihr zur Seite steht, mit Rücksicht auf das gemeinsame Ziel und das im Grunde nur gerichtete ist gegen den gemeinsamen Feind und für die Bekämpfung der gemeinsamen Feinde. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlufantrag wird, nachdem ihn Mittag-Halle begründet, Ulrich-Offenbach ihn bekämpft hat, abgelehnt. Ulrich-Offenbach: Ich bin weder bei der Neuen Zeit, noch bei den Monatsheften irgendwie beteiligt, ich habe also gewiss ein Recht zu sagen, daß ich nicht durch irgend eines Gehaltens Blasse angegriffen bin und ich bin in meiner Stellungnahme durch keinerlei persönliche Rücksichten beeinflusst. Ich meine, eine Thatsache sollte man doch beachten, daß seit den Debatten im letzten Jahre eine Aenderung der Situation nicht bemerkt wurde. Wir müssen uns klar darüber werden, welches die Ursachen sind, daß ein großer Teil von Parteigenossen an einem Blatt mitarbeiten, das nicht offiziell anerkannt ist. Ich komme zu derselben Überzeugung, die schon Vollmar ausgesprochen hat. Die Neue Zeit hat sich viel zu einseitig gehalten und viel zu wenig dem Rechnung getragen, was im vorigen Jahre schon ausgesprochen wurde. Die Redaktion der Neuen Zeit thate nicht gut, wenn sie in so einseitiger Weise ihren Standpunkt als den ansieht, der nur allein zur Geltung kommen kann. Aus Kautsky's Aeußerung, es sei ihm das persönliche Zusammenarbeiten mit Bernstein unmöglich, geht hervor, daß Kautsky selbst die Beteiligung der Monatshefte anerkennt. Das, was die Monatshefte bringen, könnte auch die Neue Zeit bringen. Es ist behauptet worden, man sei auf dem Wege der Befestigung, und wenn ich den Sammelrat Kautsky's höre, dann scheint mir das allerdings das Mittel zu sein, das zur Überbrückung der Differenzen führt. Wir müssen aber bitten, daß die beiden Seiten ihre Empfindlichkeit fallen lassen und sich nicht fortwährend über den Ton beklagen. Die Spaltungstendenz der einzelnen Genossen findet bei der breiten Masse keinen Resonanzboden. Wenn die Autoren, die da meinen, Artikel von weitergehender Bedeutung geschrieben zu haben, hören könnten, wie die Massen darüber denken, so würden sie von ihrer Bedeutung nicht mehr so fest überzeugt sein. (Lebhafter Zustimmung.) Daß doch eure tschuditschische Wortklauberei sein! (Beifall: Das geht auf Bernstein.) Es fällt mir gar nicht ein, Bernstein oder Kautsky herauszufordern; die haben es alle beide nötig, einen Teil von ihrer Empfindlichkeit abzustreifen. Angesichts der jetzigen Situation und angesichts des Brotwunders sollte man sich nicht fortwährend in die Haare fahren. Wir in der Provinz haben darunter ganz besonders und mehr zu leiden, als die Theoretiker hoch oben im Olymp. (Lebhafter Beifall: Sehr richtig!) und uns, die wir draußen im Lande die Agitation zu betreiben haben, kommt es dann bisweilen vor, daß uns von der einen Seite der Kautsky vorreitet und der andere Bernstein. Wir haben die Pflicht, das Proletariat aufzuklären, daß der Kapitalismus bekämpft werden muß. Wenn wir aber mit solchen Streitigkeiten uns abgeben müssen, dann können wir nicht arbeiten, und deswegen sollten die Polemiken eingestellt werden. Man sollte einfach alle Theoretiker

gemeinsam einsperren bis sie sich gegenseitig aufgetrieben haben. (Zustimmung: Genosse Lebedour: Dann würde die Partei versumpfen!) Das ist nicht wahr! Die Partei hat so viel gesunde Lebenskraft, daß sie trotz der Theoretiker nicht versumpft ist. (Beifall: Sehr richtig!) Die wissen oft selber nicht, was sie wollen!) Sehr richtig! Ich frage mich, wenn man Artikel von Bernstein oder Kautsky gelesen hat, was sie denn eigentlich gemeint haben. Wenn man sie, dann fragt, halten sie uns lange Vorlesungen und an deren Ende weiß man erst recht nicht, was sie denn eigentlich wollten. Im übrigen ist die große Masse der Parteigenossen besser über den Marxismus unterrichtet, als sich die Herren denken. Das Klassenbewußtsein wird in den Massen immer stärker und bewahrt uns vor Dingen, wie wir sie in Frankreich sehen. — Nun noch ein Wort zu dem von Lebedour angeführten Fall. Ich bin der Meinung, es geht doch nicht, Mainz und Frankfurt, wo so verschiedene politische Verhältnisse herrschen, als das Muster eines Bspans vorzuführen.

Ulrich: Der scharfe Ton, der in der Debatte gegen die Monatshefte angeklungen worden ist, ist nicht überdient. Schon 1898 habe ich in der ersten Bernsteindebatte gesagt: Wenn man mehr das Verbindende und weniger das Trennende betonen wollte, dann würde sich dieser ganze Streit nicht so entzündlich ausgewachsen haben. Im Praktischen sind wir ja alle einig. Aber die Lust an Theoretisieren liegt den Deutschen einmal im Blute, und dieser alte Fehler wird nicht so bald überwunden werden. Einen Vorwurf jedoch, verhehlen die Akademiker nicht. Nicht sie haben diese Debatte in Gang gebracht, sondern Genosse Adolf Hoffmann war es, der sehr abel nehmen würde, wollte man ihn zu den Akademikern zählen. (Beifall.) In der ganzen Diskussion scheint mir ein Punkt und zwar der Hauptpunkt noch nicht berührt zu sein. Unsere Mitarbeit an den Monatsheften soll der Neuen Zeit schaden. Der Schaden wird im Defizit der Neuen Zeit gesehen. Wie wir dem Defizit der Neuen Zeit aber durch unsere Mitarbeit an der Neuen Zeit abhelfen sollen, das betrifft ich nicht. Die Neue Zeit hat ja jetzt nicht genügend Raum. Wenn wir nun noch alle mit unseren Vorwürfen, wie sie ein Redner genannt hat, in die Neue Zeit gehen würden, wo sollte das hin. Das Defizit der Neuen Zeit erklärt sich daraus, daß sie einen viel zu hohen Redaktionsetat hat, nachdem sie Wochenzeitschrift geworden ist, daß sie sich mit ständigen Mitarbeitern befaßt hat, die, was ich für klüßerbündlich halte, anständig bezahlt werden. Die Existenz der Sozialistischen Monatshefte ist an dem Defizit der Neuen Zeit ganz unschuldig. Frau Zellin hat gesagt, daß die Neue Zeit sich in der Aufnahme von Artikeln eine gewisse Reserve auferlegen müsse. Ich stimme ihr darin bei. Ein offizielles Blatt hat in der That gewisse Rücksichten zu nehmen, an die ein nicht offizielles Blatt nicht gebunden ist. Allerdings meine ich nicht wie sie, daß wir den Arbeitern das selbständige Denken ersparen sollen. Dann sind wir ja auch autoritär. Aber ein unabhängiges Blatt kann eben doch schreiben, wie ihm der Schabel gewachsen ist und darin liegt ein Vorzug. Bebel verweist uns an die Beschränkungsfrist. Das jetzt aber nur, daß er sich in einem Irrtum über das Wesen der geistigen Arbeit befindet. Wenn ich mich erst beschweren, wenn ich mir erst einen Platz für meinen Artikel erkämpfen soll, dann freut mich die ganze Sache nicht mehr, er, dann rühre ich nicht erst die Feder an. Bebel sagt, es seien Artikel in den Sozialistischen Monatsheften erschienen zum Gaudium unserer Gegner. Ich möchte wissen, wann das geschehen ist. Wenn unsere Gegner sich über etwas gaudieren werden, dann über den Augsburger Antrag und die Debatte über die Mitarbeit an den Monatsheften. Sollte es unsere Gegner gefällen, die alte Mühle vom Buchhausstaat der Sozialdemokratie wieder in Bewegung zu setzen, dann haben ihr die Antragsteller gründlich Wasser geleitet. (Zustimmung: Widerspruch.) Mir hat Ulrich mit seiner Mahnung zur Einstellung des theoretischen Streites ganz aus der Seele gesprochen. Möge sie beherzigt werden von allen Seiten. Ich persönlich lege nicht sehr viel Wert auf diese theoretischen Diskussionen. Auch die Sozialistischen Monatshefte verdanken ihr Wichtigkeit dem Umstande, daß sie sehr viel konkrete Artikel über wichtige Tagesfragen bringen, die sonst nicht kommen würden, weil sich niemand an die richtigen Kräfte wendet. So soll auch die Redaktion der Neuen Zeit verfahren, so soll sie das Blatt interessant machen. Sie möge es versuchen.

Könn-Gamburg: Ich habe schon auf einem früheren Parteitag eine ernste Mahnung an die Schriftsteller gerichtet. Heute will ich sie an die Theoretiker richten. Ich würde mit ihnen verfahren, wie ein Vater mit seinen ungehorsamen Söhnen. (Heiterkeit.) Wenn man weiß, daß die Neue Zeit ein solches Defizit hat, sollte man keine geistigen Produkte nicht in den Sozialistischen Monatsheften ablegen. Spricht man von der Engbrüstigkeit der Redaktion der Neuen Zeit, dann sollte man doch nicht seinem Namen von und zu auf der Mitarbeiterliste der Neuen Zeit prägen. Die Genossen im Lande werden sich sehr über das stangehülte Geldverdienungsgefühl der Genossen wundern, die in den Sozialistischen Monatsheften schreiben. Man kann ja dafür sorgen, daß die Neue Zeit nicht so einseitig ist.

Weiß-Höll: Es ist gut, daß die Frage der Neuen Zeit und der Sozialistischen Monatshefte hier einmal aufgerollt worden ist. So können die Dinge nicht weiter gehen. Die Gesamtpartei ist mit 10 000 Part. jährlich an der Neuen Zeit interessiert. Sie muß Strenge schaffen und der gegenwärtigen Demoralisation ein Ende machen. Der Inhalt unserer geistigen Werke muß den Grundanforderungen unserer Partei entsprechen. Die Artikel und Essays der Leute, die Marx meistern und sich auf keine Systemdeklaration stellen möchten, damit sie nur sichtbar sind, finden bei der großen Masse, die doch dereinst den Sozialismus zur That machen soll, kein Verständnis. Appellieren wir nicht an die geistige, wohl aber an die demokratische Disziplin unserer hervorragenden Parteigenossen. Ich finde es bedauerlich, daß Auer seinen Artikel über den Parteitag in den Monatsheften niedergelegt hat. Da muß eine Reibaktion eintreten. Ich schätze die Arbeiten Kautsky's sehr hoch und ich bin überzeugt, auch wenn er nicht mehr an der Stelle blühe, wo er jetzt steht, würde er der Partei nach wie vor mit allen Kräften dienen.

Bernstein: Ich muß zunächst den Vorwurf der Ueberempfindlichkeit zurückweisen, aber es gibt Dinge, für die ich ewig empfindlich bleiben werde. Das sind die Fragen, wo es sich um die Befreiung handelt, um die Ueberzeugungstrennung. Gegen den Ausdruck 'Revisionismus' habe ich mich gar nicht gewendet. Das Wort kommt nicht von mir, sondern von Schoenlant, und in neuerer Zeit ist ein Buch erschienen von einem Manne, der außerhalb des Rahmens der Partei steht und seine eigenen Wege geht, der allerdings ein Sozialist ist. In diesem Buche über die Revision des Sozialismus steht viel Arbeit und viel Geist; es ist von David und mir kritisiert worden, und wir haben ausgeführt, daß ein Bedürfnis des Sozialismus sich unter keinen Umständen in der Richtung bewegen wird, die dieser Schriftsteller annimmt. Wenn trotzdem auf mich und andere das Wort Revisionsliste angewendet wird, so habe ich nichts dagegen, wohl aber müssen wir uns dagegen wehren, als ob die Revisionslisten quasi halb und halb Vertreter an der Partei seien. Es ist nicht wahr, daß wir fort und fort die Vertreter der anderen Richtung angehen. Ich selbst habe die Vorführung von Kautsky über die Sanbelspolitik, eine wichtige Agitationsvorführung, kritisiert und ihren Wert rückhaltlos anerkannt. Wo es sich also um die Wahrung jener ehernen Grundsätze der Partei handelt, gehen wir solidarisch zusammen. Ich habe ferner, als Kautsky's Vorführung über die soziale Revision erschien, und der bekannte Lorenz die Gelegenheit ergriff, um Kautsky in verschiedenen Scharfmacherorganen zu demagogisieren, sofort ein Vorwort zu dem Artikel veröffentlicht, in dem ich für Kautsky eingetreten bin. Im weitlichen Kampfe werden wir uns nie in die Haare fallen. In dem Artikel von Liebnacht habe ich nur ausgeführt, daß er von dem Ausläufer des Revisionismus spricht. Das zu schreiben, stand dem jungen Manne

nicht an. Ich will nicht untersuchen, ob Kautsky ein Recht hat, sich auf den alten Liebnacht zu berufen. Liebnacht hat auch verschiedene Standpunkte zu verschiedenen Zeiten gehabt. Aber andererseits hat man so getan, als ob Kautsky die Fieder des internationalen Sozialismus, ganz außerhalb der Partei stehe. Gewiß kann auch Kautsky in einem bestimmten Punkte Unrecht haben, er kann kritisiert werden, aber in einer Weise, wie man Parteigenossen, aber nicht wie man Parteivertreter kritisiert. In dem Artikel im Offenbacher Abendblatt hieß es, nachdem die Völkzeit durch die Kautsky'schen Vorführungen zur Untemporgewissheit war, hätte ich den Gegnern zur Freude geschrieben. Das ist falsch. Die Post hat sogar gesagt, Bernstein's Standpunkt sei noch viel gefährlicher, als der Kautsky's. Ich habe nicht eine ganze Richtung, sondern lediglich das Buch von Kautsky kritisiert; und die Kritik enthält nichts Verleidendes. Ich bitte Euch, Genossen, seid doch nicht so überaus nervös. (Große Heiterkeit.) Daß uns doch das Recht der Kritik. Ich habe erst vor ein paar Tagen in einer großen Versammlung zu Frankfurt a. M. unter allgemeinem Beifall ausgesprochen, daß immer Meinungsverschiedenheiten in der Partei bestehen werden, daß ich nicht den Tag herbeisehe, an dem diese geistigen Kämpfe aufhören. Denn sie bedeuten nur geistiges Leben. Nun ist mir in der Leipziger Korrespondenz — und die Leipziger Volkszeitung hat das ohne Protest abgedruckt — vorgeworfen worden, ich hätte mich über die Liebeder Resolution hinweggesetzt, es hätte gar keinen Zweck, Resolutionen in Bezug auf mich anzunehmen. Ich habe mich in Liebed zwar gegen die Resolution Bebel gewandt, weil sie etwas falsches über mich enthielt, aber im Inneren meines Herzens habe ich sie der von Seine vorgezogen, weil sie noch viel energischer als diese das Recht und die Notwendigkeit der freien Kritik bezog. Ich habe dann die Resolution Bebel gegen die Angriffe der gegnerischen Presse verteidigt. Und nun, nachdem ich nach einem ganzen Jahre agitatorischer Tätigkeit für die Partei einmal gegen eine Proschüre Kautsky's polemisierte, kommt ein Blatt und sagt, ich kümmere mich nicht um Resolutionen. Ich glaube die Liebeder Resolution so loyal wie mir möglich gehalten zu haben. Bebel nicht mir zu, ich freue mich, daß er derselben Ansicht ist. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Nur noch ein Wort: Nach meiner Ansicht gehören die Sozialistischen Monatshefte und die Neue Zeit zur Partei, sie ergänzen sich einander. (Zustimmung und Widerspruch.) Die Partei kann stolz darauf sein, daß sie zwei solcher Organe besitzt. (Beifall und Lachen.) Auf Antrag von Rudolph-Nürnberg wird die Debatte geschlossen, nachdem Kiesel-Berlin sich gegen den Schlufantrag ausgesprochen hat.

Singer teilt mit, daß der Antrag Augsburg zurückgezogen ist; der Antragsteller hoffe, daß die Diskussion zur Befestigung der Verhältnisse genüge. (Heiterkeit.) Es folgen persönliche Bemerkungen.

Kautsky: Den Vorwurf Vollmar's, daß ich die Neue Zeit gewissermaßen nicht als Parteiorgan betrachte, sondern als mein persönliches Organ muß ich entschieden zurückweisen. Allerdings habe ich es in Liebed als meine Aufgabe bezeichnet, in der Neuen Zeit und durch sie für die Einheitslichkeit der Partei einzutreten. Aber ich verstehe diese Einheitslichkeit so, daß ich in der Neuen Zeit das Organ aller derer erblicke, die auf dem gemeinsamen Boden des Parteiprogramms stehen und daß ich von der Partei alle jene Maßregeln fernzuhalten suche, die die Grenze zwischen sich und der Partei zu verwischen streben. Ich kann also die Vollmar'sche Bemerkung nicht anerkennen und muß seine Konsequenzen zurückweisen. Kiesel-Mühlhausen bemerkt Böhle gegenüber, daß er nicht den Standpunkt eingenommen habe, daß in einem bestimmten Falle die Projektionen nicht bezahlt werden sollen. Die Landeskonferenz habe einen Antrag Böhle, diese Kosten zu zahlen, abgelehnt, aber die Mühlhäuser Genossen hätten später freiwillig den Betrag gedeckt.

David: Frau Zellin hat mir vorgeworfen, ich hätte aus Ueberempfindlichkeit mich gegen die Methode der Fußnoten gewandt; sie hat sich in der Adresse geirrt, das ist von anderer Seite geschehen. Ich habe mich ausschließlich gegen diejenigen lebenswichtigen Mittel gewandt, durch die man mir das Mitarbeiten unmöglich gemacht hatte, daß man sagte, es ist kein Raum oder es muß gekürzt werden u. dergl. Wenn Kautsky sagt, ich hätte ihn jugement, mitten in einer Diskussion über die Bernsteinfrage auch die Polemik über die Agrarfrage anzunehmen, so weise ich darauf hin, daß mein Artikel eine Kritik eines Buches über die Agrarfrage war, also ein durchaus aktuelles Thema behandelte. Daß er dieses Vergehen verzeihe, war für mich ein berechtigter Grund, mich innerlich gegen dieses Verfahren zu wehren. Dadurch, daß es sich um die Kritik eines Buches des Redakteurs handelte, erhielt das Verfahren von Kautsky noch einen ganz besonderen Beigeschmack, der es mir unmöglich machte, die Parteinstanzen anzugreifen.

Vollmar: Es ist mir nicht eingefallen, zu sagen, daß Kautsky die Neue Zeit als sein persönliches Organ betrachte. Ich habe lediglich seine eigene Aeußerung vom vorigen Parteitag verlesen, worin er sagt, es könne nicht Aufgabe der Neuen Zeit sein, alle möglichen Meinungen zu Worte kommen zu lassen, sondern er habe die Einheitslichkeit der Partei zu wahren und zu schützen. Meiner Meinung nach ist Kautsky einer der Geister, die sich gar nicht denken können, daß noch ein anderer recht hat.

Böhle-Sträßburg verliert in einer persönlichen Bemerkung auf die Vorgänge bei der Landeskonferenz in Glas-Bothringen einzugehen, wird aber von Singer daran verhindert. Redner bemerkt sodann: Himmel habe erklart, je eher das Sträßburger Blatt eingehe, desto besser für uns. (Hört, hört!)

Frau Zellin: Auf Grund der Mitteilungen von David reizt sie meine Aeußerung, soweit sie sich auf die Verdon von David bezieht, hatte sie aber sachlich auftritt und behält sie kameradschaftlich den Genossen seine. (Große Heiterkeit.)

Singer teilt mit, daß ein Begräbnistelegramm der Genossen in Lothringen eingetroffen ist. Darauf tritt die Mittagspause ein. Schluß 12 1/2 Uhr.

Nachmittagsitzung.

1 1/2 Uhr. Singer führt den Vorsitz. In die Mandatsprüfungskommission ist an Stelle von Pappe-Wedel Böttcher-Gieschen eingetreten.

Die Diskussion über den Vorstandsbericht wird fortgesetzt mit der Besprechung der Polenfrage und der dazu vorliegenden bereits mitgeteilten Anträge.

Gogowski-Polen: Die Vorwürfe, die von den nationalistischen Polen bei der bereits von Auer erwähnten Reichstagswahl gegen unsere Kandidaten aufgestellt sind, verdienen kaum eine besondere Beachtung. Die Sondergruppe der Polen ist ja, wie Auer ausführt, erst Jahre lang von der Partei unterworfen worden. Erst dann hat man eingesehen, daß die Gazeta Robotnicza nicht den Sozialismus, sondern den Nationalismus unter den Polen gefördert hat. Nun stehen die neuen Reichstagswahlen vor der Thür, und es muß etwas geschehen. Mit der Doppelorganisation muß endlich einmal tabula rasa gemacht werden. Wir haben ja nun in Polen auch eine neue Zeitung herausgegeben, die Gazeta Ludowa, und beim Parteivorstand eine Unterstützung dafür beantragt, die bisher leider abgelehnt ist. Ich erlaube Sie, die Resolution Eugenburg anzunehmen. Dagegen möchte ich Bebel ersuchen, seinen Abänderungsantrag zurückzuziehen. Auf dem Parteisekretariat hat man sich alle Mühe gegeben, es zu einer Einigung kommen zu lassen. Was nun aber alle Einigungsversuche, wenn die Polen in irgendeinem Falle doch der Parole, wo sie ihre Spitze haben, ausgegeben wird, folgen? Man geht doch wieder resultatlos auseinander. Ich bitte dem Antrag 15 Lebus-Dresden nicht stattzugeben. Lebedour hat auf dem vorigen Parteitag geordert, man solle die Polen nicht unterdrücken. Ja, wollen wir denn das? Wir wollen nur keine Sonderorganisation. Lebedour, der von der Polenfrage nichts versteht, spielt sich auf den Parteitag an

Schüler der polnischen Nation auf, aber auf unsere Vorkämpfer, wohin wir ihn haben, kommt er nicht. (Weiterkeit.)

Schumann-Breslau tritt der Behauptung entgegen, die auch in Parteiblättern aufgetaucht ist, als hätten die deutschen Sozialdemokraten Schlesiens die polnischen Sozialdemokraten Oberschlesiens zu unterdrücken. In den Monatsheften tritt Genosse Dasendorf für die Gleichberechtigung der Polen ein. Ja, wer hat denn diese Gleichberechtigung bedroht? Die Polen sind es, die erklären, wir hätten nichts bei ihnen zu suchen; Oberschlesien gehöre ihnen. In Oswiecim haben 4-5 polnische Genossen die Reichstagskandidaturen für Oberschlesien aufgestellt, ohne Organisationen hinter sich zu haben. Wer hat also unterdrückt? Nur die Nationalpolen! Die deutsche Sozialdemokratie hat die Agitation für die Partei und die Gewerkschaften nach Oberschlesien getragen. Deshalb beanspruchen wir aber keine Priorität. Wie steht es nun mit der Bedeutung der polnischen Sprache für Oberschlesien? Es ist nicht unbedingt notwendig, daß polnisch agitiert wird. Wenn der Pole sich auch angebelmelt fühlt, wenn in seiner Muttersprache zu ihm geredet wird, so steht doch leider fest, daß die polnischen Arbeiter nur selten polnisch lesen und schreiben können. Ich ersuche, dem Antrag Bebel nicht Folge zu geben. Wie oft schon ist eine Verhöhnung angebahnt worden, aber wir haben es mit so unzuverlässigen Elementen zu thun, daß ich ihnen nicht glaube, wenn sie von Verhöhnung sprechen. Für die P. P. S. ist der Klassenkampf Nebensache. Wenn wir nicht Verhältnisse bekommen sollten, wie in Mülhausen, wo wir die französischen Protestler groß gezogen haben, müssen wir die Resolution Luxemburg annehmen. Die Sache der Polen ist in unseren Händen auf aufgehoben.

Dr. Winter-Weidenbleit als Leiter der ober-schlesischen Sozialdemokratischen Angelegenheiten eine kurze Darstellung der Entwicklung des Streikfalls. Die selbständige polnische Partei wurde vom Parteivorstand zuerst als eine Art Agitationskommission aufgestellt. Bis zu den Jahren 1897 und 1898 herrschte in Oberschlesien große Freundschaft zwischen Deutschen und Polen. Im Jahre 1897 ging ich als freier Schriftsteller nach Oberschlesien. Den Ursprung der ganzen Angelegenheit gegen mich bildeten einige Zeilen von mir in der Sächsischen Arbeiterzeitung, die mir als Verhöhnungen von Germanisationsgedanken ausgelegt wurden. Ich wurde sogar als Sozial-Darwinist bezeichnet und für unfähig zum sozialdemokratischen Agitator erklärt. Seit jener Zeit begannen die Zwistigkeiten und Gehässigkeiten immer wieder von neuem. Der Machtbereich der polnisch-sozialistischen Partei erstreckt sich hauptsächlich auf Kattowitz und seine nächste Umgebung. Wir haben die Zwistigkeiten auf einer Konferenz in Berlin beizulegen versucht. Es wurde damals eine Art sanfter Friede geschlossen. Nun trat der Gedanke auf, die polnische Agitation durch Verletzung der Gazeta Robotnicza nach Oberschlesien zu stärken. Auch ich bin dafür eingetreten. Die Ansichten von der Feindschaft der polnischen Arbeiter gegen uns sind falsch; eine solche Feindschaft der polnischen Arbeiter, wenn sie nicht gerade jetzt zum ausschlaggebenden Teil gehören, existiert nicht; es ist Unsinn, daß die ober-schlesischen Polen nur von polnischen Genossen beraten sein wollten. Auch wir deutschen Genossen haben dort ganz gute Arbeit geleistet. Nach 1898 und der Berliner Konferenz kam es zu weiteren Zwistigkeiten, insbesondere, als dann einige Personen an die Leitung der polnischen Partei herantraten, die besonders stark nationalstisch gekümmert waren und deren Ansichten heute noch die polnische Partei Oberschlesiens beherrschen. Der letzte Hauptschlag, der gegen uns geführt wurde, war die Konferenz von Oswiecim, von der unseren deutschen Genossen vorher kein Wort gesagt wurde. Wir haben auf die Konferenz von Oswiecim mit der Konferenz in Wadowitz geantwortet. Ob den bedenklichen Umständen durch die Annahme der Resolution Luxemburg mit dem Amendement Bebel ein Ende gemacht werden könne, scheint uns außerordentlich fraglich. Die That von Oswiecim wurde übrigens von zahlreichen polnischen Genossen nicht gebilligt, sie kamen zu uns ins Bureau und sagten, das geht doch nicht, wir haben immer zusammengehört. Ich bin trotzdem für diese Resolution, ich habe schon in Wadowitz erklärt, daß noch ein Versuch zu einer Einigung gemacht werden muß. Ich bitte also die Resolution Luxemburg anzunehmen, es kommt in der Hauptsache ja selbstverständlich nicht darauf an, was wir beschließen werden, sondern auf das, was wir in Oberschlesien thun. (Weiterkeit.) Auch die Anträge 12 und 13 empfehle ich anzunehmen, dagegen bitte ich, die Anträge 14 und 15 abzulehnen. Der letztere billigt ja auch die gewerkschaftliche Absonderung der polnischen Genossen, die noch schlimmer ist, als die Spaltung der polnischen Partei in den polnischen Bezirken.

Mosa Luxemburg: Hoffentlich wird die heutige Polendebatte die letzte sein, die einen deutschen Parteitag beschäftigt. Ich hoffe, es wird uns gelingen, entweder die Ursache dieser ewigen Zwistigkeiten aus der Welt zu schaffen oder mindestens dem Hinaustragen derselben auf deutsche Parteitage einen Niegel vorzulegen. Es ist auch höchste Zeit, denn die Verhältnisse haben sich bereits so abnorm gestaltet, daß Abhilfe dringend notwendig ist. Das Vorgehen der polnischen Sonderbündler läuft darauf hinaus, daß die deutschen Genossen Oberschlesiens, welche selbstverständlich nicht zur polnisch-sozialistischen Sonderorganisation gehören können und die polnischen Genossen, die nicht dazu gehören wollen, ihres Wahlrechtes beraubt oder sogar gezwungen werden, für die ihnen aufstrotzenden Kandidaten zu stimmen, an deren Auffstellung sie nicht teilnehmen dürfen. Wir sind es gewohnt, daß die Gegner der Arbeiterklasse nach einer Befreiung des Wahlrechts trachten. Daß aber eine Gruppe von Leuten, welche Anspruch auf den Namen Sozialdemokraten macht, das gleiche thut, das ist eine neue Erscheinung. Es handelt sich hier nicht etwa um einen Nationalitätenkampf innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die polnischen Genossen in Deutschland arbeiten in ihrer überwiegenden Mehrheit Hand in Hand mit den deutschen und gehören zur Gesamtpartei. In der ganzen Provinz Polen hat es die Sondergruppe polnischer Sozialisten nicht gewagt, eigene Kandidaten aufzustellen, ausgenommen einen Wahlkreis, den wir unbeachtet gelassen haben. Die polnischen Arbeiter, Polen, soweit sie auf sozialdemokratischem Boden stehen, marschieren in Reich und Glied mit den deutschen Genossen. Es handelt sich vor allem um eine Meinungsverschiedenheit, um eine Spaltung innerhalb der polnischen Sozialdemokratie. Der Kampf wird nicht geführt zwischen polnischen und deutschen Sozialdemokraten, sondern zwischen einer kleinen Gruppe von Sonderbündlern und der Gesamtpartei. Wir haben uns alle Mühe gegeben, eine Verständigung mit der Sondergruppe herbeizuführen, aber sie scheiterte an dem einseitig-nationalistischen Standpunkte dieser Gruppe. Man sollte meinen, daß, wenn man unter denselben politischen Verhältnissen lebt, wenn man unter der Herrschaft desselben Kapitalismus, unter dem Druck desselben Klassenstaates, unter der Fuchtel derselben Polizei und Klassenjustiz steht, man auch dieselben Interessen hätte und eine gemeinsame Partei zur Wahrung dieser Interessen bilden müßte. Diese Wahrheit sollte sogar sozialdemokratischen Säuglingen geläufig sein. (Weiterkeit.) Was die polnischen Sonderbündler nehmen für sich das Recht in Anspruch, eine eigene Partei zu bilden und keine Macht der Welt wird ihnen die einfache Thatsache wehren, daß wir nicht als Polen oder Deutsche, sondern als Arbeiter zur Partei gehören. Auch in der Form der Aufstellung der Reichstagskandidaturen begreifen diese Leute es nicht, daß wir nicht als Polen oder Deutsche, sondern als Sozialdemokraten die Kandidaten aufstellen. Die polnischen Sonderbündler sind die allerletzten, die das Recht haben, sich über Mangel an organisatorischer Selbständigkeit zu beklagen; solange sie zur Gesamtpartei gehören, genossen sie die größte Freiheit und Selbständigkeit. Der Grund, daß sich das Vorgehen der Sonderbündler durch die brutale Unterdrückung der polnischen Nation rechtfertigen lasse, ist auch nicht stichhaltig. Nicht durch Unterdrückung von den deutschen Genossen, sondern in erster Linie durch die Interessen der Polen am besten vertreten werden und die deutsche Sozialdemokratie — das müssen

wir als Polen offen aussprechen — hat sich gegenüber dem polnischen Proletariat stets auf der Höhe seiner Aufgabe gezeigt. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die nachdrücklich und aufrechtig das polnische Volk gegen die Katalistien schützt und diese als eine Teilrisikung der Reaktion mit aller Macht bekämpft. Trotzdem haben sich die polnischen Genossen von der Gesamtpartei losgelöst und ihr Vertreter hat auf unserem schlesischen Provinzial-Parteitag sogar erklärt, er wolle auf die Beschlässe der deutschen Sozialdemokratie. Den polnischen Sonderbündlern kommt es nur auf die Wiederherstellung des polnischen Nationalstaates an. Man sollte meinen, daß man mitten in den herrlichen Gebieten der preussischen Politik dringendere Aufgaben zu lösen hätte, als um den Wert des Königs dieser nicht existierenden polnischen Staaten zu streiten. Dieser separatistische Standpunkt hat die Sonderbündler dazu verführt, vor allem die deutsche Sozialdemokratie zu bekämpfen und die Befreiung Polens mit der Befreiung der polnischen Arbeiter von der deutschen Sozialdemokratie zu beginnen. Außerdem haben sich die Sonderbündler mit Haut und Haar allerhand polnischen Komitees ausgeliefert, auf die wir gar keinen Einfluß haben. Ich bin immer für die Verständigung gewesen, aber diese Verständigung müßte eine endgültige und der Friede ein definitiver sein. Es käme für uns nicht darauf an, einzelne Reichstagskandidaturen auszutauschen, sondern die polnischen Sonderbündler müssen sich in Reich und Glied mit uns stellen. Ich acceptiere das Amendement Bebel. Nicht als ob ich besondere Hoffnungen auf diese Verständigung habe, aber der Vernünftige muß immer ein Lebriges thun und wir wollen auch hier die Vernünftigen sein. (Lebhafter Beifall.)

Lebedour-Berlin: Der Genosse Gogowski hat mir das Recht bestritten, hier mitzureden. Weshalb? Weil ich auf eine Anfrage, ob ich in Polen einen Vortrag halten wolle, eine ablehnende Antwort gegeben habe. Wenn jeder Parteigenosse, der einmal genötigt war, einen Vortrag abzulehnen, deshalb nicht mehr mitreden dürfte, ja dann würden nicht mehr viel Redner übrig bleiben. (Weiterkeit.) Nun zur Sache. Als Auer seine Rede hielt, war ich sehr erfreut und dachte, daß wir über eine Polendebatte ganz hinwegkommen würden. Aus Auers Rede ging hervor, daß der Vorstand entschlossen ist, was ich durchaus billige, alles Mögliche zu thun, um die Verbindung mit den polnischen Sozialdemokraten aufrecht zu erhalten und neue Fäden wieder anzuknüpfen. Da aber kam zu meinem Bedauern der Antrag Luxemburg, der wie Scheidewitz wirken muß. Das Bedeutsame Amendement mobilisiert ihn glücklicherweise und nimmt ihm das schlimmste. Wenn der Antrag Luxemburg unverändert angenommen würde, hätten wir den offenen Kampf zwischen unserer Partei und den selbständig organisierten polnischen Genossen. Das aber sage weder im Interesse der deutschen noch der polnischen Genossen. Leider hat Bebel den Antrag Luxemburg nicht vollständig verworfen. Ich kann mich nur für den letzten Passus im Antrag Bebel erklären, der über die Doppelkandidaturen in Oberschlesien spricht. Die sind zweifellos ein schwerer Fehler. Daß aber eine Erklärung über die prinzipielle Stellung der deutschen zu den polnischen Sozialdemokraten jetzt abgegeben werden sollte, das ist notwendig zu differenzieren muß, erscheint mir überflüssig. Frau Luxemburg hat mit der Empfehlung des Friedens geschlossen, aber vorher hat sie alles gethan, um die polnischen Sozialdemokraten aufzubringen. Mit welchen Mitteln hat sie dabei gearbeitet? Ein Beispiel wird genügen. Unter den Umständen der Polen nannte sie, daß auf der Konferenz geusen worden sei: Wir steigen auf die Beschlässe des deutschen Parteitag. Wer hat das Wort gesprochen? Ein junger Mann, Georg Haase, der bis zu seinem 21. Jahre Handlungslehrling in Dresden war, nach erreichter Volljährigkeit bemüht war, polnisch tätig zu sein, eine Nebentätigkeit zu bekommen, dann nach Westfalen ging, unter den Polen agitierte und als rabiatere polnischer Genosse zurückkam. Nun mögen Sie gegen die polnischen Genossen viel haben, aber Sie werden die polnischen Genossen nicht verantwortlich machen wollen für die Neuerung dieses Nägling. Es ist unverantwortlich von Frau Luxemburg, daß sie, die Haase kennt, die Angelegenheit dargestellt hat, ohne seinen Namen zu nennen, als wenn er der berechnete Vertreter der polnischen Partei wäre. Was zum Bruch geführt hat, ist eine Kette von Vorgängen, in denen Fehler von beiden Seiten gemacht worden sind. Was zuerst das anfänglich gute Verhältnis gestört hat und das schlimmste war, das war die Aufstellung der Kandidatur Maszpraj. Das war entscheidend für die Rebellion der polnischen Genossen. Maszpraj war, bevor er nach Deutschland kam, in Rußland-Polen thätig. Auf Grund seiner Thätigkeit ist er von den polnischen Genossen aus der Partei ausgeschlossen worden. Proklamiert ist der Ausschluß in London. Die Genossen in Rußland-Polen leben unter Ausnahmezuständen, wie wir zur Zeit des Sozialistengesetzes. Eine öffentliche Parteithätigkeit ist nicht möglich. Das schlimmste Spießelwezen herrscht. Ob Maszpraj mit Recht oder Unrecht ausgeschlossen worden ist, will ich nicht untersuchen. Die Thatsache steht fest, daß er für unwürdig erklärt worden ist, eine öffentliche Thätigkeit auszuüben. Ohne daß dieser Mann aufgehoben war, ist er als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Stellen Sie sich vor, daß ein zur Zeit des deutschen Sozialistengesetzes von uns verurteilter Genosse etwa zehn Jahre später von der österreichischen Partei als Reichstagskandidat aufgestellt würde, welcher Schrei der Entrüstung würde da ertönen. Gerade Genossin Luxemburg hat die Aufstellung Maszprajs herbeigeführt. Deshalb die Empörung. (Austimmung.) (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Bebel: Die Annahme meines Amendements zur Resolution Luxemburg scheint mir die einzige mögliche Lösung der schwebenden Fragen zu bieten. Ob diese Annahme freilich von dem erwünschten Erfolg begleitet sein wird, weiß ich nicht. Genosse Lebedour hat behauptet, daß ich überhaupt einige Sätze des Antrages Luxemburg acceptiert hätte. Ich habe mir das acceptiert, was völlig der historischen Wahrheit entspricht, wie sie sich bei uns gestaltet hat. Obgleich heute die Genossin Luxemburg in ihren Ausführungen vollständig die Grenzen innegehalten hat, die meines Erachtens innegehalten werden müssen, so muß ich doch meinen abweichenden Standpunkt ihr gegenüber in der Polenfrage kurz charakterisieren. Mit Rücksicht darauf, daß diese Verhandlungen weit über Deutschland hinaus und namentlich bei den österreichischen Genossen mit dem größten Interesse verfolgt werden, will ich hier in aller Kürze historisch entwickeln, welche Vorgänge sich zwischen uns und unsern polnischen Genossen abgespielt haben. Es waren nicht polnische Genossen, die zunächst die Anregung gaben, daß überhaupt ein polnisches sozialdemokratisches Parteiblatt gegründet wurde, sondern das ging von unserer Seite aus. Ich habe auf dem Parteitag in Halle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, das polnische Proletariat mit sozialistischem Geste zu erfüllen, die polnischen Arbeiter für die Sozialdemokratie zu erobern und sie den allgemeinen Interessen des Proletariats dienbar zu machen. Dann ist von polnischer Seite die Anregung gekommen, ein solches Blatt zu gründen. Es bestand denn auch in der Parteileitung nicht der geringste Zweifel, daß ein solches Blatt mit Parteimiteln zu unterstützen sei. Wir haben dann in 10 Jahren 30 000 Mark auf die Unterhaltung dieses Blattes gewandt, wir haben fast die gesamten Kosten des Blattes bezahlt, weil die polnischen Genossen völlig mittellos dastanden. Wir haben, als dann die Verfolgungen der deutschen Behörden gegen die polnischen Genossen aufs neue und viel stärker einsetzten, ohne Ausnahme alle daraus erwachsenden Kosten bis auf den letzten Pfennig bestritten. Die deutsche Partei hat in 9-10 Jahren allermindestens 45 000 Mark in selbstloser Weise für die polnischen Genossen aufgewandt. Als dann aus den Reihen der polnischen Genossen der Wunsch laut wurde, sie möchten eine besondere polnische Organisation haben, die bei den sprachlichen Verhältnissen eine absolute Notwendigkeit sei, sind wir auch diesem

Wunsche entgegengekommen. Wir haben gesagt: Gründet euren Parteivorstand. Wir haben dann — darin hat Genossin Luxemburg vollständig recht — nie das geringste in die Angelegenheiten des Parteivorstandes hineingeredet. Die finanziellen Wünsche der polnischen Parteigenossen sind von ersten bis zum letzten ohne jede Abkürzung erfüllt worden. (Sehr richtig!) Wir waren also der Ansicht: die polnischen Genossen müssen ihre besondere Organisation haben; wir sind allerdings auch der Meinung gewesen, daß genau so wie innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie die Polen eine besondere Organisation haben, die sich aber doch in die Gesamtorganisation der österreichischen Sozialdemokratie einfügt, das gleiche Verhältnis zwischen den Polen in Deutschland und der gesamten sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestehen und daß der deutsche Parteitag als oberste Instanz und Entscheidungsbefähigte auch von Seiten der polnischen Genossen anerkannt werden muß. Das ist in den letzten Jahren nicht mehr geschehen, und die Dinge haben einen Charakter angenommen, daß wir selber genötigt waren, das Licht zwischen ihnen und uns zu zerstreuen. Wir haben namentlich in Bezug auf die Gazeta Robotnicza uns gesagt, daß in diesem Blatte die sozialdemokratischen Tendenzen immer mehr zurücktraten. Wir haben daraufhin den polnischen Parteivorstand nach Berlin eingeladen auf unser Bureau, wir haben auch die Gegenseite eingeladen und zweitägige Verhandlungen der gründlichsten Art gepflogen. Wir sind nach den uns überreichten betreffenden Stellen und den weiteren Erklärungen des polnischen Parteivorstandes allerdings zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir als Parteileitung der gesamten deutschen Sozialdemokratie nicht mehr in der Lage seien, die Parteimittel der deutschen Sozialdemokratie für dieses Blatt herzugeben. Wenn an der Spitze der deutschen Polen ein Mann von der Intelligenz Dasendorf stände, wären die Dinge gewiß nicht so weit gekommen. Wir haben weiter die traurige Erfahrung gemacht, daß die polnische Parteileitung nicht in der Lage war, auch nur die einfachsten Erklärungen, die wir ihr gaben, zu verstehen. Diese Situation wurde auf die Dauer unerträglich und unhaltbar. In der letzten Nummer der Sozialistischen Monatshefte hat Genosse Dasendorf einen Artikel: Nationalität und Sozialismus mit Bezug auf die Polen in Deutschland geschrieben, der den Einbruch erwecken konnte, als sei von unserer Seite den deutschen Polen nicht das ihnen gebührende Recht als Angehörige der polnischen Nation gewährt worden. Es wird dort die Forderung der formellen Gleichheit der beiden Parteien erhoben. Diese formelle Gleichheit haben wir gegeben. Wir haben sogar manche Uebergriffe den Polen in Anbetracht ihrer unterdrückten Lage nicht nachgetragen, aber alles hat einmal eine Grenze. Wir müßten uns sagen, daß insbesondere die Art und Weise der nationalen Propaganda, wie sie in der Gazeta Robotnicza getrieben wurde, und eines Tages eine solche Verantwortung gegen eine dritte Seite auferlegen könnte, daß wir diese Verantwortung nicht mehr tragen könnten. Gewiß, es kann und durchaus nicht gleichgültig sein, wie die polnischen Arbeitermassen in Deutschland denken und fühlen, nicht bloß bei Wahlen, sondern auch bei Streiks gegenüber dem Unternehmertum. Es sind Hunderttausende von polnischen Arbeitern in der Diaspora verteilt, wir haben sie im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier in einer Kopschaft von weit über 60 000, die meist sozialdemokratische Wähler sind. Es liegt auf der Hand, von wie außerordentlicher Wichtigkeit ein Handlungsgang der deutschen und polnischen Genossen ist. Die polnischen Genossen hätten alles thun müssen, um mit uns in Eintracht zu leben und zu handeln. Das ist leider nicht von jener Seite geschehen, wie es hätte geschehen müssen. Das ist um so bedauerlicher, als namentlich die letzte Handlungswelt, die selbständige Aufstellung der polnischen Kandidaturen, uns als deutschen Reichstagsabgeordneten unsere Position im Reichstag bei dem schweren Kampfe gegen die preussische Regierung ganz wesentlich erschwert wird. Unsere Stellung, die wir die besten Bundesgenossen der polnischen Genossen sind und dies auch in Zukunft für unsere Pflicht erachten werden, wird unseren Gegnern gegenüber durch das Verhalten der Polen nicht verbessert, im Gegenteil durch das Verhalten unserer Gegner nur neue Waffen in die Hände. Es besteht ein sehr wesentlicher Unterschied in der Stellung der Polen bei uns in Deutschland und in Oesterreich. In Oesterreich bilden die Polen einen geschlossenen Staat, Galizien. Die Taktik der polnischen Genossen in Oesterreich kann und muß eine ganz andere sein als bei uns in Deutschland. Bei uns bildet die polnische Bevölkerung nicht einmal eine selbständige Provinz, wie schon daraus hervorgeht, daß Oberschlesien, das jetzt der Hauptkampfplatz zwischen den deutschen und polnischen Genossen bildet, nie zum Königreich Polen gehört hat. Das Verhalten, das in dieser Angelegenheit von Seiten der polnischen Genossen geübt worden ist, muß als ein außerordentlich bedauerliches angesehen werden. Trotz allem und alledem aber meine ich, muß von uns noch einmal die Hand zur Verständigung geboten werden. Genossin Luxemburg meinte vorhin privatim zu mir, wenn ich doch nicht mit ihrer Ansicht einverstanden wäre dann wäre es am Ende gar nicht nötig gewesen, daß man vor ihrer Seite einmal vernünftig gewesen sei. (Weiterkeit.) — Zwischenrufe der Genossin Luxemburg.) Ich will damit kein Bewürdigen zwischen uns tragen, es versteht sich ganz von selber, daß wir der Interessen der deutschen Sozialdemokratie bei der Verständigung die wir herbeizuführen suchen, nicht das geringste vergeben werden es versteht sich aber auch von selbst, daß wir allem, was die Polen berechtigterweise verlangen können, gerecht werden. Ich muß allerdings die Meinung der Genossin Luxemburg, daß in diesem Fall nicht auf beiden Seiten Fehler gemacht worden seien, leider als nicht ganz richtig bezeichnen. Ich will auch keine Wunden hier aufreißen, aber es sind auch von unserer Seite, von den deutschen Genossen, Fehler gemacht worden. Die Weigerung des Genossen Winter, daß abgesehen von allen Parteitagebeschlüssen die Arbeit in Oberschlesien die Hauptsache sei, nehme ich durchaus nicht traglich. Mit der Annahme des Amendements thut die deutsche Parteileitung kund, daß sie einer Verständigung nach Möglichkeit die Wege eben will, und ich nehme an, daß dann auch die deutschen Parteigenossen in Oberschlesien den Polen nach Möglichkeit entgegenkommen. Es mag ja schwer sein, unter den schwierigen Verhältnissen, in denen sie sich in Oberschlesien befinden, immer die Grenzen inne zu halten. Ich habe stets meine hohe Anerkennung darüber ausgesprochen, daß ein Mann von der wissenschaftlichen Bildung und der sozialen Stellung des Genossen Winter es freiwillig auf sich genommen hat, nach Oberschlesien zu gehen und dort seine so außerordentlich befruchtende Stellung auszuüben. Es giebt kein deutsches Arbeitersekretariat, das unter so schwierigen Verhältnissen arbeitete, wie das von ihm eingerichtet. Die Berichte über die Wirksamkeit seines Arbeitersekretariats habe ich nicht nur mit voller Anerkennung, sondern mit Bewunderung gelesen. Lob, wo Lob am Platze ist, aber auch Tadel, wo er meiner Meinung nach gerechtfertigt ist. Ich hoffe, daß es trotz allem gelingt, eine Verständigung und Verständigung herbeizuführen. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Persönlich bemerkt: Mosa Luxemburg: So fleißig ich auch bei der Rede Bebel zugehört habe, so habe ich doch die von ihm verprochene Erklärung seines abweichenden Standpunktes nicht herausgehört können. Es wundert mich auch, daß Bebel hier öffentlich von der Tribune aus einen Scherz erwähnt hat, den ich vorhin mutwilligerweise ihm gegenüber gemacht habe. Bebel nimmt doch wohl nicht im Ernst an, daß ich solche Veranlassungen brauche, um vernünftig zu sein, um so mehr, als mich das gar keine große Anstrengung kostet. (Große Heiterkeit.) Lebedour muß ich auf den Passus, in dem er mir eine demagogische Erwählung der Naasener Weigerung vorgeworfen hat, erwidern, daß die von Lebedour (Große Heiterkeit) beschriebenen Polen sich wirklich sagen müssen: Gott beschütze uns vor unseren Verteidigern! Denn er hat einen von Ihnen als würdigen und offiziellen Vertreter anerkannten Genossen als grünen Jungen bezeichnet. (Große Heiterkeit.) Lebedour meinte, Haase könne als (Fortsetzung in der 2. Beilage.)

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

ein Mitglied für seine Thaten nicht verantwortlich gemacht werden. Ich glaube, ebensowenig wie Jugend als ein Entschuldigungsgrund für politische Raubtätigkeit gelten kann, schließt ein viel vorgerückteres Alter vor Thorheit. (Heiterkeit.)

Bebel erklärt persönlich, die Genossin Luxemburg habe ihn mißverstanden.

Lebedour: Ich würde den Miß der Genossin Luxemburg über meinen Namen anerkennen können, wenn er in ihrem eigenen Kopfe entstanden wäre. Sie hat aber damit eine Anleihe bei dem Knuten-Derlet gemacht, der mich im Reichstage Lebedour'ski geschimpft hat, um dadurch auszubräuen, daß ich eigentlich kein Deutscher, sondern ein Pole sei. Die Uebernahme dieses Mißes seitens der Genossin Luxemburg berührt sehr eigentümlich, da sie selber in Polen geboren und erzogen ist und versucht hat, in der polnischen Bewegung thätig zu sein.

Rosa Luxemburg: Ich habe gar keine Ahnung davon gehabt, daß der Name Lebedour'ski von dem Knuten-Derlet stammt. Ich habe ihn hier von Delegierten des Lebedour'schen Wahlkreises gehört. (Heiterkeit.) Lebedour, der die polnischen Verhältnisse nicht kennt, sollte hier nicht als besonderer Sachverständiger in polnischen Dingen auftreten.

Lebedour: Meine Parteigenossen im 6. Berliner Wahlkreise kennen die Färe, die ihnen Genossin Luxemburg zuweist, ab. Genossin Luxemburg hätte allen Grund gehabt, den Fall Kasprzak klarzustellen. Das hat sie nicht getan. Was meine Sachkenntnis anlangt, so habe ich mich seit Jahren mit diesen Fragen beschäftigt und glaube darüber genau unterrichtet zu sein.

Gogowski-Posen: Lebedour hat mir etwas unterstellt, was ich nicht gesagt habe. Ich habe gesagt: ebensogut wie Lebedour in seinem Wahlkreise für Einigkeit eintritt, müßte er das auch für die Polen thun. (Lebedour ruft: Ich bin ja für Einigkeit!) Statt dessen hat er den Kasprzak mit Schmutz beworfen.

Lebedour: Ich habe den Mann nicht mit Schmutz beworfen, sondern nur Thatsachen mitgeteilt.

Singer: Es ist ein Antrag von Elm eingegangen, im nächstjährigen Parteibericht eine spezialisierte Abrechnung über die Neue Zeit zu geben nach Art der über den Vorwärts gegebenen. Ferner stellt eine Anzahl von Mitgliedern folgende Anfragen: 1. Durch welche Instanzen wird die ständige Kontrolle über den geistlichen Inhalt der Neuen Zeit ausgeübt? Besteht eine Preßkommission? 2. Wer stellt die Redakteure an? 3. Wie werden dieselben sowie die ständigen Mitarbeiter honoriert? 4. Wer ist die finanzielle Kontrolle über die Einnahmen und Ausgaben der Neuen Zeit? 5. Weshalb wird im Parteibericht keine spezielle Abrechnung über die Neue Zeit gegeben? — Ich kann es nur dem Referenten anheimgeben, ob er es für wünschenswert hält und geneigt ist, diese Fragen in seinem Schlusswort zu beantworten. Zu verheimlichen ist nichts. Ein Teil dieser Fragen ist übrigens vom Referenten bereits beantwortet worden, die anderen Antworten sind durch unser Organisationsstatut gegeben. Es ist durch die Thatsache, daß die Neue Zeit jetzt von der Partei aus geleitet und geführt wird, übrigens selbstverständlich, daß die berufenen Instanzen der Partei, in erster Linie der Parteivorstand, alles das thun, wonach sich die Fragesteller erkundigen. So alle Genossen wie die Fragesteller, hätten sich das selbst sagen können. (Suru: Wer sind die Fragesteller?) — Das ist nicht nötig zu wissen.

Bebel (zur Geschäftsordnung): Der Referent ist nicht verpflichtet, auf anonyme Fragen zu antworten. Aber der Parteitag hat ein Recht, zu wissen, wer die Fragesteller sind. Ich verlange, daß die Namen genannt werden. (Sehr gut!)

Singer: Es ist ein genügend unterschätzter Antrag über diesen Punkt eingegangen. Würde das nicht der Fall sein, so hätte ich den Antrag nicht mitgeteilt, sondern ich hätte die Unterstützung gestellt. Wenn hier die Namen der Antragsteller gewünscht werden, so habe ich keinen Grund, damit zurückzuhalten. Es sind eine Reihe von Mitarbeitern der Sozialistischen Monatshefte. (Was — Große Unruhe. — Suru: Namen nennen!) Ja, ja, die Namen lauten: von Elm, Paul Müller und Dr. Südekum. (Wiederholte Ubal-Rufe. Erneute Bewegung.)

Nunmehr erhält das Schlusswort

Mur: Zunächst bemerke ich, um eine Aeußerung von mir richtig zu stellen, daß wir auf das Verhältnis der Parteiangestellten zum Verein Arbeiterpresse nur bezüglich des Vorwärts in unserer Eigenschaft als Parteivorstand eingewirkt haben; bezüglich des Hamburger Echo haben wir das nicht als Vorstand, sondern als Firmenträger getan. Sodann konstatiere ich, daß die Mitteilung der Münchener Neuesten Nachrichten, ich hätte gesagt, die Gewerkschaftsbeiträge müßten im Interesse der Partei möglichst niedrig sein, auf Irrtum beruht. Genau das Gegenteil habe ich gesagt. (Allseitige Zustimmung). Was die Gründung von Parteiblättern betrifft, so bin ich nicht der Ansicht, daß kein Bedürfnis nach neuen Blättern vorliegt, wohl aber muß zwischen der Bekämpfung des Bedürfnisses und den Mitteln ein richtiges Verhältnis bestehen. Wir warnen nur deshalb vor Neugründungen, um leichtfertige Gründungen, die zusammenbrechen müssen, zu verhindern. Ueber den Verein Arbeiterpresse sind Ausführungen gemacht, die, wenn sie auf bürgerlichen Kongressen feilen, einstimmig von uns ver-

urteilt würden. Es würde da sicher gesagt werden: Da seit mal diese reaktionäre Bande (Sehr richtig), die die Leute ausnimmt und sie dann wie eine ausgepreßte Citrone behandelt, Finanzstell überangestrengt wird der Vorstand durch die von ihm bewilligten Zuschüsse sicher nicht. Ich bin überzeugt, der Parteitag würde in jedem einzelnen Fall, wo wir ihn ersuchen, für Hinterlassene der Parteiangestellten etwas zu thun, einstimmig unsere Forderungen bewilligen. Da kann doch die Gewährung von Zuschüssen kein Verbrechen sein. Nun zur Polenfrage! Ich kann mich nur dem anschließen, was Bebel gesagt hat, ich würde das auch in meinem Referat sagen, es ist mir aber nicht in der gewandten Weise, wie Bebel gelungen. Wir wollen die Hand zur Verständigung bieten, wir erkennen die Gleichberechtigung unserer polnischen Genossen rückhaltlos an, und weil wir das thun, kann ich auch den Standpunkt von Gogowski nicht billigen. Sein Standpunkt ist der aller berber, die sich mächtig und stark fühlten; dieselbe Erklärung, wie er abgegeben hat, hören wir ja auch stets von der katholischen Kirche und Protestanten gegenüber. Nein, die polnischen Genossen sollen nicht durch das laubinsche Joch gehen, sondern wir wollen uns mit ihnen verständigen auf der von Bebel bezeichneten Basis. Rosa Luxemburg hat die Aeußerung eines polnischen Genossen eilert, wir stellen auf die Beschlüsse der deutschen Genossen. Diese Aeußerung ist falsch wiedergegeben.

Genosse Haase, der ja jetzt vom Schicksal schwer geprüft ist — er hat eine mehrmonatige Gefängnisstrafe abzubüßen — hat ein Recht darauf, daß seine Aeußerung richtig wiedergegeben wird. Ich habe von ihm eine Erklärung hier, in der er die betreffende Stelle seiner Rede wie folgt wiedergibt: „Ich bin allerdings der Meinung, daß auch der Lübecker Parteitag nicht das mindeste Recht hat, darüber zu befinden, ob wir als selbständige Organisation bestehen sollen oder nicht. Darüber zu beschließen sind wir allein berechtigt. Im Interesse der internationalen Solidarität darf man auch erwarten, daß der Lübecker Parteitag keine Beschlüsse fassen wird, die das als programmäßig garantierte und von der deutschen Sozialdemokratie stets mit Nachdruck betonte und betätigte Prinzip des „Selbstbestimmungsrechts“ aller Völker verletzen würden. Sollte aber der Parteitag allen Traditionen der deutschen Sozialdemokratie entgegen Beschlüsse fassen, die in unsere Selbständigkeit und in unser Selbstbestimmungsrecht hineingreifen, so würden wir auf derartige Beschlüsse pfeifen.“

Es liegt mir durchaus fern, etwa den hier entwickelten Anschauungen Laages beizutreten, aber ich muß ihm die Gerechtigkeit widerfahren lassen, damit nicht die Herren, die Zwietracht säen wollen, aus diesem einen Satz neues Werkzeug für ihr trauriges Handwerk holen. Ich wollte mich in dieser Sache kurz fassen, da ich ja, wie Sie verstehen werden, noch einige persönliche Angelegenheiten zu besprechen habe. (Heiterkeit.) Aber ich werde ersucht, noch über den Fall Kasprzak zu reden. Es wurde vor etwa zehn Jahren aus einer polnischen Organisation ausgeschlossen. Sie wissen, daß es sich um eine geheime Bewegung handelt, die vom Unstern aus geleitet werden muß. Und welche ungeheuren Schwierigkeiten damit verknüpft sind, brauche ich nicht erst auszuführen. Ebenso ist uns allen bekannt, wie gerade in der Emigration Irreführer mitunter beim besten Willen unterlaufen; es sind da schon Personen in schwerster Weise verdächtig worden, und die Ausschuldigungen haben sich nachher als vollständig unrichtig herausgestellt. Seit jenem Beschluß sind zehn Jahre ins Land gegangen, und nichts ist gegen Kasprzak bewiesen worden außer der einen Thatsache, daß er mal irgendwo aus der polnischen Bewegung ausgeschlossen worden ist. Die Genossin Luxemburg mag einschuldigen, wenn ich sie als Beispiel dafür anführe, wie schwer es ist, berartige Ausschuldigungen zu widerlegen. Irre ich nicht, so ist Rosa-Luxemburg aus irgend einer x-beliebigen landsmännlichen polnischen Organisation auch mal ausgeschlossen. Auf dem Züricher internationalen Kongress soll darüber geredet sein. Wenn nun aus diesem Grunde irgendwo die Behauptung aufgestellt wird, die Rosa sei nicht ganz koscher (Große Heiterkeit), so beweist das doch nichts. Es beweist das doch höchstens, wie unmöglich es ist, auf Grund berartiger vagen Ausschuldigungen gegen Genossen in der Weise vorzugehen, wie wir gegen Kasprzak vorgehen sollten.

Genosse Braun hat, da er zur Begründung seines Antrages nicht viel zu sagen wußte, Veranlassung genommen, Ihnen mitzutellen, daß aus dem Parteibureau Briefe geschrieben werden. Das kommt thatsächlich vor (Heiterkeit). Im Laufe des Jahres werden sogar etliche Tausende von Briefen geschrieben. Nur sind dieselben in der Regel nicht so holperig stilisiert, wie Braun, der ebenso schlecht spricht, wie er schreibt (Heiterkeit), ihren Inhalt hier vortragen hat. Stillistisch so ungeschickte Briefe schreiben wir nicht; inhaltlich mögen sie ja stimmen. Durch die Ausführungen von Braun ist mir eines klar geworden; er hat meine diesjährigen Sommerferien dadurch gestört, daß er mir Artikel von sich zugesandt hat (Heiterkeit). Ich konnte mir nicht erklären, was das zu bedeuten hat, bei aller Feindschaft, die uns beide verbindet (Heiterkeit), konnte ich keinen vernünftigen Grund für diese Aufmerksamkeit finden. Jetzt ist es mir klar. Braun wußte damals schon, daß er hier die Rede halten würde, in der er die Anschaffung eines Rauchsufftempels empfiehlt, und um Material für diese Rede zu

gewinnen, hat er mir seine Leitartikel geschickt. (Erneute Heiterkeit.) Ich sollte mich darüber äußern. Der Zweck ist nicht erreicht worden, über das Lesen der Artikel bin ich eingeschlossen (Große Heiterkeit). Dann habe ich vergessen, zu antworten, und so hat er seinen Zweck nicht erreicht. Damit ist diese Frage erledigt. Ob der Vorstand Rauchsufftempel anschaffen wird oder nicht, weiß ich nicht. Ich bin mit Unterbrechungen länger als 25 Jahre in der Parteileitung thätig, wir haben nie einen Stempel gehabt, und es ist auch so gegangen. Sollte er später gebraucht werden, Gott, das bishen Miße freigen wir auch noch fertig.

Nun zu einer erneuten Angelegenheit! Der Parteibeamte, von dem bei der Frage der Mitarbeit an den Sozialistischen Monatsheften die Rede war, bin ich. (Auf: Leider!) Ich habe keinen Anlaß, das zu bemängeln, außerdem waren ja einzelne Genossen offen genug, meinen Namen zu nennen. Daß ich Parteibeamter bin, weiß ich. Ich bin mir auch meiner subalternen Stellung gegenüber der Rauchsufftempelverwaltung, die Sie repräsentieren, durchaus bewußt. Ich weiß, daß diese meine Stellung als Parteibeamter mir Pflichten auferlegt, die ich, soweit meine Kräfte reichen, auch erfüllt zu haben glaube. Aber recht angenehm ist das ewige Erinnern daran, daß man Parteibeamter ist, wo doch zwischen den Zeilen immer das Wort „besolber“ steckt, gewiß nicht. Jemandem gewissermaßen mit Stockschlägen auf den Magen an seine Parteipflicht zu erinnern, hat immer etwas Mißliches. Ich bin überzeugt, viele haben nicht daran gedacht, aber manche haben daran gedacht. Ich muß mich schuldig bekennen, an den Sozialistischen Monatsheften mitgearbeitet zu haben. Ich habe für die Neue Zeit, solange sie besteht, bisher nur einen Artikel, für die Sozialistischen Monatshefte vielleicht ein halbes Duzend geschrieben, aber mehr sicher nicht. Das hängt ganz eigentümlich zusammen, ich gehöre von Haus aus nicht — einschuldigen Sie den Ausdruck — zum Federrohr, meine Sache ist es nicht, literarisch thätig zu sein. Allerdings hat es eine Zeit gegeben, wo ich des lieben Brotes willen versuchte, literarisch thätig zu sein, die angenehmste Zeit meines Lebens war das nicht. Auch heute noch habe ich sehr selten das Bedürfnis, mich schriftstellerisch zu äußern, an der Tinterkiste leide ich nicht. Leute wie ich bedürfen der Anregung, wenn sie mal zur Feder greifen sollen. Und da jetzt sich allerdings der Unterschied zwischen der Redaktion der Sozialistischen Monatshefte und der der Neuen Zeit. Mag sein, daß das daher kommt, weil an der Spitze der Sozialistischen Monatshefte ein Vertreter steht, der seiner Stammesbegehren nach zu dem beweglichen Element gehört, während das an der Neuen Zeit nicht der Fall ist. (Heiterkeit.) Thatsächlich bin ich von der Redaktion der Neuen Zeit nur zweimal aufgefordert worden, über einen bestimmten Gegenstand zu schreiben, das erste Mal vor langen Jahren durch Dieb, der von mir einen Artikel über das Schnapsmonopol wünschte. Ich war verwegener genug, ihn zu schreiben, er hat nichts getaugt (Heiterkeit), meine Fähigkeiten reichen dazu nicht aus, aber geschrieben habe ich ihn. Später hat mich Rauchsufftempel aufgefordert, den Nekrolog für Liebtnecht zu schreiben, und da habe ich in der Freundschaft, in der Rauchsufftempel und ich zu einander stehen und hoffentlich bis ans Ende unseres Lebens stehen werden, ihm gesagt: Lieber Karl, das ist keine Aufgabe für mich, der bin ich nicht gewachsen. Zu einem Nekrolog für Liebtnecht mußt Du Dir eine andere Feder suchen. Bei anderer Gelegenheit bin ich bereit, Dir entgegenzukommen. Ich habe auch noch andere Gründe privater Natur angeführt. Von einem Ablehnen der Mitarbeit an der Neuen Zeit überhaupt kann keine Rede sein. Freiwillig habe ich auch für die Sozialistischen Monatshefte nichts geschrieben. Aber Bloch sieht einem im Nacken wie der Teufel einer armen Seele (Heiterkeit), er läßt und rennt und schreibt, daß man schon, um ihn endlich los zu werden, sagt: Na, in drei Teufels Namen, ich thu es. Und so ist es denn gekommen, daß ich etwa 8 Artikel für die Soz. Monatshefte geschrieben habe. Das reut mich nicht, wenn auch schlechte Artikel darunter sind. Specieel Bebel weiß ja, daß er mir in aller Liebe und Freundschaft sagte: Weilst Du, der Artikel, den Du jetzt geschrieben hast, ist herzlich schlecht. (Heiterkeit.) Das war der Dank dafür, daß ich ihn vorher in einem Artikel zu seinem 60. Geburtstag ganz ordentlich gelobt hatte. (Erneute Heiterkeit.) Aber darauf mache ich aufmerksam, daß ich über alle die Partei bewegenden theoretischen Fragen auch keine Balle geschrieben habe, ich werde mich hüten, mich in den Streit unserer Kirchenväter einzumischen. (Heiterkeit.) Nein, dazu bin ich ein viel zu alter und schlaerer Fuchs (Große Heiterkeit), als daß ich unproduktive Arbeit leistete. Ich habe da meine Meinung, wenn ich gepreßt werde, äußere ich mich auch über diese Frage, im großen und ganzen aber stehe ich auf dem Standpunkt, daß man in Fragen, über die man nicht völlig beschlagen ist, auch nicht in die Diskussion eingreifen soll. Zu meinem letzten Artikel in den Sozialistischen Monatsheften über den Parteitag bin ich ebenfalls gedrängt worden, ich habe ihn geschrieben und es thut mir nicht leid. In der Parteipresse ist er ohne Kritik abgedruckt worden, ich darf daher wohl annehmen, daß die Redaktionen eingekauft haben, durch seine Wiedergabe den Genossen einen großen Genuß zu bereiten. (Heiterkeit.) Daß nun die Parteigenossen, die den Genuß gehabt haben, mich, den ich ihnen bereitere, auszuschnipfen, begreife ich nicht. (Heiterkeit.) Ich gestehe, daß ich diesen Artikel viel lieber schrieb, als alle früheren mit Ausnahme desjenigen zu Bebel's Ge-

Kleine Chronik.

Leipzig, 17. September.

Theaternachrichten. Neues Theater. Donnerstag: Zum erstenmal wiederholt: Der Meister von Palmyra. Freitag: Wda. In der Titelliste wird Fr. Jenny Korb, von der L. Hofoper in Wien, als Gast aufgeführt. — Altes Theater. Donnerstag: Wiener Blut. Freitag: Die berühmte Frau. Lustspiel in 5 Akten von Schönthan und Radeburg. Das Stück ist neu einstudiert für das in der Rolle der Herma stattfindende zweite Gastspiel des Fräulein Ida Wäst vom Igl. Wilhelmstheater in Stuttgart. Für Sonnabend ist das Repertoire des Altes Theaters dahin geändert, daß die vierteljährlichen Wunschen entsprechend, die Posse Unsere Don Juans zur Aufführung gelangt.

Leipziger Schauspielhaus. Die erste Wiederholung des mit so großem Erfolg ausgenommenen Lustspiels Welfolt findet heute statt. Am Donnerstag geht wieder Der Probekandidat in Scene. Die nächste Aufführung von Ruhmlose Heiden findet nächste Woche statt, und wird dazu eine einaktige Novität an Stelle Wallenstein's Lager und Geschwister einstudiert. Die Novität Paul Lange und Tora Parsberg von Hjörson gelangt am Sonnabend zur Aufführung, und werden die Titellisten von Fr. Pasche und Herrn Wehner dargestellt.

Die Geschichte eines Gemäldes. Die Nouvelle Revue erzählt die Geschichte eines Gemäldes von J. N. Regnault, die für die Geschichte Frankreichs ganz bezeichnend ist. Regnault hatte um das Jahr 1810 einen Triumph Napoleons für den Luxemburg-Palast gemalt, was damals schon der Senat seine Sitzungen abhielt. Das Bild stellte Napoleon auf einem wägen Streitwagen dar, umgeben von einer ganzen Schaar allergerlicher Frauen- und Jünglingsgestalten: eine Viktoria schritt voran, neben dem Kaiser standen die Weisheit und die Stärke, ihm folgten die Genien des Friedens und des Heberlusses; die Unsterblichkeit trug ihn, Gerechtigkeit und Frömmigkeit huldigten ihm; vor seinem strengen Blick entwichen Diebstahl, Heuchelei und Fanatismus. Im April des Jahres 1814 dankte Napoleon ab. Sofort machte sich Graf Huguet de Simonville, der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses im Senat, daran, den Luxemburg-Palast für den zu erwartenden Besuch Ludwigs XVII. zuzurichten. Er ließ die gekrönten N von den Wänden

abtragen und einen Mauer kommen, der auf dem Wille Regnault's das Gesicht Napoleons in das des neuen Königs unwandeln mußte. Und da es an Zeit fehlte, eine riesige Marmorblöcke des Korinthischen wegzuschaffen, so wurde wenigstens der Kopf davon abgenommen und an den Rest ein Fehel geklebt mit der Aufschrift: „Wille Neros, wird eben ausgebessert.“ Zum Unglück kam aber Napoleon im Februar des folgenden Jahres von Elba zurück. Das brachte den kunstfertigen Grafen in Verlegenheit. Er zog es vor, in Urlaub zu gehen, und überließ einem anderen die Sorge, im Senatgebäude die nötigen Veränderungen vorzunehmen. Nach der Schlacht von Waterloo lehrte Graf de Simonville wieder heim. Ihm war inzwischen klar geworden, daß ein irdischer Thron doch ein recht zerbrechliches Ding ist, und so ließ er, um ganz sicher zu gehen, auf dem Wille Regnault's den Monarchen in eine — Frau Callia umpfählen. Das so mißhandelte Bild wurde 1840 aus dem Senat entfernt und verstaubt augenblicklich auf dem Speicher eines Staatsgebäudes.

Litterarisches.

Der Mensch in der kommenden Gesellschaft. Dieses Geistesprodukt aus der Feder eines W. W. Carl und aus dem Verlage von R. Lipsitz fordert alleseitig die schärfste Abwehr heraus. Es ist geradezu beschämend, daß ein solches Buch für parteigenössische Leser berechnet ist, und es erweckt trübe Gedanken, daß im Jahre 1902, nachdem durch ein halbes Jahrhundert der wissenschaftliche Sozialismus eines Marx, Engels u. a. sich stetig entfaltet hat, eine Prosküre das Licht der Welt erblicken konnte, die . . . Doch es lohnt sich nicht, sich über ein solches Buch zu ereifern. Worauf es einzig und allein ankommen kann, ist, die Parteigenossen vor dem Ankauf zu warnen. Und da genügt es, wenige abschreckende Gelstedproben herauszugeben.

Der (schlaue) pseudonyme Verfasser stellt an die Spitze seiner Ausführungen: Das Bild von der kommenden Gesellschaftsbildung. Wir fürchten, hier ist der Genosse Lipsitz von seinem Schriftsteller in der fürchtbarsten Weise mißverstanden worden. Die Darstellung stellt sich den eklektesten und geistlosesten gegnerischen Verkündungen des Zukunftsstaates würdig zur Seite. Sie beginnt mit den vielversprechenden Worten: „Alle Menschen leben in vollkommener Gleichheit . . . die Liebe erfindet sich nicht auf Erden . . . die Ehe ist unbekannt. Es finden nur vorübergehende Geschlechtsverbindungen statt.“ . . . zc. (S. 1).

Das Schreckensregiment des Zukunftsstaates offenbart dann in seiner folgenden „Verherrlichung“ (S. 3): „Die Menschen beschäftigen sich nur noch mit Naturwissenschaft und Technik. Sie sprechen alle nur eine Sprache. Es gibt keine Zucht Häuser, Gefängnisse, Gerichte, Kirchen, Denkmäler, Altermuseen, Theater. Die Musik, Poesie, Theologie und Geschichtswissenschaft sind unbekannt.“

Auf das weitere Sammelurteil des Buches einzugehen, sei uns erlassen. Es hoppelt kritisch Besprechende aus Wädner, Korbau, Darwin u. a. zusammen, es zeigt mit offensichtlicher Vorliebe sexuelle Gegenstände in die Besprechung und ist stillistisch ebenso unverantwortlich abgefaßt wie inhaltlich.

Alles in allem eine den Lipsitz'schen Verlag schwer bluttreibende Herausgabe.

Das Glück der Waschfrau.

Von Friedrich Benz.*

Es dampft der Kessel mit siedendem Wasser und ich wasche den ganzen lieben Tag. Ich atme nichts als Dampf und sehe von denen draußen nichts. Wenn ich heimgehe, sieht mich nur die Nacht.

So geh's immer fort. Warum treibe ich das? Nur um mein Kind, daß es nicht zu hungern braucht und erbeteln mag ich nichts, ist das kein Glück?

Die Nacht gehört uns, da wasche ich nicht, da schläft das Kindchen in meinem Arm und wir dürfen froh sein! Nur manchmal, wenn ich träume, wasche ich für die fremden Leute . . . Und mein Kindchen träumt vom Hunger, Aber an den Morgen denken wir nicht Und das ist unser Glück.

* Siehe unsere heutige Notiz unter Deutsches Reich: Eine soziallitterarische Situations der Gegenwart.

hinstat, denn über die Dinge, die ich darin behandelt habe, darf ich mir, gestützt auf meine langjährige Parteithätigkeit, ein gewisses Urteil erlauben. Wäre die Aufforderung, mich über diese Frage zu äußern, von der Redaktion der Neuen Zeit gekommen, nicht einen Augenblick hätte ich geschwankt, sondern ja gesagt. Diese Aufforderung ist nicht gekommen und ich mache Kautsky nicht den geringsten Vorwurf daraus, denn er hat für den Parteitagartikel seinen langjährigen, selbstverständlichen Mitarbeiter in der Person von Bebel, der auch diesmal den betreffenden Artikel geschrieben hat. Es konnte mir gar nicht einfallen, mich aufzudrängen und von der Neuen Zeit zu verlangen, daß sie von mir noch extra einen Artikel bringe. Ich hätte das schon deshalb nicht getan, weil ich ja sonst fürchten mußte, das Defizit noch zu vergrößern. (Heiterkeit.) Wünschst aber Kautsky, daß ich für den nächsten Parteitag, wenn wir noch leben und gesund sein sollten, den Artikel schreibe, mit Aufheiß! Die Aufregung einzelner Genossen, als ob wer weiß was in der Partei geschehen wäre, den immer sich wiederholenden Hinweis auf den Parteibeamten Auer, der sich dieses Verbrechens schuldig gemacht hat, begreife ich ja. Die Zahl derer, die vom Entschieden der Monatshefte und ihres Vorgängers, des Akademikers, an sich zur Mitarbeit bereit erklärt haben, ist eine sehr große, und die besten Namen, die die Partei aufzuweisen hat, befinden sich darunter. Der Name Auer fehlt allerdings in den ersten Listen der Mitarbeiter, nicht etwa, weil ich ein Feind derartiger Unternehmungen wäre in dem Sinne, daß ich der freien Meinungsäußerung, wenn sie sich nicht innerhalb der Schablone der Parteiorganisation vollzieht, die Möglichkeit der Existenz absprechen will, sondern weil ich bei der Gründung des Sozialistischen Akademikers gar nicht gefragt bin, ob ich mitarbeiten will. Meine schriftstellerischen Fähigkeiten sind von den Gründern mit Zug und Recht so gering eingeschätzt worden, daß sie sich sagten: Ach, den Auer brauchen wir nicht erst zu fragen, der versteht doch nichts. (Heiterkeit.) Ich bin auch als erster im Parteivorstand gegen die Aufnahme des Sozialistischen Akademikers in die Liste der offiziellen Parteiorgane gewesen, und zwar weil ich mir sagte, wenn der Sozialistische Akademiker seinem Programm entsprechend ausgestaltet sein soll, so müssen mit innerer Notwendigkeit Nebenarbeiten in der Partei entstehen insofern, als die einen oder anderen sagen: Das können wir nicht billigen, das sind Meinungen, die offiziell von der Partei nicht geäußert werden können. Das habe ich im Parteivorstand geltend gemacht, und daraufhin haben wir einstimmig beschlossen, das Blatt nicht in die Liste aufzunehmen. Man hat damals diese meine Stellungnahme in den Kreisen der Akademiker sehr ungünstig beurteilt. Mit Unrecht, denn nie war ich ein Gegner derartiger Unternehmungen. Aber die offizielle Verantwortung dafür durch Aufnahme in die offizielle Liste hielt ich damals für falsch, und würden die Sozialistischen Monatshefte heute die Aufnahme beantragen unter der Bedingung, daß sie ihre bisherige Haltung beobachten wollen, so würde ich auch heute wieder erklären: Nein, das können wir nicht. Ich bin ein ganz entschiedener Anhänger der freien Meinungsäußerung. Wir stehen nicht die glänzenden Worte zur Verfügung und der feierliche Eifer, mit dem wir gestern einen Lobgesang auf das Recht der freien Meinungsäußerung in und außerhalb der Partei zu hören bekommen haben, sachlich aber bin ich einer der entschiedensten Vertreter des Rechtes der freien Meinungsäußerung, und ich wünsche nur, daß man bei den Diskussionen dieserigen Formen und Normen wahren möge, die für Genossen angebracht sind. Aber den Folgerungen, die nach der glänzenden Rede für das Recht der freien Meinungsäußerung hier noch immer gezogen worden sind, kann ich mich nicht anschließen. Ich bin bei diesen Plaidoyers den Eindruck nicht losgeworden: Ganz sauber ist die Sache nicht, es steckt etwas dahinter. Ja, die freie Meinungsäußerung für die Sache, der man selbst angehört, die verlangen alle, auch die Stockkonservativen. Eine derartige Forderung soweit zu erheben, als man sie selber braucht, das ist noch keine Anerkennung des Rechtes der freien Meinungsäußerung. Dies Recht muß in vollem Umfange auch für die Kritik des Gegners anerkannt werden. Nun frage ich Sie, wo kommen wir hin, wenn der Grundsatz gelten soll, der früher nie in der Partei gegolten hat, daß derartige freie literarische Organe, wie die Sozialistischen Monatshefte es sind oder die Deutschen Worte des Genossen Bernerstorfer, oder wie es vor dem Sozialistengesetz die neben dem offiziellen, wissenschaftlichen Organ: Die Zukunft bestehende Neue Gesellschaft war, von Parteischristellern nicht mehr benutzt werden dürfen? Wo kämen wir hin, wenn der Grundsatz gälte: „Meinungsfreiheit im vollen Umfange, aber die Wälder werden ausgefuchst, in die du schreiben darfst?“ (Heiterkeit.) Das rote Heft wird boykottiert, für die Sozialistischen Monatshefte darf nicht geschrieben werden. Da fällt mir jener Wiener Zensur ein, bei dem sich ein Schriftsteller beklagte: Wissen Sie, man verliert ja alle Lust zu schreiben unter solchen Verhältnissen. Und da antwortete der Zensur: Aber ich bitte, Herr Doktor, Sie befinden sich in einem schmerzlichen Zustand; Sie können schreiben, was Sie wollen, nur fürs Drucken lassen brauchen Sie unsere Erlaubnis. (Große Heiterkeit.) In dieselbe Lage kämen wir, wenn wir einen solchen Grundsatz gelten lassen wollten. Also man schickt die Artikel nur noch an Kautsky, der unterdrückt sie auf die Danks, auf die Tendenz, stellt fest, daß die Einheit der Bewegung gestört wird, daß die Anschauung unzulässig ist, und wenn ich den günstigsten Fall rechne, dann hängt er ein Schwänzchen an, im ungünstigsten Fall aber sagt er, das ist ganz unwissenschaftlich gedacht, das veröffentlichen ich überhaupt nicht. Ich begreife durchaus die außerordentliche Schwierigkeit, die die Redaktion eines offiziellen wissenschaftlichen Organs bietet; aber eben, weil ich sie anerkenne, halte ich Unternehmungen und Wälder für notwendig, wie wir sie in den Monatsheften haben. (Sehr wahr!) Die ganze große Aufregung aus den Kreisen der Genossen ist, die Empfindung habe ich, besonders hervorgerufen worden durch die Mitteilung über das Defizit der Neuen Zeit. Einzelne Redner nannten es geradezu ungeschwätzlich, daß man, wo die Neue Zeit laufende von Marx an Defizit löst, Konkurrenzunternehmen unterstützen könne. Das Defizit hat es Ihnen angetan, und Bollmar hat den Schluß daraus gezogen, daß die Neue Zeit in der Veroute sei. Ich wundere mich, daß von anderer Seite kein Wort der Aufforderung gekommen ist. So bin ich es den Genossen schuldig. Das Defizit der Neuen Zeit ist keine neue Erscheinung, auch nicht in der mitgeteilten Höhe. Die Neue Zeit hat seit der ersten Stunde ihres Erscheinens bis heute noch keinen Jahrgang gehabt, in dem sie nicht Defizit gemacht hätte, und ich fürchte, das wird auch noch in der Zukunft so bleiben. Die Höhe des Defizits hat differiert, im ersten Jahre betrug es mit den Einführungskosten 16 000 Mk., der niedrigste Betrag war 7000 Mk. Wir haben Jahre mit 12, 11, 10, 9000 Mk. Defizit gehabt. 10 000 Mk., das wäre so die Mittellinie. Deshalb ist es ganz falsch, von einem Rückgang der Neuen Zeit zu sprechen. Der Abonnementstand der Neuen Zeit ist gewiß heute nicht so hoch, wie er gewesen ist. Aber es dreht sich dabei um wenige Hundert Abonnenten. Ihr Abonnementstand beträgt heute 3400 (Gerisch: 3200), aber über 4000 ist sie noch nie hinausgekommen. Ein Nachweis dafür, daß seit dem Bestehen der Sozialistischen Monatshefte die Neue Zeit wesentlich gelitten hat, läßt sich absolut nicht führen. Noch in keinem Jahre hat die Neue Zeit ihr Papier, ihren Druck und Satz aus den Erträgen bezahlt, auch in der Währungsperiode nicht. Redaktion und Mitarbeiter fraßen die Einnahmen aus dem Abonnement auf. Auch die frühere Gesellschaft mit Dieb zusammen hat immer Zuschüsse geleistet. Damals war die Neue Zeit de facto im Parteieigentum, nun ist sie es auch de jure.

Ich hoffe, daß diese Darstellung doch den einen oder anderen Delegierten beruhigen wird. Wenn Sie das Defizit jetzt schon in Aufregung setzt, was würde erst geschehen, wenn die Sozial-

istischen Monatshefte nicht mehr benutzt werden dürfen, und alle die zahlreichen Mitarbeiter ihre wahrlich recht langen, ich sage nicht langweiligen Artikel, nicht mehr in den Monatsheften abdrucken dürften, wenn dieser ganze Knurrall von Manuskripten die Neue Zeit träfen. Das Verdoppeln des Umfangs reicht nicht aus, und für das Bezahlen einer teureren Neuze fehlen unseren Arbeitern die Mittel. Das Defizit würde mindestens auf den doppelten Höhe steigen. (Hoffmann: Die Neue Zeit soll nur nicht boykottiert werden!)

Es ist auch nicht überraschend, daß die Neue Zeit sich in dieser Lage heute noch so wie am ersten Tage befindet. Das ist das Schicksal aller Neuen, die nur für bestimmte Zwecke erscheinen und nicht auf das Sensationsbedürfnis einer großen Leserschaft berechnet sind. Sie teilt das Schicksal mit allen ihren Kolleginnen, die Sozialistischen Monatshefte nicht ausgeschlossen. Ich stehe der Firma Ebelheim und den Herausgebern der Monatshefte nicht so nahe, um zu wissen, wie es in ihren Büchern aussieht; aber Gerüchte laufen doch um, die die Meinung, Ebelheim habe die Partei mit seinen Büchern überschwemmt und mache Riesengeschäfte, als recht falsch erscheinen lassen dürften. Ohne in die Details eingeweiht zu sein, bin ich überzeugt, daß die Firma Ebelheim sehr froh wäre, wenn sie das Defizit für die Sozialistischen Monatshefte nur in dem Maße zu decken hätte, wie wir mit Zug und Recht das Defizit für die Neue Zeit decken.

Als alter Kampfgenosse möchte ich zum Schluß noch einige Worte an Sie richten. Es ist sentimental, aber wenn es mich drückt, muß es heraus. Ich kann nicht verschweigen, daß es mich schmerzlich berührt, wenn auch diesmal wieder, wenn auch nicht in der Schärfe wie auf dem Parteitag in Hannover, von der Richtung, die von den anderen als die besonders zielbewusste und „uneingeschlossene“ hingestellt wird, immer wieder direkt oder indirekt der Ton angeschlagen wird: „Wenn es nicht anders ist, dann muß der Druck eintreten, dann müssen wir auseinandergehen, dann mag es heißen: Sie rechts, Sie links, so kann es nicht weitergehen.“ (Lebhafte Zurufe von allen Seiten der Versammlung.) Ich stehe seit 30 Jahren in der Partei, ich nehme für mich in Anspruch, so gut und so weit meine Kräfte reichen, im Dienste der Partei zu allen Zeiten und unter allen Verhältnissen meine Pflicht erfüllt zu haben, so gut wie alle anderen. Da tut es weh, wenn einen immer wieder, wenn auch nur durch die Blume, zu verstehen gegeben wird: Ihr könnt nicht mehr mit, das ist eine andere Richtung. Ich meine, für die Beurteilung des Mannes kommt doch vor allen Dingen in Betracht, wie er in Zeiten der Gefahr, wo es auf den Mann ankommt, sich bewährt hat. Da möchte ich doch an meine alten Kampfgenossen einmal die Frage stellen, an diejenigen, die mit solchen Drohungen immer spielen: wann und wo seid ihr in der Partei geblieben, um mit Aufgebot der letzten Kraft die Partei und ihre Interessen zu vertreten, und ich war nicht in Eurer Mitte? (Wiederholte lebhaft Zurufe.) Wenn und wo hat es einen Kampf gegeben, in dem mein Blut nicht sich nicht gemischt hätte? Was ich hier für mich ausspreche, spreche ich auch für viele andere aus. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Art und Weise, immer mit solchen Drohungen zu kommen, das ist nicht wohlgethan. Ich für mich würde ich vielleicht nicht besonders ernst und tragisch nehmen, ich für mich empfinde sie zwar unangenehm, aber ich würde sie ertragen, wie wir alle miteinander eben uns gegenseitig ertragen müssen, aber derartige Dinge führen zu Mißverständnissen nach außen und sind deshalb für Parteigenossen nicht wohl angebracht. (Sehr richtig!) Ich sage: ich nehme diese Drohungen nicht so tragisch, ich glaube nicht daran. Ich befinde mich da — und damit will ich schließen — in der Situation des Burjchen, dem sein Deandl untreu werden will und der zu ihm sagt:

Auf oamal auselando,
Damb, dds mueth net thoo,
Lebn wir welta bet einanda,
Schau, was thast denn aloo?

(Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.
Rosa Luxemburg: Ich bin nicht aus einer polnischen Organisation ausgeschlossen, sondern nur von eben jener Sondergruppe, der ich aber nie angehört habe. Weiter möchte ich als Vertreterin der Stadt Rawitsch dem Genossen Auer sagen, daß man sich dort mit der Absicht trägt, ihn zum Ehrenmitglied von Rawitsch zu ernennen. (Heiterkeit und Bravo!)

Kautsky: Auer wird mir zugeben, daß ich wiederholt den Wunsch ausgesprochen habe, er möge mitarbeiten, aber jedesmal glaube ich aus seinen Bemerkungen herauszuhören, daß er mir keine Gegenliebe schenkt. Immer sagte er, er sei kein Schriftsteller, er passe nicht unter die Kirchengüter. Die Antwort mag scherzhaft gewesen sein, ich habe sie aber ernst genommen. Nach seinen heutigen Erklärungen muß ich sagen, daß ich ihn mißverstanden habe. Ich nehme ihn beim Wort, und er kann sicher sein, daß er von uns jetzt so getreten wird, daß ihm Hören und Sehen vergeht. (Heiterkeit.)

Adolf Hoffmann-Berlin: Ich habe nicht gesagt, daß ich die Meinungsäußerung einschränken will, sondern mich nur gegen einen Boykott der Neuen Zeit durch die Genossen gewandt. (Allseitige Zustimmung.)

Adolf Braun-Nürnberg: Gegen die Summe persönlicher Bemerkungen, die Auer mir freundschaftlich gewidmet hat, mich zu wenden, ist mir unmöglich. Ich nehme nur eine heraus. Die von mir an Auer gesandte einzige Zeitungsmunition enthält einen Artikel, der die Antwort auf seinen Brief war. Wer mit Auer hadeln will, muß gefaßt sein, ein Opfer seines laienhaften Blickes zu werden. Ich habe mitgeteilt, mehr wie irgend einer auf dem Parteitag.

Gerisch erhält das Schlusswort zur Debatte über den Rassenbericht: Ich werde Sie nicht lange in Anspruch nehmen, sondern habe nur einige thatsächliche Nichtigkeiten zu machen. Es ist von Genossen Wolff bestritten worden, daß die Bochumer Genossen früher mit der Gründung eines Centralblattes einverstanden waren. Die Sache ist so, daß den Bochumer Genossen vom Parteivorstand mitgeteilt wurde, daß der jetzige Zustand nicht mehr länger aufrecht erhalten werden könne. Sie wären damit auch einverstanden, äußerten sich auch nicht dagegen, und erst in letzter Zeit haben sie dagegen Einspruch erhoben. Wichtig zu stellen ist ferner in der Bochumer Unterstützungangelegenheit, die auch den Kontrollreuren vorlag, daß der betr. Genosse von der Zeit, da er die Unterstützung empfangt, ihrer auch nicht unwürdig war. Auch die Bochumer Genossen sind erst später zu einer anderen Auffassung gekommen. Was den Vorschlag Frohmes betrifft, so halte auch ich es für wünschenswert, daß festgestellt wird, wieviel organisierte Parteigenossen wir in Deutschland haben. Aber eine solche Statistik werden wir in zehn Jahren noch nicht komplett haben. War es doch nicht einmal möglich, wie ich schon ausführte, von den wenigen Parteiverlegern Angaben über die Auflage der Parteipresse zu erhalten. Was soll da erst geschehen, wenn wir uns an Laufende von Leuten zu wenden haben. Es sollte mich sehr freuen, wenn wir eine solche Statistik bekämen, aber die Erfüllung dieses Wunsches können wir wohl lange Zeit vertagen. Den Antrag 04 des Genossen Einmel, betr. die Kaution für die Rühlhauser Volkszeitung, bitte ich dringend abzusehen. Es handelt sich da nicht, doch um die Genehmigung der Kaution von 20 000 Mk. Wenn das Blatt bisher bestehen konnte, so doch nur, weil es ein Kopfbatt ist und die Herstellungskosten sehr niedrig sind. Wenn das ausfällt, werden auch die Kosten höher. Den Antrag 08 des Genossen A. Hoffmann bitte ich dagegen anzunehmen. Es ist nötig, daß auch der Parteitag dem Vorstand einen Rückhalt giebt, wenn er genötigt ist, sich gegenüber unüberlegten Gründungen ablehnend zu verhalten. Nun noch einige Worte zu dem Antrag, wonach für die nächste Zeit genaue Abrechnungen über die Neue Zeit im Bericht des Vorstandes aufzunehmen sind. Das sollte eigentlich schon in diesem Jahre geschehen. Als dann über diese Frage entschieden werden sollte, waren nicht alle Mitglieder des Vorstandes beizuminnen und da Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden, so unterließ dies-

mal noch die Aufnahme. Nächstes Jahr wird der Vorstandsbereich genaue Nachweisungen über die Neue Zeit, die Gleichheit und den Wahren Jacob ebenso enthalten, wie bisher über den Wahren. Ich kann aber heute schon bekannt geben, daß im Rechnungsjahre 1901/1902 für die Redaktion der Neuen Zeit 17 500 Mk. aufgewendet wurden. Davon entfielen 10 000 Mk. auf die Redaktion, die natürlich aus mehreren Personen besteht, und 7 000 Mk. auf die Mitarbeiter. Was über die früheren Defizite zu sagen ist, hat Auer schon ausgeführt.

Es wird zur Abstimmung geschritten.
v. Ein zieht seinen Antrag insolge des von Gerisch gegebenen Ausschusses zurück.

Zunächst wird den Parteinstanzen auf Antrag der Kontrollkommission einstimmig Decharge für die Geschäftsführung des letzten Jahres erteilt.

Der Antrag 08 wird angenommen, Antrag 58a abgelehnt, Antrag 58b dem Vorstand zur Erwägung überwiesen, Antrag 1 (Nürnberg) abgelehnt.

Von den Anträgen zur Polenfrage gelangt die Resolution der Genossen Luxemburg (01) in Verbindung mit dem Amendement Bebel (05) zur Annahme.

Die Anträge 12, 13, 14 und 15 sind dadurch erledigt.

Auf Vorschlag von Singer wird der vorgerückten Zeit wegen der nächste Punkt der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Thätigkeit, nicht mehr in Angriff genommen, sondern noch einige kleinere Angelegenheiten erledigt.

Berlin-Bremen erstattet den Bericht der Beschwerdekommision, der die Beschwerde des Genossen John-Berlin überlesen wurde. John war als Berichterstatter für den Vorwärts und auch rednerisch für die Partei thätig. Er erkrankte später und es war ihm nicht mehr möglich, seinen Verpflichtungen zur Zufriedenheit der Parteigenossen nachzukommen, so daß er seines Postens als Berichterstatter für den Vorwärts enthoben wurde. Er hat sich später beschwerde führend an den Wahlverein des 3. Wahlkreises gewendet, der jedoch die Entscheidung der Brechkommision mit Rücksicht auf die moralischen Qualitäten Johns billigte. Gegen diese Entscheidung wurde Beschwerde beim Parteivorstand erhoben; dieser hat die Entscheidung bestätigt. Darauf hat sich John an die Kontrollreure gewandt, die ihn jedoch ebenfalls abweisen. Nun ist er an den Parteitag gekommen. Was die Beschwerdebücher an sich betrifft, so ist sie in einer Form gehalten, daß sie schon deswegen nicht geeignet wäre berücksichtigt zu werden. Wir haben uns aber daran natürlich nicht gestochen. Aus dem Material jedoch, das uns Pfannkuch für den Vorstand und Vertreter der Kontrollreure vorlegten, sind wir zu der Entscheidung gekommen, der Beschwerde nicht stattzugeben. Die Entscheidungen der Parteinstanzen sind durchaus gerechtfertigt und es muß gesagt werden, daß sich der Vorstand gegen John durchaus nobel benommen hat. Ich beantrage, die Beschwerde zu verwerfen.

Pfannkuch-Berlin: John bedurft unseres Erachtens bringend der Erholung. Sein nervöser Krankheitszustand ging jedoch nicht so weit, daß ihm irgend eine Parteinstanz die Parteithätigkeit untersagt hätte. Die Sache ist so: Die Berliner lebten es ab, die Verantwortung für die agitatorische Thätigkeit Johns zu übernehmen, und soweit wir uns aus eigener Wahrnehmung ein Urteil bilden konnten, ging dieses dahin, daß die Partei die Verantwortung für die fernere Thätigkeit Johns nicht mehr übernehmen kann. Seine moralischen Verpflichtungen für das fernere Fortkommen Johns hat der Parteivorstand bis zum Uebermaß erfüllt und ich empfehle den Antrag der Beschwerdekommision.

Die Beschwerde Johns wird dem Antrage der Kommission entsprechend als unbegründet verworfen.

Singer schlägt nun vor, den Punkt Maifelder noch zu erledigen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Verhandlungen heute etwas länger dauern.

Der Parteitag ist damit einverstanden.
Hierzu gehört der Antrag 59.

Richard Fischer-Berlin: Ich glaube, der Gegenstand, der uns hier beschäftigt, ist einer von denen, wo einfach eine Resolution unterbreitet und angenommen wird. In unserer Stellung zur Maifelder hat sich seit dem letzten Jahre ohnehin nichts geändert, und ich kann deshalb wohl darauf verzichten, diese nochmals einzubringen zu begründen. Ich schlage Ihnen folgende Resolution vor: „In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Massenerforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die würdige Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“ Ich bitte, dieser Resolution Ihre Zustimmung geben zu wollen.

Die Diskussion hierüber wird eröffnet.

Widhoff-Düsseldorf begründet den Antrag 59. Die Maifelder hat auf den Parteitagen immer die wenigste Zeit in Anspruch genommen. Ich bin nun der Meinung, daß der Parteitag mit der Durchführung seiner Beschlüsse ernst machen muß. Es genügt nicht, Versammlungen zu halten und Feste zu feiern. Um Remedur zu schaffen, ist es angebracht, daß von den Genossen in den einzelnen Orten mehr geschieht. In manchen Orten Weisens ist von einer Maifelder gar nichts zu spüren. Würden die Genossen energisch eingreifen, dann müßte die große Mehrzahl der Arbeiter, die bei den Wahlen für die Sozialdemokratie stimmen, auch für die Arbeitsruhe eintreten. Resolutionen sind oft weiter nichts als Beschlüsse, die auf dem Papiere stehen.

Müller-Berlin ist ebenfalls mit der Art, wie die Maifelder jetzt in vielen Städten begangen wird, nicht einverstanden. Er nimmt aber nicht den Standpunkt der Düsseldorf ein, sondern ist entgegengelegter Meinung. Durch die Annahme noch so vieler scharfer Resolutionen werden wir keinen Schritt weiterkommen. Spectakel wir in Schließen können von unseren Gewerkschaftsorganisationen nicht verlangen, daß sie auf Einführung der Arbeitsruhe am 1. Mai drängen. In der Mitte der 90er Jahre wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Maifelder durch die Schaffung starker gewerkschaftlicher Organisationen zu ermöglichen sei. Die Organisationen sind inzwischen stärker geworden, aber gerade das Gegenteil der gehetzten Erwartung ist eingetroffen. In Breslau hat Bebel gesagt, daß die Berliner Genossen die Durchführung der Maifelder den Gewerkschaften überlassen. Ich halte das für richtig und würde deshalb empfehlen, den letzten Teil der Resolution Fischer wegzulassen und es den Gewerkschaften zu überlassen, ob sie die Arbeitsruhe einführen wollen. Wenn das geschieht, so bin ich überzeugt, daß wir in einigen Jahren die Maifelder nicht mehr durch Arbeitsruhe begehren werden. Ich schließe mich der Meinung Mehrings an, daß unser bestes Demonstrationsmittel die Wahlen sind.

Pfannkuch: Da es der Referent unterlassen hat, auf den Antrag 59 einzugehen, will ich einige Worte dazu sagen. Ich bitte, diesen Antrag abzulehnen und schließe mich dem Gedankengang des Vorredners an. Die Maifelder wurde durch einen internationalen Beschluß festgesetzt. Wir Deutsche rechnen es uns nicht als besonderes Verdienst an, daß wir die Maifelder in einer Weise zur Durchführung gebracht haben, wie sie unserer Arbeiterbewegung würdig ist; wir marschieren in dieser Beziehung an der Spitze aller Nationen. An den Beschlüssen zu rütteln, halte ich für zwecklos. Aber ich meine, wir sollen auch nicht weiter geben, als es die wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben, mit denen wir im Augenblick sehr zu rechnen haben. Immerhin ist es gut, wenn auch der ideale Standpunkt zum Ausdruck gebracht wird und deshalb empfehle ich die Annahme der vorgeschlagenen Resolution.

Paul Hoffmann-Damburg bittet ebenfalls den Antrag 59 im Interesse des Ansehens der Maifelder abzulehnen. Alle Ermahnungen nützen nichts, so lange nicht die wirtschaftlichen Verhältnisse die

Arbeitsruhe erlauben. Sogar bei uns in Hamburg ist es vornehmlich die Arbeitsruhe nicht durchzuführen empfohlen.

Wetter-Deppig bittet um Zustimmung zu der Resolution. Die Walfelder soll auch in Zukunft so begangen werden, wie es die Partei bisher getan hat.

Wald-Forstschutz: Die heutigen Neben zeigen, daß es mit der Walfelder vielfach nicht mehr so genau genommen wird, wie früher.

Wald-Berlin: Tausende von agitatorisch tätigen Personen sind mit mir der Ueberzeugung, daß es so nicht weiter gehen kann.

Wald-Berlin erhält das Schlusswort: Der Düsseldorf'ser Antrag ist unannehmbar, weil er in sich der Gedanken birgt, als ob unsere Resolutionen nur platonische Bedeutung hätten.

Die Resolution wird mit großer Majorität angenommen, der Antrag 50 dagegen abgelehnt.

Wandern im Saalethale beschäftigt. Die Kinder haben sich durchgängig wohl befunden und sind körperlich und geistig vorzüglich geblieben.

Leipziger Bank. Gegenüber der Meldung eines auswärtigen Blattes, daß in der Lage des sächsischen Staates gegen die Kontrollverwaltung der Leipziger Bank der angeklagte Vergleich nicht zu Stande gekommen sei...

Vom Leipziger Droschkensitzer-Berein 1. Klasse erhalten wir folgendes Schreiben:

In Ihrer Zeitung Nr. 208 vom 8. September ex. ist unter einem Artikel: Schwarze Listen u., zu lesen, daß man unliebsame Kutscher im Droschkengewerbe vom Fahrtenste beseitigt...

Zur Nichtigstellung geben wir Ihnen folgendes kund: Jawohl! Es besteht unter den Bereinstitgliedern der bestehenden Droschkensitzer-Berein in Leipzig eine Vereinbarung dahin, daß man Kutscher vom Fahrtenste ausschließen kann...

Den wertigen Lesern überlassen wir nun, ob solches unter schwarze Listen u. s. w. gehört.

Leipziger Droschkensitzer-Berein 1. Klasse. J. A. E. Dertel, Vorsteher.

Zu diesem Schreiben hat nun der Bevollmächtigte der hiesigen Filiale des Verbandes der Handels-, Verkehrs- und Transportarbeiter, von dem die angegriffene Notiz stammte, das Wort.

Briefsendungen, die für Empfänger in den Vororten von Leipzig bestimmt sind, in der Aufschrift als Bestimmungs-ort aber nur die Angabe „Leipzig“ tragen...

Der Winterfahrplan der sächsischen Staatsbahn tritt am 1. Oktober in Kraft. Bei den Stationen und Auskunftsstellen ist der neue Fahrplan schon jetzt und zwar in Buchform zum Preise von 10 Pf.

Zum Kapitel der Saalabtreiber. Die Gegner der Arbeiterbewegung sind lebhaft dabei, den Arbeitern jede Gelegenheit zu nehmen, zu einer ersten Aussprache über ihre wirtschaftliche Lage zusammen zu kommen.

Das dunkle Gewerbe der Saalabtreiber steht in ganz Sachsen in schönster Blüte; in der Leipziger Umgebung hatten sie bisher nur vereinzelten Erfolg.

In Zwickau bei Borsdorf planten die Bahnhöfen des Fabrikarbeiterverbandes von Borsdorf, Brandis und Sommerfeld für den 28. September eine größere Versammlung.

Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Vereins für Volkshygiene hat auch in diesem Jahre wieder eine sehr anerkennenswerte Tätigkeit entfaltet.

Die Versammlung der Glasleder-Fabrikanten-Fördervereinigter, die wir gestern erwähnten, hat am letzten Sonntag hier im Hotel Palmbaum stattgefunden.

Vom Leipziger Schulwesen. Leipzig hatte im Schuljahre 1901/02 54 Volksschulen, nämlich 4 Fortbildungsschulen für Knaben, 1 für Mädchen, 4 höhere Bürgerschulen, 14 Bürgerschulen einschließlich der Freischule.

Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Vereins für Volkshygiene hat auch in diesem Jahre wieder eine sehr anerkennenswerte Tätigkeit entfaltet.

Die Versammlung der Glasleder-Fabrikanten-Fördervereinigter, die wir gestern erwähnten, hat am letzten Sonntag hier im Hotel Palmbaum stattgefunden.

Vom Leipziger Schulwesen. Leipzig hatte im Schuljahre 1901/02 54 Volksschulen, nämlich 4 Fortbildungsschulen für Knaben, 1 für Mädchen, 4 höhere Bürgerschulen, 14 Bürgerschulen einschließlich der Freischule.

Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Vereins für Volkshygiene hat auch in diesem Jahre wieder eine sehr anerkennenswerte Tätigkeit entfaltet.

Die Versammlung der Glasleder-Fabrikanten-Fördervereinigter, die wir gestern erwähnten, hat am letzten Sonntag hier im Hotel Palmbaum stattgefunden.

Vom Leipziger Schulwesen. Leipzig hatte im Schuljahre 1901/02 54 Volksschulen, nämlich 4 Fortbildungsschulen für Knaben, 1 für Mädchen, 4 höhere Bürgerschulen, 14 Bürgerschulen einschließlich der Freischule.

Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Vereins für Volkshygiene hat auch in diesem Jahre wieder eine sehr anerkennenswerte Tätigkeit entfaltet.

Die Versammlung der Glasleder-Fabrikanten-Fördervereinigter, die wir gestern erwähnten, hat am letzten Sonntag hier im Hotel Palmbaum stattgefunden.

Vom Leipziger Schulwesen. Leipzig hatte im Schuljahre 1901/02 54 Volksschulen, nämlich 4 Fortbildungsschulen für Knaben, 1 für Mädchen, 4 höhere Bürgerschulen, 14 Bürgerschulen einschließlich der Freischule.

Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Vereins für Volkshygiene hat auch in diesem Jahre wieder eine sehr anerkennenswerte Tätigkeit entfaltet.

Die Versammlung der Glasleder-Fabrikanten-Fördervereinigter, die wir gestern erwähnten, hat am letzten Sonntag hier im Hotel Palmbaum stattgefunden.

Vom Leipziger Schulwesen. Leipzig hatte im Schuljahre 1901/02 54 Volksschulen, nämlich 4 Fortbildungsschulen für Knaben, 1 für Mädchen, 4 höhere Bürgerschulen, 14 Bürgerschulen einschließlich der Freischule.

Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Vereins für Volkshygiene hat auch in diesem Jahre wieder eine sehr anerkennenswerte Tätigkeit entfaltet.

Die Versammlung der Glasleder-Fabrikanten-Fördervereinigter, die wir gestern erwähnten, hat am letzten Sonntag hier im Hotel Palmbaum stattgefunden.

Vom Leipziger Schulwesen. Leipzig hatte im Schuljahre 1901/02 54 Volksschulen, nämlich 4 Fortbildungsschulen für Knaben, 1 für Mädchen, 4 höhere Bürgerschulen, 14 Bürgerschulen einschließlich der Freischule.

Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Vereins für Volkshygiene hat auch in diesem Jahre wieder eine sehr anerkennenswerte Tätigkeit entfaltet.

Die Versammlung der Glasleder-Fabrikanten-Fördervereinigter, die wir gestern erwähnten, hat am letzten Sonntag hier im Hotel Palmbaum stattgefunden.

Angehörigen befürchten, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist. Er ist etwa 1,72 Meter groß, unterseht, hat dunkelblondes Haar, ebensolchen Schnurrbart und Tätowierungen auf einem Unterarme.

Auktion beim Leihhaus. Vom 5. November 1902 ab sollen die nicht wieder eingelösten, in den Monaten November und Dezember 1901 bei dem hiesigen Leihhause verpfändeten oder gemäß § 13 der Leihhausordnung wieder verpfändeten Pfänder, sowie einige bereits früher verpfändete, aus besonderer Veranlassung noch nicht verkaufte Pfänder öffentlich versteigert werden.

Um sich das Leben zu nehmen. Schöb gestern in der Mittagsstunde ein 36 Jahre alter Komiker aus Berlin vor der Thüre seiner in der Markthallenstraße wohnenden, von ihm getrennt lebenden Ehefrau einen mit Schrot geladenen Revolver gegen sich ab.

Unfall. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Verurteilt. In der Reichenhainer Straße kam ein 22 Jahre alter Geschirrführer aus L. Einbenaun dadurch zu Schaden, daß seine Pferde plötzlich anzogen, als er auf sein Geschirr steigen wollte.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. September.

Die das Schönefelder Baumglück zu Reklamezwecken ausgenutzt wird! Auf die in Nr. 210 der Volkszeitung mit obiger Spitzmarke abgedruckte Notiz ist uns von Verlag der Druckerei Nach Feierabend eine längere Erwiderung zugegangen...

Nur um den Charakter der ganzen Erwiderung, die nach bestimmtem Muster den Titel: „Zur Aufklärung!“ trägt, einigermaßen zu kennzeichnen, lassen wir ihren Schlusssatz hier folgen.

Und die Pietät haben wir in unserer Reklame ebensowenig verkehrt wie die sozialdemokratischen Vertrauensmänner, die in den öffentlichen Besprechungen des Unglücks ebensogut die Wohlfahrt des Arbeiters als oberstes Motiv im Auge hatten...

Die Verlagsanstalt Nach Feierabend denkt also hienach nicht im geringsten daran, mittels der Lockpfeife der Versicherung sich einen größeren Leserkreis verschaffen zu wollen; bewahre, unheimlich und wohlthätig wie sie nun einmal ist, ist für die so arg verkannte Verlagsanstalt die Druckerei Nach Feierabend nur das Mittel — der Zweck aber, und zwar der einzigste Zweck, ist lediglich, die Wohlfahrt der Arbeiter zu fördern...

Nun mögen die Herren keinen Augenblick mehr zaudern, sofort den Klageweg zu beschreiten.

Die Versammlung der Glasleder-Fabrikanten-Fördervereinigter, die wir gestern erwähnten, hat am letzten Sonntag hier im Hotel Palmbaum stattgefunden.

Vom Leipziger Schulwesen. Leipzig hatte im Schuljahre 1901/02 54 Volksschulen, nämlich 4 Fortbildungsschulen für Knaben, 1 für Mädchen, 4 höhere Bürgerschulen, 14 Bürgerschulen einschließlich der Freischule.

Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Vereins für Volkshygiene hat auch in diesem Jahre wieder eine sehr anerkennenswerte Tätigkeit entfaltet.

Die Versammlung der Glasleder-Fabrikanten-Fördervereinigter, die wir gestern erwähnten, hat am letzten Sonntag hier im Hotel Palmbaum stattgefunden.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. September.

Die das Schönefelder Baumglück zu Reklamezwecken ausgenutzt wird! Auf die in Nr. 210 der Volkszeitung mit obiger Spitzmarke abgedruckte Notiz ist uns von Verlag der Druckerei Nach Feierabend eine längere Erwiderung zugegangen...

Nur um den Charakter der ganzen Erwiderung, die nach bestimmtem Muster den Titel: „Zur Aufklärung!“ trägt, einigermaßen zu kennzeichnen, lassen wir ihren Schlusssatz hier folgen.

Und die Pietät haben wir in unserer Reklame ebensowenig verkehrt wie die sozialdemokratischen Vertrauensmänner, die in den öffentlichen Besprechungen des Unglücks ebensogut die Wohlfahrt des Arbeiters als oberstes Motiv im Auge hatten...

Die Verlagsanstalt Nach Feierabend denkt also hienach nicht im geringsten daran, mittels der Lockpfeife der Versicherung sich einen größeren Leserkreis verschaffen zu wollen; bewahre, unheimlich und wohlthätig wie sie nun einmal ist, ist für die so arg verkannte Verlagsanstalt die Druckerei Nach Feierabend nur das Mittel — der Zweck aber, und zwar der einzigste Zweck, ist lediglich, die Wohlfahrt der Arbeiter zu fördern...

Nun mögen die Herren keinen Augenblick mehr zaudern, sofort den Klageweg zu beschreiten.

Die Versammlung der Glasleder-Fabrikanten-Fördervereinigter, die wir gestern erwähnten, hat am letzten Sonntag hier im Hotel Palmbaum stattgefunden.

Vom Leipziger Schulwesen. Leipzig hatte im Schuljahre 1901/02 54 Volksschulen, nämlich 4 Fortbildungsschulen für Knaben, 1 für Mädchen, 4 höhere Bürgerschulen, 14 Bürgerschulen einschließlich der Freischule.

Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Vereins für Volkshygiene hat auch in diesem Jahre wieder eine sehr anerkennenswerte Tätigkeit entfaltet.

Die Versammlung der Glasleder-Fabrikanten-Fördervereinigter, die wir gestern erwähnten, hat am letzten Sonntag hier im Hotel Palmbaum stattgefunden.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. September.

Die das Schönefelder Baumglück zu Reklamezwecken ausgenutzt wird! Auf die in Nr. 210 der Volkszeitung mit obiger Spitzmarke abgedruckte Notiz ist uns von Verlag der Druckerei Nach Feierabend eine längere Erwiderung zugegangen...

Nur um den Charakter der ganzen Erwiderung, die nach bestimmtem Muster den Titel: „Zur Aufklärung!“ trägt, einigermaßen zu kennzeichnen, lassen wir ihren Schlusssatz hier folgen.

Und die Pietät haben wir in unserer Reklame ebensowenig verkehrt wie die sozialdemokratischen Vertrauensmänner, die in den öffentlichen Besprechungen des Unglücks ebensogut die Wohlfahrt des Arbeiters als oberstes Motiv im Auge hatten...

Die Verlagsanstalt Nach Feierabend denkt also hienach nicht im geringsten daran, mittels der Lockpfeife der Versicherung sich einen größeren Leserkreis verschaffen zu wollen; bewahre, unheimlich und wohlthätig wie sie nun einmal ist, ist für die so arg verkannte Verlagsanstalt die Druckerei Nach Feierabend nur das Mittel — der Zweck aber, und zwar der einzigste Zweck, ist lediglich, die Wohlfahrt der Arbeiter zu fördern...

Nun mögen die Herren keinen Augenblick mehr zaudern, sofort den Klageweg zu beschreiten.

Die Versammlung der Glasleder-Fabrikanten-Fördervereinigter, die wir gestern erwähnten, hat am letzten Sonntag hier im Hotel Palmbaum stattgefunden.

Vom Leipziger Schulwesen. Leipzig hatte im Schuljahre 1901/02 54 Volksschulen, nämlich 4 Fortbildungsschulen für Knaben, 1 für Mädchen, 4 höhere Bürgerschulen, 14 Bürgerschulen einschließlich der Freischule.

Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Vereins für Volkshygiene hat auch in diesem Jahre wieder eine sehr anerkennenswerte Tätigkeit entfaltet.

Die Versammlung der Glasleder-Fabrikanten-Fördervereinigter, die wir gestern erwähnten, hat am letzten Sonntag hier im Hotel Palmbaum stattgefunden.

Ueberschwemmung. Kalkutta, 15. September. Reuters Bureau meldet: Die Flüsse Brahmani und Bauslai (Südbengalen) sind ausgetreten und haben 25 Dörfer fortgeschwemmt, wodurch 6000 Personen obdachlos geworden sind.

Vermischtes.

Woher stammt die Bezeichnung 'Zeitungsente'? Zu Anfang des 19. Jahrhunderts, so schreiben die Münchener Neuesten Nachrichten, war es eine Zeilung Modestische geworden, allerlei Mystifikationscherze zu treiben und die unwahrscheinlichsten und abenteuerlichsten Gerichte zu verbreiten. Ein Brüsseler, Namens Cornillien, schrieb damals für das Feuilleton eines Blattes, die Gefährlichkeit der Enten sei unbeforscht. Um festzustellen, wie weit diese Frechheit ginge, habe man zwanzig dieser Tiere zusammengefasst. Eine wurde dann samt Federn und Knochen klein gehackt und von den übrigen neunzehn gierig aufgefressen; eine von den letzteren wurde unmittelbar darauf den übrigen in derselben Weise vorgesetzt und ebenfalls aufgefressen, und so ging es fort, bis nach ziemlich kurzer Zeit nur noch eine Ente übrig war, welche ihre neunzehn Schwestern mit Haut und Haar im Leibe hatte. Diese kleine Geschichte, welche in Brüssel für sehr geistreich galt, machte in kurzer Zeit die Runde durch alle Journale. Zu Beginn der dreißiger Jahre tauchte sie dann in Amerika wieder auf. Der Name 'Zeitungsente' ist seitdem geblieben.

Die Verluste, welche durch Malaria und Schwarzwasserfieber in den deutschen Kolonien unter der weissen Bevölkerung entstehen, sind, wie in der königlichen Zeitung ausgeführt wird, größer als in den blutigsten Schlachten der letzten Kriege, sie sind am schlimmsten in Kamerun, dann folgt fast unmittelbar Togo, während in Ostafrika wenig, aber nicht erheblich bessere Verhältnisse vorliegen. Aus einer amtlichen Liste des Gouvernements Togo ist ersichtlich, daß in den Jahren 1888 bis 31. Juli 1900 von 134 eingetragenen Beamten 27 gestorben, 29 krankheits- halber entlassen oder zum Tropendienst unfähig sind, der Verlust durch das Klima mithin 56 beträgt. In Prozenten ausgedrückt: von 134 Beamten starben 20,15 Prozent, krankheits- halber entlassen oder wegen Tropendienstuntauglichkeit auf Grund ärztlichen Gutachtens nach Hause geschickt wurden 21,5 Prozent. Der Gesamtverlust beträgt 41,7 Prozent. Mit anderen Worten, ungefähr jeder zweite Beamte ist draussen gestorben oder so lebens- gefährlich erkrankt, daß er nach Hause gehen mußte. Auch die überlebenden Beamten leiden, man kann sagen, so gut wie sämtlich an Malariafieber. In Kamerun sind der weissen Bevölkerung der königlichen Zeitung bei etwa 100 Kindern ungefähr 80 Prozent malarialkrank, zu anderen Jahreszeiten wird diese Zahl noch eine höhere sein. In der Zeit vom 1. Juli 1901 bis 30. April dieses Jahres starben von 66 Beamten 8, hiervon 5 an Malaria oder dem verwandten, weil nur nach Malaria auftretenden, Schwarzwasserfieber.

Telegraphische Depeschen.

Privat-Telegramme der Leipziger Volkszeitung. Sozialdemokratischer Parteitag.

B. München, 17. September. Die Verhandlungen werden heute von Vollmar geleitet. Des Starnberger Ausflugs wegen wird nur bis 11 Uhr verhandelt.

Mehger erklärt vor Eintritt in die Tagesordnung, daß sein Widerspruch gegen erhöhte Gewerkschaftsbeiträge auf dem Halberstädter Kongress rein persönlich und nicht namens der Fraktion erfolgt sei. Die gegenwärtige Behauptung Döblins auf dem Buchdruckerkongress sei unmaßgeblich.

Rosenow berichtet über die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion. Er bespricht eingehend den Zolltarif, dessen Zustandekommen die Fraktion mit allen Mitteln zu verhindern suchen werde. Die Fraktion werde am gründlichsten Beratung des Tarifs bestehen.

In der Diskussion werden Anträge verhandelt, die von der Fraktion den Entwurf einer Einführung des Achtstundentags verlangen.

Weiss-Berlin fordert den Achtstundentag im Interesse der Unterführung des Kampfes der Gewerkschaften.

Edmund Fischer-Sachsen meint, der Antrag auf Einführung des Achtstundentages könne in laufender Session unmöglich mehr zur Verhandlung kommen, sei also überflüssig. Prinzipiell sei die Fraktion für den Achtstundentag. Als Änderungsantrag eines Centrumsantrages habe die Fraktion den allgemeinen Achtstundentag verlangt. In den letzten Jahren seien die Schwerinstage verringert worden. Die Sozialdemokraten müßten mit der Geschäftsordnung rechnen; diese mache eine Beratung jetzt unmöglich. Der Achtstundentag sei ausföhrlich, ein Achtstundentag ausföhrlich.

Eichhorn verlangt, daß in der Fraktion mehr für Initiativanträge getan werde; Etatsdebatten könnten zu Gunsten von Initiativanträgen eingeschränkt werden. Der Gesetzentwurf betreffs der Arbeitskammern rufe noch immer unvorhandelt im Schoße der Fraktion. Die Frage der Arbeitskammern sollte einmal auf einem Parteitag verhandelt werden. Der Antrag auf Einführung des Achtstundentages sei bei jetziger Krise doppelt notwendig.

Nachdem Schubert seinen Antrag, für Einführung des Achtstundentages besonders in Staats- und Kommunalbetrieben, im Reichstage und Gemeindeverwaltungen einzutreten, begründet, wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Briefkasten der Redaktion.

Vernichtungs. Sie müssen sich direkt an Sachverständige wenden. Uns sind die Verhältnisse nicht bekannt und können auch durch derartige Auskünfte nicht eine Verantwortung übernehmen, die wir nicht zu tragen vermögen.

Von einigen Verleumdern über Gewerkschaftsversammlungen sind uns in den letzten Tagen wieder Berichte von handwurmartige Ränge zugegangen. Wir sind wir denn immer und immer wieder bitten, sich auf kurze und präcise Berichte zu beschränken. Die Außerachtlassung dieser Bitte verurteilt uns nicht nur die Arbeit der Unarbeit, sondern sie verzögert auch den Abdruck.

Verlag nach Peterabend. Die Wirkung Ihrer Verurteilung auf das Vergehen und Ihre Drohung mit dem Gericht finden Sie an anderer Stelle dieser Nummer.

Ankunft in Rechtsfragen.

Anfragen in Rechtsangelegenheiten ist die letzte Abonnementsquittung beizufügen, sonst bleiben dieselben unbeantwortet.

101. Der neue Hauswirt tritt ohne weiteres in den bisherigen Vertrag ein. Auf eine Mietstilgerung brauchen Sie nicht einzugehen. Sie können vielmehr auf Aufkündigung des bisherigen Vertrages bestehen, bis daß er nach ordnungsmäßiger Aufkündigung abgelassen ist.

St. 47. Da die Forderung in G. entstanden ist, ist das Amtsgericht P. zuständig. Wenn Sie nicht erscheinen und sich auch nicht vertreten lassen, werden Sie verurteilt.

St. 26. 1. Sie können auch jetzt noch Privatklage anstrengen, da die dreimonatliche Verjährungsfrist erst von dem Tage an läuft, an dem Sie Kenntnis von der Verletzung erhalten haben. 2. Die Zeugengebühr gehört mit zu den Gerichtskosten; der nicht vernommene Zeuge erhält aber nur die Gebühr, wenn er vom Gericht geladen war.

St. 57. Der Eilewäter ist für das Kind nicht unterhaltspflichtig, wohl aber seine Frau, die Mutter des Kindes. Sie hat Pfändung an ihrem Eigentum zu gewärtigen.

Briefe müssen richtig frankiert werden!

In letzter Zeit sind uns mehrfach Briefe aus Leipzig und Umgegend zugegangen, die ungenügend frankiert waren. Wir müssen deshalb Strafpfand bezahlen, sofern wir die Briefe annehmen.

Es sei daher hiermit wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Briefe im Leipziger Ortsverkehr und im Nachbarortverkehr bis zum Gewicht von 250 Gramm 6 Pfg., Postkarten im Leipziger Ortsverkehr und im Nachbarortverkehr nur 2 Pfg. kosten.

In den Leipziger Orts- und Nachbarortverkehr sind eingeschlossen die Ortlichkeiten: Abtnandorf, Auenhain, Bnaaldorf, Darned, Böhlig-Ohrenberg, Burghausen, Dölig, Döfen, Gausch, Gbbschelwitz, Großwiederichs, Großschöcher-Windorf, Gumborf, Heilerer Wld., Hohenheide, Kleinwiederichs, Bauer, Leupach, Martkeberg, Mochau, Mückern, Wöllau, Napoleonsstein, Oebich, Rannsdorf, Bodelwitz, Wöllau, Vortitz, Probstheide, Raschwitz, Rückmarsdorf, Schönan, Schönefeld, Seehausen, Stahmeln, Stöckeritz, Stüing, Thelma-Gleuden-Neussch, Wahren, Windmühle Weitenfeld, Zweinandorf.

Mehrfach sind uns auch Frei-Inserate in offenem Convent (mit 2 Pfg.-Marken frankiert) zugegangen. Diese Briefe müssen gleichfalls mit 2 Pfg.-Marken frankiert werden.

Redaktion und Expedition.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Mittwoch den 17. September: 241. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, grün): Hoffmanns Erzählungen.

Phantastische Oper in einem Vorspiel, 3 Akten und einem Nachspiel mit Benutzung von E. T. A. Hoffmanns Novellen von Jules Barbier. Musik von Jacques Offenbach.

Regie: Ober-Regisseur Goldberg. — Direction: Kapellmeister Vogel.

Vorspiel: In Buttlers Keller.

Hoffmann Hr. Moers Nathanael Hr. Scholz

Niklaus Fr. Samel Hermann Hr. Werth

Lutter Hr. Fricke Studenten. Bürger.

1. Akt: Olympia.

Hoffmann Hr. Moers Epalanzoni Hr. Rinze

Niklaus Fr. Samel Cosenille Hr. Marion

Olympia Fr. Untsch Coppelinus Hr. Rapp

2. Akt: Giulietta.

Hoffmann Hr. Moers Dapertutto Hr. Schelper

Niklaus Fr. Samel Schlemml Hr. C. Groß

Giulietta Fr. Andor Blüthnaco Hr. Werth

3. Akt: Antonia.

Hoffmann Hr. Moers Franz Hr. Marion

Niklaus Fr. Samel Doktor Mrazek Hr. Schütz

Antonia Fr. Seibe Elise Stimme Fr. Sengern

Creisel Hr. Fricke Studenten. Bürger.

Nachspiel: In Buttlers Keller.

Hoffmann Hr. Moers Nathanael Hr. Scholz

Niklaus Fr. Samel Hermann Hr. Werth

Lutter Hr. Fricke Studenten. Bürger.

Pausen nach dem 1. und 2. Akt.

Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7/8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Opern-Preise.

Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10-3 Uhr. Billet-Verkauf für den nächsten Tag von 1-3 Uhr. (Jedes Billet, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 30 Pfg. Aufgeld.)

Spielplan: Donnerstag: Zum erstenmal wiederholt: Der Meister von Palmyra. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Wda. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Neu einstudiert: Maria Stuart. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Mittwoch den 17. September: 2. vollständige Vorstellung zu halben Preisen.

Robt und Schwert.

Historisches Lustspiel in 5 Akten von Karl Gutzkow.

Regie: Ober-Regisseur Weibner.

Friedrich Wilhelm I., König von Preußen, der Vater Friedrichs des Großen Hr. Rennow

Die Königin, seine Gemahlin Fr. Schilling

Prinzessin Wilhelmine, ihre Tochter Fr. Wricke

Der Erbprinz von Bayreuth Hr. Wolfner

General von Grumbkow Hr. Adobeling

Graf Schwerin Hr. Heyse

Graf Wartenstein Hr. Wolf

Graf Erdendorff, Kaiserlicher Gesandter Hr. Demme

Mitter Gottham, großbritannischer Gesandter Hr. Schuy

Frau von Blered Fr. Kunzschmann

Frau von Holzendorf Fr. Huth

Fräulein von Sonnfeld, Dame der Prinzessin Fr. Jureberg

Gebmann, Kammerdiener des Königs Hr. Duth

Edhof, Wrenadler Hr. Walter

Ein Kavalier des Königs Hr. Scholz

Kamte, Kammerdiener der Königin Hr. Schröder

Ort der Handlung: Das königliche Schloß zu Berlin.

Pausen nach dem 3. Akt.

Einlaß 7/8 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Halbe Preise.

Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10-3 Uhr. Billet-Verkauf für den nächsten Tag von 1-3 Uhr an der Tages-

Kasse (mit Aufgeld von 30 Pfg. pro Billet).

Spielplan: Donnerstag: Wiener Blut. Anfang 7/8 Uhr. — Freitag: Neu einstudiert: Die berühmte Frau. Anfang 7/8 Uhr. — Sonnabend: Unsere Don Juans. Anfang 7/8 Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Dir.: Anton Pavemann. Sophienstr. 19.

Nachdruck verboten. Nachdruck verboten.

Mittwoch den 17. September: 1. Mittwoch-Abonnement.

Novität: Liliott. Novität: Historisches Lustspiel in 4 Akten von Stobber.

In Scene: geleitet von den Oberregisseuren Gagliini.

Ludwig XIV., König von Frankreich Ernst Bornstedt

Philipp, Herzog von Orleans, dessen Bruder Volker Wehnert

Elisabeth Charlotte, des letzteren Gemahlin Margarete Frey

Marquise von Montespan Martha Fernoff

Madame Scarron, spätere Marquise von Maintenon Agnes Wenthaus

Renor von Rathshausen, Elisabeths Hof- Julia Siegert

Graf Harting Max Brückner
Marschallin Granaul, Oberintendantin des
bergoalichen Hofstaates
Graf Kaajan Elisabeth Anders
Baron d'Auray Georg Oltmay
Chevalier Pontigny Hans Bredow
Graf La Garbe Armand Favre
Chevalier von Lorraine Artur von Gerny
Lacroix, Haushofmeister des Herzogs Emil Bartholomä
Rüchenschel Hans Köhler
Beschlischerin Wilhelm Werthold
Garberobière Martha John
Dubois, Schenkwirt Elise Wernow
Lisson Jean Hofmann
Telfot Bernh. Widenhain
Telnurter Albert Witz
Marais Georg Wittmann
Mabelon, seine Tochter Emil Wirth
Tempf, ein Stroich Anni Weichsky
Kammerherr Robert Forch
 Karl Engelshmidt

Herrn und Damen, Gesolge, Wagen, Lakaien und Stroiche. Das Stück spielt im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts, teils im Schlosse St. Germain, teils in Paris und teils in Versailles.

Längere Pause nach dem 2. Akt. Anfang 7 1/2 Uhr. Pausenöffnung 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Vorverkauf und Verkauf von Tagesbillets bei H. N. Coppelius, Cigarren-Import, Petersstraße 15. — Die Tageskasse im Theater ist täglich geöffnet von 10-2 Uhr, Sonntags von 11-2 Uhr. — Wons haben zu allen Vorstellungen in der Woche Gültigkeit, Abonnementstümen zu jederzeit eröffnet werden.

Spielplan: Donnerstag: Der Probekandidat. — Freitag: Nislot. — Sonnabend: Paul Lange und Lora Parsberg. — Sonntag: Der Probekandidat.

Preise der Plätze.

Die Preise in 1. Rubrik sind Kassenpreise, in 2. Abonnements-Preise und in 3. Preise für Dupendbillets im freien, nicht an den Tag gebundenen Abonnement.

Table with 4 columns: Category, Price 1, Price 2, Price 3. Includes rows for Parterre, I. Parterre, II. Parterre, etc.

Veranlassungskalender.

Mittwoch: Drechsler, Piers, Windmühlstraße. Abends 7/8 Uhr.

Rüchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Donnerstag: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Saure Kartoffelstück, mit Schweinefleisch. Speiseanstalt II (Rosenthalstraße): Grüne Erbsen mit Schwarzwäldel.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Dienstag den 16. September 1902. (Mitgeteilt von Gebr. Glass.)

Table with 3 columns: Commodity, Unit, Price. Includes rows for Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, etc.

Table with 3 columns: Commodity, Unit, Price. Includes rows for Oelant, Rapskuchen, Erbsen, Bohnen, Kleesaat, etc.

Die Mühlen und Møhlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren: Weizenmehl Nr. 00 23,50. Roggenmehl Nr. 0 I 21,50. por 100 kg " 0 21,00-22,00 per 100 kg " I 19,00-19,50 exkl. Sack " II 14,00-14,50 exkl. Sack " II 17-17,50M. Roggenkleie Mk. 10,75-11,25 per Weizenschalen 9,50-10,00M. 100 kg. exkl. Sack

Filialen der Leipziger Volkszeitung.

- Leipzig: Frau Helene Bauer, Albersstraße 12, p. S. Vorleis, Markthallenstraße 12, p. Henriette Dingelbein, Markt 10 (Kaufhalle). A.-Rüger: Herr W. Schürmer, Weidenauerstraße 25, p. S. Nisch, Eichhornstraße 12. A.-Gutrich: Restaurant Hoyer, Schönefelder Str. 12. A.-Wohls, Restaurant Wundschhof, Obere Georgstraße. A.-Kleinshocher: Herr W. Bobbig (Barbiergeschäft). A.-Lindenau: Herr H. Polzand, Gutsmuthsstraße 7. Frau M. Wehmann, Wisnarsstraße 40. A.-Rüger: Herr F. Stöbe, Wehmannstraße 1. A.-Rüger: Herr W. Fricke, Eisenbahnstraße 25, p. Herr A. Jacob, Eisenbahnstraße 27. A.-Rüger: Herr W. Fricke, Marktstraße 41, p. A.-Blagwitz: R. Schütz, Cigarngeschäft, Schmeidestraße 15 (Ede Schöcherstraße). A.-Seserhausen: Herr S. Thiele, Wurzenener Straße 80, p. A.-Zschonberg: Herr Oskar Petzsch, Reichenhainer Str. 84. A.-Volkmarshausen: Herr W. Rüger, Lorgauer Str. 7 (Ede Ewaldstraße). A.-Reudnitz: W. Köhler, Kreuzstraße 37. Restaurant Schöber, Kronprinzstraße 6, p. Herr F. Otto, Gauschstraße 43, p. S. Wollig, Wurzenener Straße 5, p. A.-Reudnitz o. Z.: Herr Hipp, Obere Mühlstraße 21.

Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei sämtlichen Aussträgern abgeholt werden.

Sozialdemokratischer Verein Leipzig-Ost.

Organisation zur Förderung der Verbindungen des Sozialdemokratischen Partei-Veranstaltungen alle 4 Wochen. — Wöchentlicher Beitrag 10 Pfg. Nicht aller sozialdemokratisch gekennnten Einwohner im Osten Leipzigs ist es dem Verein als Mitglied anzuschließen. Aufnahme von Mitgliedern in den Verbindungen. Anmeldungen nimmt entgegen: Julius Schöner, Gauschstraße 18, 1. Stock.

Die Angst vor der Politik.

Ein eigentümliches Charakteristikum der Mietervereine ist die Angst vor der Politik. In keiner anderen, wirtschaftlichen Interessen vertretenden Organisation ist die Angst vor der Politik eine so große und wird die Neutralität so sehr betont, wie gerade in den Mietervereinen. Und wenn eine Behauptung des Hausagrarierverbandes stark übertrieben ist, so ist es die: in den Mietervereinen machten sich sozialdemokratische Tendenzen geltend. Davon sind diese Vereine weit, weit entfernt, wie es denselben überhaupt an einer klaren, zielbewussten Politik mangelt. Darauf ist es unseres Erachtens auch wesentlich zurückzuführen, daß die Mietervereinsbewegung nicht recht vorwärts kommen will. Man sollte meinen, angesichts der Wohnungsnot, unter der in Deutschland Millionen von kleinen Leuten in Stadt und Land leiden, müßte die Mietervereinsbewegung mit einer der stärksten sein. Das Gegenteil ist der Fall. Die große Masse der Arbeiter wie der übrigen von der Hand in den Mund lebenden und von den Hausagrarierern am meisten ausgebeuteten wachsenden Bevölkerung steht der Mietervereinsbewegung teilnahmslos gegenüber. Denn vor zwei Jahren in Leipzig gegründeten Verband deutscher Mietervereine gehören zur Zeit 84 Vereine mit insgesamt rund 13 000 Mitgliedern an. Ein kleines Häuflein, wenn man die Macht des Haus- und Grundbesitzerverbandes gegenüber stellt. Diese Machtlosigkeit des Mieterverbandes tritt noch deutlicher zu Tage, wenn man einen Blick auf die Massenverhältnisse wirft. Im abgelaufenen Jahr betrugen die Gesamteinnahmen des Verbandes 698 Mark, die Ausgaben 643 Mark, das Gesamtvermögen also 55 Mark, wozu noch ein Sparfahrsbuch von — 22 Pf. kommt! Mangel an Geld, keine sozialdemokratische Wahlvereine hat eine größere Jahreseinnahme. Dieser finanziellen Schwäche entspricht auch die ganze Aktionsfähigkeit des Verbandes. Sie war im abgelaufenen Jahre gleich Null. Die Hauptaufgabe, die der Verband leitend vom vorjährigen Verbandstag in Erfurt übertragen wurde: Die Formulierung der Forderungen der Mietervereine an den Staat, blieb unerledigt.

Im allgemeinen hat ja der diesmalige Verbandstag einen bedeutend friedlicheren und sachlicheren Verlauf genommen, wie der vorjährige. In Erfurt drehten sich die Verhandlungen hauptsächlich um die Formulierung der Forderungen der Mietervereine an die Gemeinden, und die Frage der Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen. Gerade zu letzterer Frage nahm der Verbandstag einen so eigentümlichen Standpunkt ein, daß Genosse Schulz in Magdeburg alle Luft an der weiteren Mitarbeit verlor und später in der Magdeburger Volksstimme schrieb: „Mit dem Beschluß des Verbandstages (bei Stadtverordnetenwahlen den örtlichen Organisationen Aktionsfreiheit zu lassen, d. h. unter Umständen auch die Sozialdemokratie, obwohl sie bekanntlich für die weitgehendste Wohnungsreform eintritt, bekämpfen zu dürfen. D. W.) sind die Mietervereine den kleinlichen lokalen Fraktionen und Interessengruppen ausgeliefert, wodurch die Desorganisation der Mietervereine sehr bald ebenso herbeigeführt werden wird, wie dies in Erfurt der Fall war.“ In Frankfurt waren die Delegierten nicht vor solche principiellen Erörterungen gestellt, doch zeigte sich auch hier die politische und Interessengegenwärtigkeit, wo die Politik auch nur gestreift wurde. Als der Landtagsabgeordnete Genosse Walter-Noburg einmal seiner Meinung dahin Ausdruck gab, daß alle Wohnungsreform nur Stückwerk sei, da in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Wohnungsnot nicht beseitigt werden könne, da erhoben sich sofort einige Stützen dieser Gesellschaftsordnung und erklärten, solche Anschauungen sollte man auf dem Mieterverbandstage doch besser nicht äußern, denn darüber gingen die Meinungen zu sehr auseinander.

Welche Angst man in diesen Kreisen vor der Politik hat, zeigte deutlich die Behandlung der Resolution des Verbandstages von Hofenstein-Ernstthal. Dieser beantragte: „Der Verbandstag möge gegen jede Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel und Baumaterialien protestieren. Der Verbandsvorsitzende hat, an den Reichskanzler und den deutschen Reichstag eine Petition abzugeben, in der der Reichstag ersucht wird, von jeder Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel und Baumaterialien Abstand zu nehmen, da durch teureres Baumaterial die Wohnungsnot nicht beseitigt, sondern eine noch viel größere Ausdehnung erfahren muß; ferner, da durch die Lebensmittelverteuerung auch nicht im mindesten die Gesundheit gefördert, sondern erheblich geschädigt wird, weil durch notwendige Maßnahmen die Mieter gezwungen werden, billigere und schlechtere Wohnungen aufzusuchen.“

Diese Resolution ist gewiß zeitgemäß und entspricht auch durchaus den Interessen der Mieter. Trotzdem wurde dieselbe von einer Reihe von Verbandsvertretern heftig bekämpft und zwar mit der Motivierung, die Zollfrage sei eine politische Frage und gehöre deshalb nicht in die Mietervereine. Der Vertreter von Nasse, ein Oberlehrer, wünschte sogar Uebergang zur Tagesordnung. Demgegenüber wies die paar Sozialdemokraten, die auf dem Verbandstag waren, auf die eminente Wichtigkeit der Resolution hin und bezeichneten es geradezu als eine Ehrenpflicht, daß der Verbandstag dieselbe annehme. Sie führten aus, daß es sich bei der Zollpolitik um keine Frage der Parteipolitik, sondern um eine Wirtschafts- und Lebensfrage des deutschen Volkes handle, zu der bereits eine ganze Reihe von städtischen Behörden und Korporationen Stellung genommen hat. Es wäre Hamamel für den Mieterverband, wenn er es unterließe, Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Die Mehrheit des Verbandstages zeigte erfreulicherweise denn auch soviel Verständnis, daß sie der Resolution zustimmte. Hauptächlich die sachlich-hüringischen Vertreter, deren Vereine sich zum größten Teile aus Arbeitern rekrutieren, stimmten für die Resolution; nur der Vertreter von Dresden, als des größten Vereins, erhielt sich bewauerlichweise der Zustimmung.

Angesichts der fochsen, an Junkerfamilien erinnernden Vertreter des Hausagrarierverbandes seine Interessen wahrnimmt und nicht nur zu jeder wirtschaftspolitischen Frage Stellung nimmt, sondern, genau wie die Ostelbier, an die Regierung auch weitgehende Forderungen stellt und ihr Vorkhalt macht, wenn sie sich nicht willfährig zeigt, muß man sich wirklich über die übergrößen Selbstbeherrschung und Zurückhaltung wundern, die die Mietervereinsvertreter vor der Erörterung politischer Fragen haben.

Noch bei einer anderen Gelegenheit trat die politische Angstlichkeit und Rückständigkeit vieler Mietervereinsvertreter klar zu Tage. Von dem bekannten Bodenreformer Damasko-Berlin war der Antrag gestellt worden: „Der Verbandstag wolle beschließen, daß alle politisch und religiös-neutralen Vereine Aufnahme finden, die erklären, auf dem Boden des Verbandes zu stehen und seine Satzungen als bindend anzuerkennen.“ Anlaß zu diesem Antrag hatte der Umstand gegeben, daß die Ortsgruppe Wrobitz des Bundes der Bodenreformer um Aufnahme in den Verband nachgesucht hatte, aber vom Verbandsvorstand abgewiesen worden war. Damasko meinte, es bedeute ein gut Stück Zukunft des Verbandes, wenn ein toleranterer, toleranterer Standpunkt in der Beurteilung der Aufnahmebereitschaft Platz greife; der Verbandstag war aber anderer Meinung, er beschloß eine Ueberweisung der bodenreformerspezifischen Bestrebungen und lehnte den Antrag ab. Diese Kenglichkeit und Engherzigkeit gegenüber den Bodenreformern ist um so merkwürdiger, als man voriges Jahr in Erfurt bei Aufstellung des Kommunalprogramms sich im wesentlichen an die Forderungen der Bodenreformer angelehnt hat. Die Bodenreformvereine sollen ihre Namen ändern, sie sollen sich Mietervereine nennen, dann würden sie in den Verband

aufgenommen, meinte ein naiver Redner. Als ob dann der Geist dieser Vereine nicht der gleiche bliebe!

Man braucht kein begeisterter Anhänger der Bodenreformer zu sein — und wir sind es auch nicht, weil wir der Meinung sind, daß sie in der Beurteilung der Schäden unseres Gesellschaftslebens einen zu kurzfristigen Standpunkt vertreten und alles Heil von einer Bodenreform erwarten, während wir den Kapitalismus in jeder Form bekämpfen — aber man soll auch keinen so engherzigen Standpunkt ihnen gegenüber einnehmen, wie es der Mieterverband gethan hat, denn zweifellos tragen sie durch ihre Agitation mit zur Revolutionierung der Masse und Geistes bei, mehr als wie viele Mietervereine. Aus organisatorischen Gründen bedauern wir es deshalb auch, daß der Verbandstag den Damaskoschen Antrag abgelehnt hat, denn es zeugt immer von großer Kurzsichtigkeit, durch eine Negationspolitik eine Bewegung niederhalten zu wollen. Wie nun, wenn die Bodenreformer en masse den Mietervereinen beitreten, und so ihr „Zerstörungswerk“ beginnen? Jener Beschluß des Frankfurter Verbandstages steht auf derselben Höhe, wie die in Kreuznach bekundete Intoleranz gegenüber den „sozialistischen“ Konsumvereinen. Hier wie dort hat kleinliche Kenglichkeit das Streben nach Fortschritt unterdrückt. Unseres Erachtens wäre es überhaupt sehr an der Zeit, wenn die Mietervereine eine Revision ihrer Satzungen nach der Richtung hin vornehmen würden, daß sie sich statt Mietervereine Wohnungsreformvereine nennen, denn die Wohnungsreform soll doch das Ziel der Mietervereine sein. Auf dieser Basis ließe sich dann auch ein klareres Programm aufstellen und eine Einigung aller jener Bestrebungen erzielen, die auf eine Wohnungsreform hinarbeiten. Zweifellos würde damit auch sehr bald ein anderer Geist in die Mietervereine einziehen, und ein Verband auf dieser Grundlage, ein Verband deutscher Wohnungsreformer, in sich schließend fortschrittlich gestimmte Mietervereine, Bodenreformer, Anhänger des Vereins Reichswohnungsreform z. z., würden dem Hausagrarierverband gegenüber sehr bald eine andere Machtposition einnehmen, als wie heute der Mieterverband mit seinen paar Hundert Mitgliedern und seiner leeren Kasse. Freilich ist die Grundbedingung für die Existenzfähigkeit eines solchen Verbandes politische Grundgesamtheit. Mit der Scheu vor der Politik kommt man nicht weit, das beweisen die Mietervereine. Heutzutage hilft nicht bloßes Mundspitzen; heute muß gepuffen werden, und zwar so laut, daß unseren Nachbarn die Ohren gellen.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 13. September.

Unzüchtige Postkarten hat der Photograph J. Aug. Heber hier auf der Messe angefertigt und dem Postkartenhändler Ernst Robert Fischer zum Vertrieb übergeben. Beide haben sich nun in Gemeinschaft mit der Wäscherin und jetzigen Prostituierten Helene Auguste Renner, die bei der Herstellung der Karten als Modell diente, wegen Vergehens gegen § 134 des Str.-G.-B. zu verantworten. Heber ist außerdem wegen Verleumdung angeklagt, weil er in das Hotel gelocktes Mädchen im Evaskostüm gegen ihren ausdrücklichen Willen photographieren wollte. Nach der unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung wurde S. unter Anrechnung von zwei Wochen der Untersuchungshaft zu 4 Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrenrechtsverlust, F. ebenfalls unter Anrechnung von zwei Wochen zu 3 Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrenrechtsverlust und die R. mit der Anrechnung derselben Untersuchungshaft zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Karten, acht verschiedene Kollektionen, und die Platten werden zwecks Vernichtung eingezogen.

Die aufsehnliche Summe von 7993 Mark in der Zeit von Anfang 1901 bis 1. Juli 1902 in einzelnen Beträgen als Reisender in dem Buttergeschäft von Wader unterschlagen zu haben, kann sich der 45 Jahre alte aus Leipzig gebürtige, bereits mit Zuchthaus wegen Diebstahls bestrafte Friedrich Eugen Witter rühmen. Er war mit einem Monatsgehalt von 110 Mark seit etwa 2 1/2 Jahren angestellt und befah in der bejagten Zeit Infaßvollmacht. Er räumt nur die Summe von etwa 3000 Mark als unterschlagen ein; die anderen fehlenden Gelder habe er im Geschäftsinteresse verwendet, aber er könne auch keine Erklärung geben, wohin sie gekommen seien. Auf Vorhalt räumt W. ein, daß die Summe nicht nur höher sei, sondern daß er damit teilweise teure Liebchaften unterhalten habe. Der Zeuge Wader bekundet, daß die unterschlagene Summe wahrscheinlich 15 000 Mark betrage, aber er könne es nicht zahlenmäßig beweisen, worauf der Vorsitzende Zweifel an der exakten Buchführung im Waderschen Geschäft äußert, sonst konnte W. nicht seine Unterschleife so lange Zeit fortsetzen und die Summe eine solche Höhe annehmen. Wader erklärt dies durch den Umfang seines Geschäfts und auch damit, daß Witter falsche Eintragungen in die Bücher gemacht habe. Das Urteil lautet unter Anrechnung von sechs Wochen der Untersuchungshaft auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrenrechtsverlust.

Diebstahl im Rickfalle. Kaum hatte die noch jugendliche Marie Anna Borovial im März dieses Jahres das Zuchthaus verlassen, wo sie wegen Diebstahls eine lange Strafe verbüßt hat, als sie gleich wieder ihre alten Requirata forschte und, wo sie sich eingemietet hatte, den Zimmergenossinnen Kleider und Wäsche stahl, um damit zu verschwinden. Es werden ihr eine Reihe solcher Diebstähle zur Last gelegt; doch kann ihr nur einer bewiesen werden, den sie auch selbst einräumt. Unter Ausschluß mildernder Umstände und Anrechnung von sechs Wochen der Untersuchungshaft wird die B. zu einem Jahre drei Monaten Zuchthaus, sowie Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Gemeinde-Zeitung.

Stütz. (Gemeinderatsitzung vom 5. September.) Die Gemeinderäte sind vollständig erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gebt der Vorsitzende in warmen Worten des so pöblich verstorbenen Schulmanns Winkler, er bittet die Vertreter, dem Verstorbenen die letzte Ehre anzudeuten zu lassen. Der erste Punkt der Tagesordnung, Haushaltsplan, wird, nachdem dieser vorgelesen, auf 14 Tage vertagt. Der Haushaltsplan soll, um eine gründliche Besprechung zu ermöglichen, als alleiniger Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden. Ein Antrag, Errichtung eines Gewerbeschlichtgerichts betr., wird bei der Amtshauptmannschaft im Sinne der Antragsteller einstimmig beschlüsselt. Ein Antrag von Turnverein Stütz um Mitbenutzung der neuen Schulküche wird, da dies Gesicht, in das Ressort des Schulvorstandes gehört, an die Geschulstelle zurückgeschickt. Von Seiten der unangefesenen Vertreter werden die Herren aus dem Schulvorstand ersucht, sich

dieses Gesuches warm annehmen zu wollen. Die Neuordnung der Straßenschilder und Hausnummern wird der Baukommission überwiefen. Nach Erlebigung dieser, die Öffentlichkeit weniger interessierenden Punkte, erfolgte Schluß der Sitzung. — (Sitzung vom 12. September.) Die Vertreter sind vollständig erschienen. Zur Tagesordnung stehen nur zwei Punkte, Anstellung eines zweiten Schulmanns und Baukommission betr. Nach reger Aussprache kam man überein, den Schulmannsposten getrennt vom Begehrter und Totengräberposten zu halten. Die Ausschreibung der Schulmannsstelle soll umgehend erfolgen. Der Anfangsgehalt beträgt 1000 Mark. Für den Posten eines Totengräbers und Begehrter werden 800 Mark als Anfangsgehalt angesetzt. Auch diese Stelle wird ausgeschrieben. Der Punkt Baukommission wird dahin erledigt, jezt in keine Forderung eingutreten, sondern die Neuwahl der Kommission bei Beginn des neuen Jahres vorzunehmen. Nachdem noch § 8 des Schulmannsvertrags abgeändert, erfolgte Schluß der Sitzung.

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 50. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir heroor: Ein freisinniger Staatsstreik. Galien, Reiseindrücke und Studien von J. Karst. II. Ueber den geistigen Zustand Englands. Von M. Beer. Krankenversicherung und Krankenloosenschwandel. Von S. Mattutat. Hamburger Kommunalpolitik. Von Ludwig Rabloff. Wirtschaftliche Umschau. Von Heinrich Simon. Litterarische Rundschau: G. Füllenhäuser, Die Wohnungsfrage mit besonderer Berücksichtigung der Stuttgarter Verhältnisse. Von C. Hugo. Notizen: Zur Frage der Arbeitslosenversicherung. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die Neue Zeit unter Nr. 6389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vermischtes.

Preussische Poppträger. Ein eigenartiges Kulturbild aus dem Osten des preussischen Staates zeichnet der Regierungspräsident in Gumbinnen in einem Erlasse über die Verbreitung des Weichselzopfes. Es heißt in dem Erlasse: „Durch eine Zählung ist festgestellt worden, daß in Preußen noch über 6500 Weichselzopfräger existieren. Der Zahl der Weichselzopfräger nach steht der Regierungsbezirk Posen mit 2507 an der Spitze, es folgen Bromberg mit 1858 und Marienwerder mit 1354, Danzig mit 250 und Königsberg mit 156, während in den übrigen Regierungsbezirken Weichselzopf nur sporadisch nachzuweisen war. Wie es in der Natur der Sache liegt, kommt der Weichselzopf bei weitem häufiger bei Frauen als bei Männern vor; es stehen 5779 weiblichen 734 männliche Weichselzopfräger gegenüber. Das lange Haar der Frauen neigt eben leichter zur Verfilzung als das meist kurz gehaltene Haar der Männer. Ueber die Natur des Leidens herrscht unter den Ärzten, welche Weichselzopf zu beobachten Gelegenheit hatten, heute mit wenigen Ausnahmen nur eine Ansicht, nämlich die, daß der Weichselzopf keine Krankheit, sondern lediglich die Folge von Unsauberkeit und mangelnder Haarpflege ist. Eine große Rolle bei der Entstehung des Weichselzopfes spielen abergläubische Vorstellungen, mögen dieselben direkt die Patienten zu einer Vernachlässigung der Haarpflege veranlassen oder erst nachträglich als Erklärung, vielleicht auch als Entschuldigung herangezogen werden. Dieser Aberglaube ist auch vielfach die Ursache gewesen, daß die Kranken ihr Leiden zu verheimlichen suchten und dadurch den amtlichen Nachforschungen nicht selten erhebliche Schwierigkeiten bereiteten. Nüher für die Ärzte ist hier in erster Linie für Lehrer und Geistliche ein reiches Feld, auf dem sie durch Belehrung des in Aberglauben gefangen gehaltenen Volkes Segen stiften könnten. Leider giebt es jedoch Geistliche (1), welche das Volk über den Weichselzopf nicht nur nicht aufklären, sondern sogar in seinem Aberglauben noch unterstützen. Wo ärztliche Hilfe sich auf einfache Verordnungen beschränkt, hat sie natürlich wenig Erfolg; wo dagegen, wie dies allgemein in Krankenhäusern geschieht, der Zopf einfach abgeschnitten und gegen etwa vorhandene Ekzeme oder Kopparastiten mit Seife und geeigneten Salben vorgegangen wird, da hat die ärztliche Hilfe auch Erfolg. Der allgemeinen Durchführung dieses ebenso einfacher wie rationalen Verfahrens entgegen aber die größten Hindernisse aus dem abergläubischen Nimbus, der dem Weichselzopf noch anhaftet. Dieser durch Belehrung des Volkes zu zerstören, ist aber nicht allein Sache der Ärzte, sondern Pflicht jedes Gebildeten, der mit dem niederen Volke in Verbindung kommt, vornehmlich der Geistlichen und Lehrer. Nur durch die Ausrottung des Aberglaubens wird es gelingen, auch den Osten Preußens von dem ebenso häßlichen wie vermeidbaren Weichselzopf zu säubern.“ Nach diesen Feststellungen kann es lange währen, ehe es in manchen Bezirken des Ostens nicht wird, zumal wenn man bedenkt, welchen Einfluß die Geistlichkeit dort hat.

Eine Auszeichnung für besonders bewährte Lehrerinnen hat kürzlich der Kultusminister geschossen. Es soll ihnen nämlich bei ihrem Ausscheiden aus dem Dienste auf Antrag der städtischen Unterrichtsverwaltung ein in Farbendruck hergestelltes Bild der Kaiserin, mit deren facsimilierter Unterschrift überreicht werden. Dazu bemerkt die Kreuzzeitung:

Wir finden es nicht mehr als recht und billig, wenn für Lehrerinnen, wie überhaupt für weibliche Beamte eine Auszeichnung eingeführt wird. Aber da die Frauen als Beamte unseres Wissens sich durch Fleiß und Pflichttreue zum mindesten ebenso zu bewähren pflegen wie die Männer, so sehen wir nicht ein, weshalb ihnen bisher die Orden grundsätzlich vorenthalten worden sind. Es giebt in Preußen einige Orden, die sich ohne weiteres zur Verleihung an weibliche Beamte eignen.

Wir glauben, die Lehrerinnen würden ihre Gleichstellung mit den Lehrern am liebsten durch Gleichwertigkeit ihrer Arbeitskraft anerkannt sehen. Und eine Gehaltszulage als Verdienstprämie würden sie wohl mit frohlicherem Blick in Empfang nehmen als ein — Bild.

Humoristisches.

Spekulativ. „Sag, Hannes, was fangen die denn mit den zwei Eiern an, die haben den Mokka, da können wir sie nicht mehr verkaufen!“ — „Um — weilt was, Jürgen, geh auf die Straße, wo die vielen Stadtherrn mit ihren Automobilen daher kommen, und laß f'überfahren — die müssen dann unbedingt Mokka!“

Jeder erhält Kredit. — Kleinste Anzahlung.

Abzahlung!

1 Wohnungs-Einrichtung für 1 Zimmer 98 Mk., Anzahlung 10 Mk., wöchentlich 1 Mk.
 1 Wohnungs-Einrichtung für 2 Zimmer 195 Mk., Anzahlung 20 Mk., wöchentlich 2 Mk.
 1 Wohnungs-Einrichtung für 3 Zimmer 300 Mk., Anzahlung 30 Mk., wöchentlich 3 Mk.
 1 Wohnungs-Einrichtung für 4 Zimmer 398 Mk., Anzahlung 40 Mk., wöchentlich 4 Mk.

Bettstellen u. Matratzen, Sofas, Divans, Kleiderschränke, Vertikos, Schreibtische, Buffets, Kinderwagen, Uhren

Anzahlung von 5 Mark an.

Herren- u. Knaben-Anzüge, Ueberzieher, Manufakturwaren, Damen-Konfektion, Kleiderstoffe, Bettzeuge, Gardinen, Teppiche, Portiären etc.

in grosser Auswahl.

S. Osswald, Königsplatz Nr. 7, 1 Treppe gegenüber der Markthalle.

Waren-Kredit-Geschäft

[8894

Während der Messe Sonntags geöffnet.

Möbel-Ausstattungs-Haus Hermann Fontius

(Gohliser Möbelhalle)

Leipzig-Gohlis

Neben der roten Schule, Neuhäuser Gasse Straße 106

Neben dem Würzburger Hof, Neuhäuser Gasse Straße 106

gestaltet sich, **Brant-Ausstattungen, Zimmer-Einrichtungen,** sowie einzelner Möbelstücke in freundliche Erinnerung zu bringen. — Große Auswahl. Aufmerksamkeit und preiswerte Bedienung. Langjährige Garantie. Preisliste gratis u. franko. Freier Transport für Leipzig u. 10 Stunden im Umkreis. Eig. Tapezierer- u. Tischler-Werkstatt. **Während der Messe Sonntags geöffnet.**

Schuhwaren.

Auf dem Fleischerplatz
Bromenadenstraße 7882
Bude 66
kaufen Sie Ihre Schuhwaren billiger
Bude 66. Bude 66.

Möbel
erhält man jetzt zu billigsten Preisen bei
H. Dietrich
Tischlermeister [2880]
Lindenau, Merseburger Str. 83.

Sämtliche Rohtabake
zur Cigarrenfabrikation empfehlen in besserer Ware zu billigen Preisen
W. Schmidt & Co.
vorm. Oswald Seydel
Rohtabak-Handlung
Leipzig, Holzstraße 17.

Gummi-Waren
Carl Klose [7005]
Leipzig, Brühl Nr. 5.
Prämiiert mit gold. Medaille.
Kraft-Rotwein
Für Intarmer und Kranken
ärztlich empfohlen
Flasche 1,00 und 2,10 M.,
täglich in allen
Apotheken, Drogen- u. Delikatesshandl.
empfehlen **Dr. von Walck.**

Kaffee-Abschlag
nur in Holland!
Holland.-Compagnie
für Java-Kaffee-Export
Maastrecht 138 Holland
versend. Postcolln von 10 Pfd.
schonen, garantiert feinsten,
frisch gebrannten [7578]
Holland Java-Kaffee
gegen Nachnahme von Mk. 9
verzollt franco ins Haus.
NB. In Deutschland ist der Laden-
preis für gleiche Qualität min-
destens Mk. 1.40 per Pfund.
Kartoffeln, mehr. u. wohlschm., 7 Pfd.
18 S. Weisse, Verf. St. 6, Gede Wülfcherstr.

**Leipziger Buchdruckerei
Aktiengesellschaft.**
Stets vorrätig:
**Illustrirter
Neue Welt-Kalender**
für das Jahr 1903.
Siebenundzwanzigster Jahrgang.
Preis 40 Pfg.
Bei Einzelverkauf bitten wir um Entsendung
des Betrages nach 10 Pfennig für Porto im
deutschen Reichsgebiet.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
Alle Anträge der Volksgelung nehmen Bestellungen an.
Billards, neue u. gebrauchte Bill.,
A. Immisch, Gumboldstr. 7.
Kartoffel-Ausgabe.
Welche Kartoffeln werden täglich aus-
gegeben an der Merseburger Straße über
der zweiten Bahn. Heute 80 Pfd.
[8304] **Rittergut Gundorf.**
Kartoffel-Ausgabe.
Große weiße am Tauchaer Wege,
G.-Gohlis.
Alwin Neumann.
Vogelfutter
Märck, Samenhandl., Lind., Markt 2.

Die Austräger
d. Leipz. Volkszeitung
besorgen
die Wochenchrift:
In freien Stunden.
Romane, Erzählungen
für das
arbeitende Volk.
à Heft 10 Pfg.

**Cigarren, Cigaretten
Kautabak (Genossenschaft)**
empfehlen **E. Poppe, Lindenau**
[220] Merseburger Str., a. d. Ratswaache.
**Weisskraut und
Wirsingkohl**
in großen feilen röhren, Spelsemöhren,
feine weiße Spelsetartoffeln verkauft zu
billigsten Tagespreisen ab Hof u. frei Haus
**Oekonomieverwaltung
der Leipz. Westend-Baugesellschaft**
L. Lindemann, Bübener Str. 104.
Frischen Schellfisch
Pfund 15 Pfg.
empfehlen **Robert Funke**
5008] Lind., Gede Quind u. Weithnerstr.

Käufe und Verkäufe.
Barbiorgeschäft, Vorort Leipzig,
beste Lage, gegen ein ländliches A. veräußert.
Offerten unter **B. 43 a. d. Exp. d. V.**
Pracht. Ober- u. Unterb. u. Affen, sowie
Bettst. m. Matr., zus. f. 27 A., sofort
zu verkaufen. **Eidonenstr. 35, pt. I.**
Kleiderschrank, Ottomane, Nidenschr.,
Wahst., Kommod., verf. Kl. Fleischergasse 25, I.
Weggangh. b. v. v. Kleiderschr., off. Wahst.,
Tisch, Sofa, Kom., Glasch. Herberstr. 1, III.
Sofa und Bettstelle zu verkaufen.
Hendnsh, Grenzstr. 16, I. v.

Wo ist es doch am schönsten? Im Bett!
Wo kauft man diese am besten?
Nürnberg Str. 16, I Tr.
Mehr denn 100 Bettstellen u. Matratzen
in nur seltener Arbeit, früher A 30.—,
jetzt A 23.—. Französisch u. englische
früher über A 100.—, jetzt A 75.—.
Marmor-Waschtische von 18 A an. Grasse
Pfeiler Spiegel von 6 A an. Trumeaux
herrlich schöne Spiegel von 32 A an.
Der Ausverkauf v. Schränk., Vertikos,
Kücheneinrichtungen dauert fort. ●
Bettstellen und dergl. werden
in großer Auswahl weiter geführt.
Paul Brendel, Nürnberg Str. 16, I

Kinder-Bettstelle mit Matr., wie neu,
billig zu verf. Mühlentstr. 50, II, v.
Weisse m. Matr. u. Rahng. Tisch, fast neu,
bill. zu verf. Freibr. Str. 10, G. III, I.
Herren-Gard. a. Teltz, woch. I. A. Vorküh-
ner u. 15. A an woch. I. A. Kapellenstr. 8, p.
Straßensieder, große Auswahl, fast neu,
verkauft bill. Frau Lory, Parfünggäß. 7, II.
Damenkleider, Wäsche u. dergl. Herrschaften
bill. zu verf. Biagowh, Mühlentstr. 31, I.

Reisemuster etc.
in Schürzen, Untersachen und Sweaters
gibt billig ab [8298]
Fabrik Weststr. 67, pt.
Ein Aquarium mit Pflanzen u. 3 Paar
Witzkopfen bill. zu verf. Sidonienstr. 44, pt.
Neues gr. Webersches Vertikal m. Kohlen-
fallb. zu verf. Lindenau, Garforthstr. 82.
Eine Nähmaschine billig zu verkaufen.
Lindenau, Bübener Str. 68, pt. I.
S. Nähmasch., Hand-u. Fußpedal, fehr gut,
f. 80 A zu verf. Reubn, Gumboldstr. 5, II.
10 St. geb. Singer-Nähmaschinen
sowie mehr. Schneider- u. Schuhm.-Masch.
billig zu verf. Mühlentstr. 20, G. I. I.

Waschmaschinen Mk. 50.
Wringmaschinen v. Mk. 12 an.
Neubesetzten von Walzen billigt.
Schnelder & Soldol, Kurprinzstr. 16.
Fahrradklammer
v. v. v. **Ellenstrasse 128**
empfehlen [7488]
Opel-Nähmaschinen
außerst preiswert.
Wiederverkäufer höchstem Rabatt.
Erstl. Halbröhren, neu, m. 1 Jahr. Gar.,
für 80 A zu verf. Sebastian Bach-Str. 82.

Fahrräder u. Bubehör
können nur bei bedeutenden Bar-Ein-
nahmen, großem Umsatz, bescheidenem
Risiko und wenig Unkosten
zu konkurrenzlosen Preisen
geliefert werden, denn hohe Ladennieten,
teure Kataloge (Widerrücker) etc. muß
stets der Käufer bezahlen; deshalb kauft
man allein: Fußbremsen 0.40, Carbid
(staubfrei) per kg 0.55, Fahrradständer
0.75, Fußhaken u. Paar 0.25, Einschlag-
glocken 0.20, Trieberglocken 0.60, Kabin-
aufhängen 0.00, Korkgriffe u. Paar 0.35,
Fosensklammer per Paar 0.05, Metall-
schlüssel 2.25, Stoßketten 2.25, dopp.
Nockenketten 4.—, Kettenspanner u. Paar
0.35, Deltaternen 1.—, Acetylenlaterne
1.90, Luftpumpen 0.40, Fußpumpen 1.25,
Engländer 0.80, Luftschläuche 3.—, Pa.
Lautspecher mit Garantie 6.—, neue
Fahrräder, vorzügliches Fabrikat, von
Mk. 80.— bis 135.— nur im
Leipziger Fahrradhaus
Franz Beyer [6806]
Leipzig, Sebastian Bachstraße 32.
Verkauf u. außerhalb. Preisliste gratis

Am allerbilligsten
kaufen Sie Fahrräder, Nähmaschinen
und Bubehör im **Leipziger Fahr-
rad-Haus Sebastian Bach-Str. 32.**
Nur Messe, Sonntags geöffnet.
Hand-u. Geschäftsw. v. b. Neusch. Mech. 07
Lehrtur-Wiese auch Hochplatz, a. d. Königsstr.
Hand-u. Reiterwagen v. Wagw., Hoch.
Str. 31b, 3. Messe Augustusplatz, 7. Reihe.
2 Kinderwagen sehr billig zu verkaufen.
Stilla, Grenzstr. 5, II, r.
Untergr. grüner Kinderwagen u. einflig.
Sportiv, bill. zu verf. Gumboldstr. 29, IV, r.
Dr. Vogeler, Weiss, m. Matr. f. 12 A.,
Garantur b. v. v. Lind., Gumb. Str. 39, pt. I.
Wohlwärmer sind zu verkaufen.
Wagw., Merseburger Str. 15, III, v.
Unter Kinderwagen m. Gummitrenn. zu
kauf. gef. Kager, Weihenburger Str. 6, IV, W.

Grude-Ofen in gutem Zustande
zu kauf. gesucht.
Off. m. Preisang. u. H. XI a. d. Exp. d. V.
Ein Handwagen, 5-6 Gtr. Tragf., zu
kauf. gef. Wagw., Merseburger Str. 14, I. I.
Wirtshaus-kauf, Bensch, Theaterstr. 10,
Konradstr. 30.
Mit Metall, Ebern, Knochen
u. dgl. kauft stets z. best. Pr. u. holt
Eisen ab **Max d'Elon, Braustr. 12.**

Wohnungsanzeigen.
2 jedn. Wohnungen, part., 2 St., 2 R., bez.
1 St., 1 R., S., Zubeh., Garten, 210 u. 250 A.,
1./10. zu verm. **Leutzsch, Gartenstr. 2, I.**
Im Neubau sind Logis von 270-300 Mk.
und 1 Laden mit Wohnung sofort oder
später zu vermieten. **Neu-Mookau,**
Kreuzstr. 9, pt. [8806]

Leutzsch, Barnecker Str. 21
Logis von 200—280 M per sofort oder
1. Oktober zu vermieten. [8128]
Freundliches Logis
sofort oder später zu vermieten. Unter-
vermietung gestattet. Wochenzahlung ev.
monatl. **Wöde, Halleische Str. 14, pt. I.**
1 Wohnung, Stube, Kammer, Küche, zum
1./10. zu verm. **Lindenau, Marienstr. 1.**
Sch. gr. 2 St. Stube m. Kochofen per 10. ab.
1./10. zu verm. **Lindenau, Lindenstr. 1, II, I.**
Gr. I. Stube an Leute ohne Kinder z. 1./10.
zu vermieten. **Lindenau, Querstr. 13, IV, r.**
2. Stube m. Kochof., Wasserl., Korrid. u. R.
1./10. an anst. Pers. **Puntenburgstr. 7, IV.**

Leere Stube m. Kochofen sof. zu vermieten.
Kleinwachter, Lindburger Str. 85, pt. r.
Leere Stube zum 1. Oktober zu vermieten.
Lindenau, Goeche Str. 4, III, I.
Stube, Kammer, Keller 1. Oktober z. verm.
Kleinwachter, Gieselerstr. 58, III, r.
Leere Stube an nur einzelne Person zu ver-
mieten. **Lindenau, Marienstr. 15 b, III, I.**
2 schöne Garçonlogis sofort zu ver-
mieten. **Wittelsstraße 18a, III.**

Möbl. Stube für anst. Herrn od. Mädchen
zu vermieten. **Gohlis, Stifftstr. 88, III, r.**
Schlafstelle zu vermieten bei Schröder,
Volkmarndorf, Zuhwigstraße 90, IV.
Saubere Schlafstelle sofort billig zu
vermieten.
Kager, Weihenburger Str. 6, IV, W.

Vermischte Anzeigen.
Verzinner
tüchtiger selbständiger Arbeiter für Hoch-
glanz-Verzinnerung per sofort bei hohem
Lohn gesucht. [8807]
C. Kleebauer, Blauenhain f. 20.
2 **Märzauer** auf Wismar per sofort.
G. Seibert, Barfußgasse 5, II.
1 unabh. Alt-Frau f. Stelle, f. f. f. f. f.
Wirtshaus, Abt. abg. W., Weissenf. Str. 81, I.
3. Frau f. Beschäft. im Schneider u.
Wäsche auf **Wolfsgr., Eisenbahnstr. 91, III, I.**
Mädchen, 16-17 J., f. häusl. Arbeit 1./10.
gef. **Neusch., Eisenbahnstr. 27, Gp.-Gefch.**
Ein Kind wird in gute Pflege genommen.
Eisenbahnstr. 65, III, W.

Kind, 10 Wochen alt, in gute Pflege zu geben.
Zu erf. **Neubnsh, Zuhwigweg 58, G. pt.**
Gesuche, Kauf, u. Rat i. Medizin, **Flage,**
Wetzlar, u. Pfandbrief, unt. War. Wetzlar,
Wetzlar, Moutline, Wetzlar, Steinweg 22, I.

**Möbelführer mit Möbel- oder Ross-
wagen, sowie Einlagerung von**
Möbeln übernimmt Hans Eitner,
Leipzig, Wülfcherstraße 2. [8884]
M. Umzüge u. Möbel all. Wirt. u. Trans-
portwagen. **Solomonstr. 11, IV, r., Paulstr.**
Anzeige fertigt in der stillen Zeit billig
Volkmarndorf, Konradstr. 63, pt. I.
3. Mädchen kann seine Damenkleider
gründl. evl. **Reichenbachstr. 2, B. I. r.**
Wäsche zum Waschen wird angenommen.
Südstr. 6, Südstr. 60, pt. I.

Wringmaschinen repariert billig.
Wagw., Karl Selme-Str. 68, I. r.
Einlogien ein Kanarienvogel. Weg.
Lohnung abg. **Volkmarndorf, Rabat 80.**
Ehrenerklerung.
Die Beleidigungen, die ich gegen die
Familie **Wöde** in Wapen ausgesprochen
habe, nehme ich hiermit zurück.
[8825] **Frau Anna Brieger.**

Familienanzeigen.
Auf. Mitglied d. Zhus zum heut. Tage
ein hoch. Hoch. **Bandwagen-Bereit. Wetzlar.**
Herrn **Karl Zhus** die besten Wünsche
zum 40. Geburtstag. Die Anker.
Ihre Kollegen d. Zehrer z. heut. Wiegens-
fest die herz. Glückwünsche. **W. N. D.**
Auf. Heb. Vater d. Feldrich grat. z. f. heut.
Wiegens. Mutter, Liebste, Theodor, Gertrud.
Ihren Harnochen-Herrmann gratul. zum
27. Geburtstag. Die Herrländer.
Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag
unserer lieb. Frau Große. Familie W.
Herz. Glückwunsch zum Geburtstag u. I.
Frau Große sendet der beste von allen.
Frau Weislog zum heut. Wiegensfest
ein dreimal donnerndes Hoch. S. u. P.
Auf. g. I. Pauline z. heut. Wiegens-
fest 999 mal dom. Hoch. **W. N. u. G. L.**
Die herz. Glückw. z. f. heut. Wiegensfest.
Braut Helene Vertman. Ihre Verwandten.
Hrl. Edl. Vertman u. Frau. C. Vertman
zur Verlobung die besten Wünsche. S.